**Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (10.09.2008)**

# Sand im Getriebe 68

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

pdf-Version unter **http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/** html-Version unter **http://sandimgetriebe.attac.at,**
mail an die Redaktion**: sig@attac.de**



# China – Quo vadis?

Die Olympiade 2008 ist vorbei, die Eindrücke bleiben. Aus China selbst vernimmt man den Ruf „*Yes, we can*!" Im „Westen" führten die einen das alte Spiel „*China Bashing*" auf, als Vorspiel zu einem drohenden Handelskrieg. Für andere war es eine Gelegenheit mehr über China, seine Geschichte und seine Probleme zu erfahren.
Für die globalisierungskritische Bewegung ist es eine Gelegenheit, die neue Rolle Chinas in der Welt zu analysieren und die Auswirkungen von Chinas Aufstieg auf den Widerstand gegen Neoliberalismus und Imperialismus zu verstehen. Die Meinungen zu diesem „*gewaltigsten Sozialexperiments der Gesellschaftsgeschichte" (Oskar Negt)* liegen allerdings weit auseinander:
So bezweifelt **Peter Wahl,** dass China neoliberal regiert wird. „*Die Erfolge in China und anderen Regionen haben mit dem Neoliberalismus, mit wahlloser Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung nichts zu tun... China und auch Indien praktizieren eine spezielle Variante des Kapitalismus, ein Modell mit viel staatlicher Lenkung.*


| | | |
|---|---|---|
| **China** | | |
| Giovanni Arrighi | Soziale Ursprünge des chinesischen Aufstiegs | **3** |
| Cheng Enfu | Grundlegende Merkmale der sozialistischen Marktwirtschaft | **7** |
| Bingyan Li | China unter dem Einfluss des Neoliberalismus | **9** |
| Walden Bello | Hochgeschwindigkeitsindustrialisierung, die Partei und die Landbevölkerung in China | **10** |
| Christa Wichterich | Die Wiedererfindung von Geschlechterungleichheiten im roten Neoliberalismus | **13** |
| **WSF Strategie-Debatte** | | |
| Peter Wahl | Neoliberalismus oder Kapitalismus | **19** |
| IR des WSF | Debatte über Strategie und die Zukunft des WSF | **20** |
| Eric Toussaint, CADTM | Von den Widerständen zu den Alternativen: ein geschichtlicher Blick auf die Bewegung für eine andere Welt | **21** |
| **Globalisierung und Krieg** | | |
| Komitee für Grundrechte u. Demokratie | Georgien - Alternativen zur Gewalteskalation | **27** |
| Tobias Pflüger | Rede zum Kaukasus-Krieg, 1.9.2008 | **28** |
| Lühr Henken | Was will die NATO in Georgien und in Afghanistan? | **29** |
| Mouvement de la Paix | Afghanistan: ein tödliches Versanden | **32** |
| Ver.di und IG Metall | Beschlüsse gegen Truppen im Ausland | **32** |
| Gemeinsame Erklärung der Nationalen Friedens-Jirga Afghanistans und der Kooperation für den Frieden (Deutschland) | | **33** |
| Zur Forderung nach Abzug der Truppen | | **34** |
| Jürgen Todenhöfer | Wie gerecht muss ein Weltgericht sein? | **35** |
| Dem Frieden eine Chance, Truppen raus aus Afghanistan 20.9.2008 Demonstrationen in Berlin und Stuttgart | | **36** |
| Aufruf zu Massenblockaden gegen den RassistInnenkongress in Köln, 20.9. | | **36** |

*Das unterscheidet sich sehr vom neoliberalen Glauben, der Markt würde alles richten. Die Öffnung zum Weltmarkt findet nur selektiv und planvoll statt.*"

**Walden Bello** untersucht die Lage der Bauern in China und kritisiert Chinas Strategie der Hochgeschwindigkeitsindustrialisierung. **Christa Wichterich** beklagt, dass sich die Integration in den Weltmarkt *„zu einem Bruch mit der sozialistischen Politik der Geschlechtergleichstellung vermittelt*" hat.

**Eric Toussaint** hebt hervor: *„In diesem Land finden zurzeit äußerst wichtige soziale Kämpfe statt. Sie erinnern gewissermaßen an das Ende des XIX. und den Anfang des XX. Jahrhunderts. Angesichts eines entfesselten Kapitalismus tauchen bei den Arbeitern oder in den Städten Widerstandsformen auf, die auf das vor einem Jahrhundert in europäischen und amerikanischen Ländern schon da Gewesene hinweisen."*

Bemerkenswert ist, dass es in China seit Jahren nicht nur massenhafte soziale Kämpfe in Stadt und Land gibt, sondern auch – mit der Entstehung einer Neuen Linken –heftige ideologische Auseinandersetzungen über den Kurs des Landes. So beklagt **Bingyaan Li** (Peking) die Polarisierung der Einkommensverhältnisse und *„den dramatischen Abstieg der chinesischen Arbeiterklasse von der herrschenden Klasse und dem Status des Hausherren zum Tiefstpunkt der Pyramide*." **Cheng Enfu** von der Pekinger Akademie für Sozialwissenschaften warnt vor einer Öffnung des Landes in Demutshaltung und Marktverehrung: "*Es ist lächerlich, sich vom Markt betören zu lassen, die Planung aufzugeben und als verbotene Zone zu betrachten. Wir sollten den Markt respektieren, aber nicht süchtig nach ihm sein*."

**Giovanni Arrighi,** der die „Sozialen Ursprünge des chinesischen Aufstiegs" untersucht, beobachtet schon eine Wende in China: *„Wie in Kapitel 1 festgestellt, hat dieser steile Anstieg sozialer Unruhen die Führung der KPCh vor eine vollkommen neue Herausforderung gestellt und sie veranlasst, ihre Rhetorik und politische Linie zu verändern, um eine ausgewogenere Entwicklung zwischen ländlichen und städtischen Gegenden, zwischen einzelnen Regionen und zwischen der Wirtschaft und der Gesellschaft anzustreben und in jüngster Zeit dazu, ein neues Arbeitsrecht einzuführen, das die Rechte der Arbeiter ausweiten soll. Ob die Veränderung die sozialistische Tradition tatsächlich retten und die Entwicklung in eine egalitärere Richtung umlenken wird, ist bislang noch reine Spekulation".*

**Theodor Bergmann** analysiert in den „Marxistische Blättern" die vielen inneren Widersprüche des Landes und schließt dennoch mit historischem Optimismus: *„Der Fortbestand des sozialistischen Großversuchs VR China bildet ein Gegengewicht gegen die weltpolitische Dominanz der kapitalistischen Führungsmächte. Der Fortbestand liegt daher im Interesse der sozialistischen Bewegung insgesamt. Schönfärberei schadet dem Verständnis…Das Verhältnis zum kommunistischen China sollte das einer* ***kritischen Solidarität*** *sein*."

Auch in der gegenwärtigen großen **Strategiedebatte des Weltsozialforums**, die wir von diesem Heft an dokumentieren, weisen zahlreiche Autoren auf die Bedeutung Chinas für die neu entstandenen *Spielräume* der Länder des globalen Südens und damit auch für die globalen sozialen Bewegungen hin. Diese Spielräume sind im Kontext einer *„Fortführung der neoliberalen und imperialistischen Offensive des Kapitalismus*" **(Toussaint)** zu sehen**,** die zwar durch allerlei Krisen geschwächt, aber nicht gebrochen ist. Demgegenüber entwickelt sich - wenn auch noch sehr schwach - seit den 90er Jahren *„historische Gegenkräfte", Widerstände überall",* die sich dagegen richten*, „ alle menschlichen Bezüge in Waren zu verwandeln" - dazu gehören die* sozialen Bewegungen, gebündelt im WSF-Prozess, aber auch andere Akteure des Wandels wie Venezuela, Bolivien, Ecuador**.** *„Eine… Konjunktion der fortschrittlichen Kräfte der Alten Welt mit denen der Neuen Welt könnte wirklich zu einer geschichtlichen Wende führen. Nun ist aber nichts gesichert. Umso notwendiger, dass jeder von uns am emanzipatorischen Kampf einnimmt*

Sind die Kriege in **Afghanistan** und die geplante Ausdehnung der NATO (**Georgien)** Teil einer Vorwärtsstrategie, in der die NATO als expansives, aggressives Militärbündnis den schwankenden Einfluss der USA kriegerisch absichern will? **Lühr Henken** bejaht diese Frage: *„Hier findet kalkulierte* ***Geopolitik*** *statt .Georgien ist zwar arm an Rohstoffen, aber die Geographie des Landes macht es zu einem* ***Korridor*** *für den Öl- und Gasreichtum der kaspischen Region*."

Die globalisierungskritische Bewegung hat allen Grund, die Tradition der großen Demonstrationen gegen den Irakkrieg 2003 wieder aufzunehmen und den aktuellen und drohenden Kriegen durch eine Verstärkung des antimilitaristischen Engagements und der Kritik an der Islamophobie – s. u.a. die Hetze der Neonazis - zu begegnen.

Neben dem Aufruf: ***Dem Frieden eine Chance, Truppen raus aus Afghanistan*** dokumentieren wir mehrere Stimmen für einen Truppenabzug, u.a. die *„Gemeinsame Erklärung der Nationalen Friedens-Jirga Afghanistans und der Kooperation für den Frieden (Deutschland)"*

---

***Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!***

*Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis Bezugsbedingungen: –Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:*
*1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €., ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.*
*Bestellen per Mail an sig-abo@gmx.de*

***Die Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) – Florence Proton (Attac Schweiz)***

## Giovanni Arrighi

# Soziale Ursprünge des chinesischen Aufstiegs

*Auszug aus dem viel diskutierten Buch „Adam Smith in Peking", VSA-Verlag*

Die enge Übereinstimmung zwischen der gegenwärtigen Umgestaltung der politischen Ökonomie Chinas und Smiths Konzeption von marktorientierter Entwicklung heißt nicht, dass **Dengs Reformen** in irgendeiner Weise von Smiths Texten inspiriert gewesen wären. Wie bereits bemerkt, nahmen die Praktiken des Beamten Chen Hongmou im 18. Jahrhundert das vorweg, was Smith später in «Der Wohlstand der Nationen» theoretisch erörterte. Diese Praktiken entstammten nicht der Theorie, sondern einer pragmatischen, von chinesischen Traditionen inspirierten Herangehensweise an Probleme der Staatsführung im China der Mitte der Qing-Dynastie. Ob Deng jemals Smiths Texte las oder nicht, seine Reformen leiteten sich aus einer ähnlich pragmatischen Herangehensweise an Probleme der Staatsführung im China nach Mao her.

So hat **Wang Hui** von der Tsinghua Universität kürzlich die Ursprünge der Reformen zurückgeführt auf eine – innerhalb und außerhalb der KPCh weithin gutgeheißene – Reaktion auf die *»internen Unstimmigkeiten und den chaotischen Charakter der Politik während der letzten Jahre der Kulturrevolution«*. Während sie die Kulturrevolution vollkommen ablehnte, wies die KPCh dennoch *»weder die Chinesische Revolution oder sozialistische Werte noch die Zusammenfassung von Mao Zedongs Gedankengut zurück.«*

Zwei Auswirkungen ergaben sich daraus.

*»Erstens hat die sozialistische Tradition bis zu einem gewissen Grad als interne Beschränkung staatlicher Reformen gewirkt. Jedes Mal, wenn das System der Staatspartei die politische Linie entscheidend veränderte, musste dies im Dialog mit dieser Tradition durchgeführt werden (...) Zweitens gab die sozialistische Tradition Arbeitern, Bauern und anderen gesellschaftlichen Kollektiven legitime Mittel an die Hand, gegen die korrupten oder inegalitären Methoden der Marktorientierung zu kämpfen oder über sie zu verhandeln. So eröffnet eine Reaktivierung von Chinas Vermächtnis innerhalb des historischen Prozesses der Überwindung der Kulturrevolution auch eine Möglichkeit zur Entwicklung künftiger Politik.«*(1)

Was die **Beziehungen zwischen den Reformen und Chinas sozialistischer Tradition angeht**, gibt es mindestens zwei gute Gründe dafür, dass die KPCh unter Deng die Kulturrevolution, aber nicht die durch die Chinesische Revolution begründete Tradition ablehnte. Erstens vollendeten die internen Unstimmigkeiten und das politische Chaos der späteren Jahre der Kulturrevolution die Errungenschaften der Chinesischen Revolution, drohten diese aber gleichzeitig zunichte zu machen. Und zweitens verschonte der Ansturm der Kulturrevolution die KPCh nicht, statt dessen unterminierte er die Basis der Macht und Privilegien ihrer Kader und Funktionäre im Verwaltungsapparat. So hatten Dengs Reformen einen doppelten Reiz: für Parteikader und Funktionäre als Mittel zur Wiederherstellung ihrer Macht und Privilegien auf neuer Grundlage, und für die Gesellschaft im Allgemeinen als Mittel zur Konsolidierung der Errungenschaften der Chinesischen Revolution, die die Kulturrevolution gefährdet hatte.

Was den ersten Anreiz betrifft, so schufen die Reformen unzählige Gelegenheiten zur Neuausrichtung unternehmerischer Energien von der politischen in die wirtschaftliche Sphäre, die Parteikader und -funktionäre eifrig beim Schopf packten, um sich im Bündnis mit Regierungsbeamten und Managern von Staatsunternehmen – häufig selbst einflussreiche Parteimitglieder – zu bereichern und Macht zu erlangen. Dabei wurden mit diversen Formen der Akkumulation durch Enteignung, etwa der Aneignung öffentlichen Besitzes, der Veruntreuung staatlicher Gelder und dem Verkauf von Landnutzungsrechten, der Grundstock riesiger Vermögen gelegt (2). Unklar ist jedoch, ob Bereicherung und Machterwerb dieser Art zur Herausbildung einer kapitalistischen Klasse geführt haben und, noch wichtiger, ob eine solche Klasse, wenn sie denn entstanden ist, die Kontrolle über die Kommandohöhen der chinesischen Wirtschaft und Gesellschaft übernehmen konnte. Unter Jiang Zemin (1989–2002) schien eine positive Antwort auf beide Fragen nahezuliegen. Aber unter Hu Jintao und Wen Jiaobao – wenn die Zeitspanne zur Beurteilung ihrer Orientierung auch kürzer ist – kommt es anscheinend zu einer Umkehr, durch die eine positive Antwort, insbesondere auf die zweite Frage, viel weniger naheliegt(3).

Was den Reiz von Dengs Reformen für die Gesellschaft im Allgemeinen betrifft, so müssen wir zunächst anerkennen, dass der **Erfolg der Reformen in hohem Maße auf früheren Errungenschaften der Chinesischen Revolution beruhte**. Wenn westliche und japanische Beobachter Chinas Arbeiterschaft im Vergleich zu der Indiens, einschließlich ländlicher Migranten, für ihre Bildung, Lernwilligkeit und Disziplin loben, schreibt Au Loong-yu, *»kommt ihnen gar nicht in den Sinn, dass einer der Faktoren hierfür die große Veränderung durch die vorhergehende Landreform ist, und die aus ihr folgende kollektive Versorgung mit ländlicher Infrastruktur und Bildung, und nicht etwas, das mit der späteren Marktreform zu tun hatte.«*(4) Der Boom in der landwirtschaftlichen Produktion von 1978–84 hatte etwas mit den Reformen zu tun, aber nur, weil sie auf dem Vermächtnis der Mao-Ära aufbauten. 1978 bewässerten die Gemeinden Chinas mehr als doppelt so viel Ackerland wie 1952 und setzten verstärkt verbesserte Technologien ein, wie Düngemittel und ertragreichen Halb-Zwergreis, der 1977 auf 80 Prozent des chinesischen Reisanbaulands wuchs. *»Zu dem Boom in der landwirtschaftlichen Produktion kam es dadurch, dass die während [der] Mao-Ära aufgebaute produktive Basis mit den Anreizen durch das System der Eigenverantwortlichkeit der Haushalte verbunden wurde.«*(5) (…) In einem 1981 veröffentlichten Bericht erkannte sogar die Weltbank die Signifikanz dieser Errungenschaften an.

*»Chinas bemerkenswerteste Errungenschaft der letzten dreißig Jahre ist, dass die untersten Einkommensschichten hier in Bezug auf Grundbedürfnisse viel besser gestellt sind als in den meisten anderen armen Ländern. Sie haben Arbeit, ihre Nahrungsmittelversorgung wird durch eine Mischung aus staatlicher Rationierung und kollektiver Eigenversicherung gewährleistet, der größte Teil ihrer Kinder besucht nicht nur eine Schule, sondern erhält auch einen vergleichsweise guten Unterricht, und die große Mehrheit hat Zugang zu elementarer Gesundheitsversorgung und Familienplanungsdiensten. Die Lebenserwartung – deren Ab-*

*hängigkeit von vielen wirtschaftlichen und sozialen Variablen sie wahrscheinlich zum besten Einzelindikator für das Ausmaß echter Armut in einem Land macht – ist außerordentlich hoch für ein Land mit einem Pro-Kopf-Einkommen dieses Niveaus.«(6*)

**Ob Dengs Reformen diese Errungenschaften konsolidiert oder unterminiert haben, ist ein strittiger Punkt**, zu dem ich hier nur zwei Betrachtungen anstellen möchte. **Erstens** hatten sich die Indikatoren für die Grundversorgung der Bevölkerung Chinas (Lebenserwartung und Alphabetisierungsrate Erwachsener) schon vor den Reformen so stark verbessert, dass es wenig Raum für weitere entscheidende Verbesserungen gab. Und doch kam es zu weiteren Verbesserungen, insbesondere in der Alphabetisierungsrate Erwachsener. Von diesem Standpunkt aus scheint es, als hätten die Reformen die vorhergehenden Errungenschaften der Chinesischen Revolution konsolidiert und nicht unterminiert.

**Zweitens** darf man die Bedeutung von Chinas Fortschritten im Pro-Kopf-Einkommen während der Reform-Ära nicht unterschätzen, selbst wenn sie nicht mit einer entsprechenden Verbesserung der Grundversorgung einhergingen. In einer kapitalistischen Welt ist, wie wir wiederholt betont haben, der nationale Wohlstand, gemessen am Pro-Kopf-Einkommen, die primäre Quelle nationaler Macht. Selbst wenn das Streben nach nationaler Macht die Veränderung der Welt in eine sozialistische Richtung bezweckt, blieb der KPCh, wie Mao stets immer sehr genau verstand, wenig anderes übrig, als das Spiel der Weltpolitik nach den bestehenden kapitalistischen Regeln zu spielen. Als die bevorstehende Niederlage in Vietnam die Vereinigten Staaten zwang, die normalen Handels- und diplomatischen Beziehungen Chinas mit dem übrigen Ostasien und der Welt im Ganzen wieder zuzulassen, war es für das kommunistische China vollkommen sinnvoll, die sich aus diesen Beziehungen ergebenden Chancen zu nutzen, um seinen nationalen Wohlstand und seine Macht zu steigern. Noch bevor die US-amerikanische Invasion im Irak dem chinesischen Aufstieg neuen Schwung verlieh, zeigten Richard Bernstein und Ross Munro ungeschminkt, aber scharfsinnig die wahre politische Bedeutung von Chinas Wechsel zur Marktwirtschaft auf.

*»Die Ironie der chinesisch-amerikanischen Beziehungen besteht darin, dass China, als es sich fest im Griff des ideologischen Maoismus befand und solche ideologische Verbissenheit an den Tag legte, dass Amerikaner es für gefährlich und bedrohlich hielten, in Wirklichkeit ein Papiertiger war, schwach und praktisch ohne globalen Einfluss. Nun, da China die äußeren Zeichen des Maoismus abgelegt und einen pragmatischen Kurs der wirtschaftlichen Entwicklung und des globalen Handels eingeschlagen hat, scheint es weniger bedrohlich, erwirbt aber tatsächlich die erforderlichen Mittel, um seinen globalen Ambitionen und Interessen mit echter Macht Nachdruck zu verleihen.«(7*)

Eine präzisere Version dieser Bewertung ist, dass die KPCh, solange China durch die US-amerikanische Politik des Kalten Krieges vom globalen Handel abgeschnitten war und sich militärisch durch die UdSSR bedroht fühlte, dazu getrieben wurde, Ideologie als Hauptwaffe im Kampf um die nationale und internationale Konsolidierung ihrer Macht einzusetzen. Aber als die ideologische Waffe in den letzten Jahren der Kulturrevolution begann, auf sie zurückzuschlagen, etwa zur selben Zeit, als die USA im Kalten Krieg gegen die UdSSR ein Bündnis mit China anstrebten, waren die Voraussetzungen geschaffen für eine **pragmatische Nutzung des Markts** als Instrument des Machterwerbs der KPCh auf nationaler und der VRC auf internationaler Ebene. Während über den Machterwerb der KPCh das letzte Wort noch nicht gesprochen ist – da noch nicht klar ist, ob ihr Einfluss auf Staat und Gesellschaft Chinas gestärkt oder geschwächt worden ist – steht bereits fest, dass die Wirtschaftsreformen für den Machterwerb der VRC ein durchschlagender Erfolg waren.

**Warum also einen neuen Kurs einschlagen**, wie die KPCh es unter ihrer neuen Führung getan hat? Was hat die Veränderung ausgelöst und in welche Richtung wird sie Chinas Ökonomie und Gesellschaft aller Voraussicht nach führen? Wang Huis Beobachtungen zur Beziehung zwischen Dengs Reformen und der Tradition der Chinesischen Revolution geben uns einen Anhaltspunkt zur Beantwortung dieser Fragen. Die Grundlage dieser Tradition ist eine **eigene chinesische Sorte von Marxismus-Leninismus**, die mit der Aufstellung der Roten Armee in den späten 1920er Jahren entstand, sich aber erst nach der Besetzung von Chinas Küstenregionen durch Japan in den späten 1930er Jahren voll entwickelte. Diese ideologische Neuerung hatte **zwei Hauptbestandteile**.

**Erstens** wurde das leninistische Prinzip der Partei als Avantgarde beibehalten, die **aufrührerische Stoßrichtung** der leninistischen Theorie aber aufgegeben. In der stark zersplitterten Einzelstaatsstruktur des Chinas der Bandenchefs und der Guomindang (GMD) gab es keinen »Winterpalast« zu stürmen oder besser gesagt, es gab zu viele solcher Paläste, als dass eine aufständische Strategie irgendeine Erfolgschance gehabt hätte. Die aufrührerischen Aspekte der leninistischen Theorie wurden daher durch das ersetzt, was Mao später als »Massenlinie« zur Theorie erhob – die Idee, dass die Partei als Avantgarde nicht nur Lehrer, sondern auch Schüler der Massen sein sollte. *»Dieses von-den-Massen-zu-den-Massen-Konzept«, so bemerkt Fairbank, »war tatsächlich eine Art Demokratie, angepasst an die Tradition Chinas, wo der Beamte der oberen Klassen dann am besten regierte, wenn ihm die wahren Wünsche der Menschen vor Ort am Herzen lagen, und er so in ihrem Interesse regierte.«(8*)

**Zweitens**, in der Frage nach der gesellschaftlichen Basis gab die KPCh der **Bauernschaft** statt dem städtischen Proletariat – Marx' und Lenins revolutionärer Klasse – den Vorrang. Wie das Massaker der GMD an kommunistisch geführten Arbeitern in Shanghai 1927 demonstriert hatte, waren die Küstenregionen, in denen sich das Gros des städtischen Proletariats konzentrierte, ein viel zu trügerisches Gelände, um von hier aus die ausländische Vorherrschaft und die Hegemonie der GMD über die chinesische Bourgeoisie herauszufordern. Da sie durch die im westlichen Stil ausgebildeten und ausgerüsteten GMD-Armeen immer weiter von den Stätten der kapitalistischen Expansion weggetrieben wurden, blieb der KPCh und der Roten Armee nichts anderes übrig, als ihre Wurzeln unter der Bauernschaft in armen und entlegenen Gegenden zu schlagen. Dies führte zu dem, was Mark Selden als *»einen in beide Richtungen wirkender Sozialisationsprozess«* beschrieben hat, in dem die Partei-Armee die subalternen Schichten der chinesischen ländlichen Gesellschaft zu einer mächtigen revolutionären Kraft formte und ihrerseits von den Bestrebungen und Werten dieser Schichten geprägt wurde.(9)

Die Verbindung dieser beiden Merkmale mit der modernistischen Stoßrichtung des Marxismus-Leninismus ist die Grundlage der chinesischen revolutionären Tradition und trägt zur Erklärung der Schlüsselaspekte des chinesischen Entwicklungswegs vor und nach den Reformen sowie der

jüngsten Veränderung der politischen Linie unter Hu bei.

Zuallererst erklärt sie, warum in Maos China, in scharfem Gegensatz zu Stalins UdSSR, die Modernisierung nicht durch die Zerstörung der Bauernschaft, sondern durch eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und ihrer Bildung angestrebt wurde.

Zweitens erklärt sie, warum die chinesische Modernisierung, vor und nach den Reformen, nicht nur auf die Internalisierung der westlichen Industriellen Revolution gegründet war, sondern auch auf die Wiederbelebung der Merkmale der einheimischen Fleißrevolution mit ihrer ländlichen Basis.

Drittens erklärt sie, warum unter Mao die Tendenz zur Herausbildung einer städtischen Bourgeoisie von Funktionären der Staatspartei und Intellektuellen durch ihre »Umerziehung« in ländlichen Gegenden bekämpft wurde.

Schließlich erklärt sie, warum Dengs Reformen zuerst in der Landwirtschaft gestartet wurden und warum sich Hus neuer Kurs auf den Ausbau der Gesundheits-, Bildungs- und Wohlfahrtsleistungen in ländlichen Gegenden unter dem Banner einer »neuen sozialistischen Landschaft« konzentriert.

Das eigentliche, dieser Tradition zugrunde liegende Problem besteht darin, ein Land zu regieren und zu entwickeln, dessen *Land*bevölkerung größer ist als die *Gesamt*bevölkerung Afrikas, Lateinamerikas oder Europas. Kein anderes Land außer Indien hatte je ein auch nur ansatzweise vergleichbares Problem.(10) Von diesem Standpunkt aus, und wie schmerzlich die Erfahrung für städtische Funktionäre und Intellektuelle auch gewesen sein mag, konsolidierte die **Kulturrevolution** die ländliche Basis der Chinesischen Revolution und leistete die Vorarbeit für den Erfolg der Wirtschaftsreformen. Es genügt zu erwähnen, dass, teilweise als Ergebnis der Politik, teilweise als Ergebnis der Störung des städtischen Industriebetriebs durch parteiinterne Konflikte, große Nachfrage nach den Produkten ländlicher Unternehmen bestand, was zu einer bedeutenden Expansion der Kommunen- und Brigadeunternehmen führte, aus denen viele der TVEs (Town Village Enterprise) später hervorgingen.(11)

Gleichzeitig gefährdete die Kulturrevolution nicht nur, wie bereits bemerkt, die Macht der Funktionäre der Staatspartei und die politischen Errungenschaften der Chinesischen Revolution, sondern auch die gesamte modernistische Komponente der revolutionären Tradition. Ihre Ablehnung zugunsten von Wirtschaftsreformen wurde daher als wesentlich für eine Wiederbelebung dieser Komponente präsentiert und wahrgenommen.

Im Lauf der Zeit jedoch ließ gerade der Erfolg dieser Wiederbelebung das Pendel in die entgegen gesetzte Richtung ausschlagen und unterminierte Mitte bis Ende der 1990er Jahre ernsthaft die revolutionäre Tradition. Insbesondere zwei Entwicklungen kennzeichneten diese Tendenz: ein enormer Anstieg der Einkommensunterschiede und die wachsende Unzufriedenheit des Volks mit den Methoden und den Folgen der Reformen.

### Soziale Widersprüche des wirtschaftlichen Erfolgs

Der **enorme Anstieg der Einkommensunterschiede** innerhalb und zwischen städtischen und ländlichen Gegenden sowie zwischen verschiedenen Klassen, sozialen Schichten und Provinzen ist eine der am besten belegten Tatsachen an Chinas Wechsel zur Marktwirtschaft.(12) Solange dieser Trend glaubhaft als Ergebnis einer Strategie der unausgewogenen Entwicklung präsentiert werden konnte, die für eine Mehrheit Aufstiegschancen eröffnete, hielt sich der Widerstand gegen die zunehmende Ungleichheit in Grenzen und konnte leicht neutralisiert oder unterdrückt werden. Im Lauf der Zeit jedoch geriet die zunehmende Ungleichheit mit der revolutionären Tradition in Konflikt, was die soziale Stabilität ernsthaft unterminierte.(13)

Die Traditionen der »Massenlinie« und des »in beide Richtungen wirkenden Sozialisationsprozesses« spielten anscheinend eine Rolle in den Reformen selbst. (14) Nichtsdestotrotz, je stärker die lokalen und provinziellen Parteikader und -funktionäre ihre unternehmerischen Energien auf die wirtschaftliche Sphäre umlenkten und sich an Akten der Akkumulation durch Enteignung beteiligten, desto mehr **wurde die Tradition der »Massenlinie« zur Fiktion** und der »in beide Richtungen wirkende Sozialisationsprozess« zwischen dem Parteistaat und den subalternen Schichten der chinesischen Gesellschaft durch einen ähnlichen Prozess zwischen dem Parteistaat und der sich herausbildenden Bourgeoisie ersetzt. Und doch hatte die revolutionäre Tradition, wie Samir Amin in einem in Kapitel 1 zitierten Abschnitt behauptet, Chinas subalterne Schichten mit einem **Selbstbewusstsein** und einer Streitlust ausgestattet, die anderswo im globalen Süden wenig Entsprechungen hat und, so können wir hinzufügen, im globalen Norden ebenso wenig. Und wie Wang Hui herausstellte, hat das anhaltende offizielle Festhalten des Parteienstaats an dieser Tradition diesem Selbstbewusstsein und der Streitlust einige Legitimität verliehen.

Das Ergebnis ist eine **starke Zunahme sozialer Kämpfe** in städtischen ebenso wie in ländlichen Gegenden. Offiziell gemeldete Fälle von »Störungen der öffentlichen Ordnung« – ein Hinweis auf Proteste, Tumulte und andere Formen sozialer Unruhen – eskalierten von 10.000 im Jahr 1993 auf 50.000 (2002), 58.000 (2003), 74.000 (2004) und 87.000 (2005) mit einem nur leichten Rückgang in den ersten sechs Monaten von 2006. In ländlichen Gegenden waren bis etwa 2000 die Hauptmissstände, die Massen mobilisierten, Steuern, Abgaben, Gebühren und diverse andere »Lasten«. In jüngerer Zeit sind die Umwidmung von Anbauflächen für die Industrie, Immobilien- und Infrastrukturentwicklung, Umweltzerstörung und die Korruption von kommunalen Partei- und Verwaltungsfunktionären die Themen, die am meisten Unruhe stiften. Vorfälle wie der Aufruhr wegen der Emissionen einer Pestizidfabrik in Dongyang von 2005, in dem mehr als 10.000 Einwohner die Polizei in die Flucht schlugen, was zur Stilllegung der Fabrik führte, sind *»in die chinesische Folklore eingegangen, als Beweis dafür, dass in Massen auftretende entschlossene Bürger die Behörden zwingen können, den Kurs zu wechseln und sich nach ihren Bedürfnissen zu richten.«*(15)

In den städtischen Gegenden hat die »alte« Arbeiterklasse der Staatsunternehmen seit den späten 1990er Jahren auf Massenentlassungen mit einer Welle von Protesten reagiert, die häufig an Gerechtigkeitsstandards der sozialistischen Tradition und an den Staatsvertrag der »eisernen Reisschüssel« appellierten, die die ersten vierzig Jahre der VRC hindurch vorherrschten. Meist dämmte eine Kombination aus Unterdrückung und Zugeständnissen diese Protestwelle leicht ein. In jüngerer Zeit jedoch war eine beispiellose Streikserie der Vorbote für die Ausbreitung der Unruhen auf die »neue« Arbeiterklasse meist junger Wanderarbeiter, die das Rückgrat von Chinas Exportindustrien bilden. Zusammen mit wachsenden Unruhen unter städtischen Arbeitern im Dienstleistungssektor räumen diese beiden Wellen mit der im Westen verbreiteten Ansicht auf, dass »es in China keine Arbeiterbewegung gibt«: *»Man kann inzwis-*

*chen in fast jede Stadt des Landes gehen«*, stellt Robin Munro vom China Labour Bulletin fest, *»und dort werden mehrere große kollektive Arbeiterproteste zur gleichen Zeit stattfinden«*. Es ist eine spontane und relativ rudimentäre Arbeiterbewegung, aber das war die US-amerikanische Arbeiterbewegung während ihrer goldenen Ära der 1930er Jahre auch.(16)

Wie in Kapitel 1 festgestellt, hat dieser steile Anstieg sozialer Unruhen **die Führung der KPCh** vor eine vollkommen neue Herausforderung gestellt und sie veranlasst, ihre Rhetorik und politische Linie zu verändern, um eine ausgewogenere Entwicklung zwischen ländlichen und städtischen Gegenden, zwischen einzelnen Regionen und zwischen der Wirtschaft und der Gesellschaft anzustreben und in jüngster Zeit dazu, ein neues Arbeitsrecht einzuführen, das die Rechte der Arbeiter ausweiten soll.

Ob die Veränderung die sozialistische Tradition tatsächlich retten und die Entwicklung in eine egalitärere Richtung umlenken wird, ist bislang noch reine Spekulation. Was uns hier beschäftigt, ist jedoch nicht so sehr das Schicksal der sozialistischen Tradition in China als vielmehr die weitergehenden Implikationen des chinesischen Aufstiegs für die Beziehungen zwischen den Zivilisationen in der Welt im Ganzen. Diesen Implikationen wenden wir uns nun zu.

---------------------------------------------

(1) Wang Hui(2006), «Depoliticized Politics, From East to West», New Left review II/41, S. 34, 44f.)

(2) Yingyi Qian (1996); Ding (2000); Lee und Selden (2007). Diese und andere Formen der Akkumulation durch Enteignung traten zusammen mit der von Hart betonten Akkumulation ohne Enteignung auf. Bei einem Land von der Größe und Komplexität Chinas ist es natürlich sehr schwer zu sagen, welche Tendenz zu verschiedenen Zeitpunkten vorherrschte und noch schwerer, welche Tendenz sich wahrscheinlich in der Zukunft durchsetzen wird. Die unten vorgebrachte Position ist, dass unter Jiang Zemin die Akkumulation durch Enteignung im Vormarsch war und sich letztlich vielleicht durchgesetzt hätte, wäre es nicht unter Hu Jintao, durch die Eskalation sozialer Unruhen, zu einer Änderung der politischen Grundsätze gekommen.

(3) Die Umkehr kündigt sich nicht nur durch die Veränderung politischer Grundsätze und der intensiveren Beschäftigung der neuen Führung mit soziale Fragen an, sondern auch in der Nutzung einer laufenden Antikorruptionskampagne zur Säuberung des Parteiapparats von Jiangs Anhängern und der Stärkung der Fähigkeit der KPCh und der Zentralregierung, die neue politische Linie effektiv umzusetzen. Siehe J. Kahn, »China's Anti-graft Bid Bolsters Top Leaders.« The International Herald Tribune, 4. Oktober, 2006; R. McGregor, »Push to Bring the Provinces into Line.« Financial Times, 12. Dezember, 2006. Ob die Reformen die Fähigkeit der obersten Führungsschicht der KPCh und der Zentralregierung, politischen Grundsätzen auf provinzieller und lokaler Ebene effektiv Geltung zu verschaffen, gestärkt oder geschwächt haben, bleibt umstritten. Gegensätzliche Ansichten zu dieser Frage finden sich in Edin (2003) und Hung (2006).

(4) Au (2005, S. 10–13). Zu der Zeit, als Dengs Reformen anliefen, hatte China Indien in allen Indikatoren zur menschlichen Entwicklung bereits weit hinter sich gelassen: Alphabetisierungsrate, tägliche Kalorienzufuhr, Sterberate, Säuglingssterberate, Lebenserwartung und so weiter. Siehe Nolan (2004, S. 118).

(5) Agarwala (2002, S. 95–96). Zu Bewässerungsprojekten, Straßen- und Schienennetzerweiterungen und dem Anpflanzen von Hybridreis in der Mao-Ära als Grundlage für das Wachstum in der Reformära siehe auch Bramall (2000,S. 95f., 137f., 153, 248).

(6) Zitiert in Yuyu Li (2006). Siehe auch Agarwala (2002, S. 55).

(7) Bernstein und Munro (1997, S. 22).

(8) John Fairbank (1992, S. 319).

(9) Mark Selden (1995, S. 37f.).

(10) Der chinesische Wissenschaftler Pei Minxin hat die Zeiten zusammengerechnet, in denen die Zentralregierung die Kontrolle über große Gebiete verloren hatte, und stellte fest, dass China 1.000 Jahre des internen Chaos erlebt hat. Zitiert in M. Naim, »Only a Miracle Can Save China from itself.« The Financial Times, 15. September, 2003.

(11) Lin und Yao (n. d.); Putterman (1997).

(12) Siehe, unter anderen, Wei (2000); Riskin, Zhao und Li (2001); Walder (2002); Wang (2003); Wu und Perloff (2004); Li (2005).

(13) Um zu erklären, warum das enorme Anwachsen der Einkommensunterschiede bis vor kurzem noch nicht zu einem sozial destabilisierenden Faktor geworden ist, sollten drei Überlegungen berücksichtigt werden. Erstens hielt, wie bereits bemerkt, die Verbesserung der Grundversorgung während der Reformen an. Die durch zunehmende Ungleichheit verursachte größere relative Entbehrung ging also mit einer geringeren absoluten Entbehrung einher. Zweitens ist die Zunahme der Ungleichheit in China – bemessen nach synthetischen Indikatoren wie dem Gini – vorwiegend auf eine Verbesserung (statt einer Verschlechterung) der Position der Gruppen mit mittlerem Einkommen zurückzuführen. Siehe insbesondere Wu und Perloff (2004, Abbildungen 2 und 3). Schließlich war die zunehmende Ungleichheit während der Dauer der Reformen, der Forschungsgruppe für soziale Strukturen im heutigen China (Research Group for Social Structure in Contemporary China, 2005, Kapitel 4) zufolge, von einer *Zunahme* der Mobilität zwischen den Generationen (Beruf der Eltern/Beruf der Kinder) und innerhalb der Generationen (erster Beruf/momentaner Beruf) begleitet. So hatten Personen in Berufen mit niedrigerem Einkommen größere Chancen als in der Zeit vor den Reformen, die Einkommenslücke zwischen verschiedenen Tätigkeiten durch den Wechsel in einen Beruf mit höherem Einkommen zu einem persönlichen Vorteil zu machen, und je größer die Lücke, desto größer der Vorteil.

(14) Agarwala stellte fest, dass unter politischen Entscheidungsträgern Chinas *»Leute in oberen Führungspositionen ein größeres Interesse an der Interaktion mit verschiedenen Schichten der Gesellschaft demonstrieren als in demokratischer organisierten Gesellschaften wie der Indiens«* (2002, S. 90). In ähnlicher Weise bemerkte Stiglitz, dass *»George Bush die Gefahren übertriebener Geheimhaltung und der Eingrenzung der Entscheidungsfindung auf einen engen Zirkel von Schmeichlern vorgeführt hat. Die meisten Menschen außerhalb Chinas würdigen das Maß, in dem sich seine Führungspersönlichkeiten,, auf ausgedehnten Beratungen und Besprechungen eingelassen haben, nicht ausreichend.«* »Development in Defiance of the Washington Consensus.« Siehe auch Rawski (1999, S. 142).

(15) H. W. French, »Protesters in China Get Angrier and Bolder.« International Herald Tribune, 20. Juli, 2005; T. Friedman, »How to Look at China.« International Herald Tribune, 10. November, 2005; H. W. French, »20 Reported Killed as Chinese Unrest Escalates.« The New York Times, 9. Dezember, 2005; J. Muldavin, »In Rural China, a Time Bomb Is Ticking.« International Herald Tribune, 1. Januar, 2006; C. Ni, »Wave of Social Unrest Continues Across China.« Los Angeles Times, 10. August, 2006; M. Magnier, »As China's Spews Pollution, Villagers Rise Up.« Los Angeles Times, 3. September, 2006; M. Magnier, »China Says It's Calmed Down.« Los Angeles Times, 8. November, 2006; Lee und Selden (2007).

(16) B. Smith, J. Brecher und T. Costello, »China's Emerging Labor Movement.« ZNet http://www.zmag.org, 9. Oktober, 2006. Zur früheren Welle der Unruhen siehe Lee (2002) und Lee und Selden (2007). Zum Gegensatz zwischen den beiden Wellen siehe Berverly Silver « Labor Upsurges : From Detroit to Ulsan and Beyond (2005, S. 445–7; 2003, S. 64–66).

## Cheng Enfu

# Grundlegende Merkmale der sozialistischen Marktwirtschaft

Die chinesische Zentralregierung unternimmt nicht nur große Anstrengungen hinsichtlich der Entwicklung der Wissenschaften und der Verbesserung der Fähigkeit zur eigenständigen schöpferischen Arbeit, sondern macht neuerdings auch Fortschritte beim Ausbau des Sozialismus in Richtung einer harmonischen Gesellschaft. Eine harmonische Gesellschaft verkörpert sechs Bereiche, die zu zivilisieren sind: Politik, Recht, Kultur, Institutionen, Gesellschaft und Ökologie. Sie sollten demokratisch sein, gesetzlich geregelt, gleich und gerecht, glaubwürdig und freundlich, voller Vitalität, sicher, geordnet und in Harmonie zwischen Mensch und Natur.

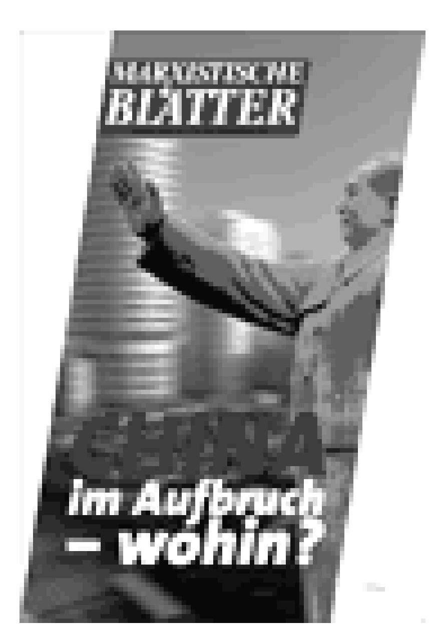
Die chinesische Wirtschaft zeigt seit 1978 ein anhaltend schnelles Wachstum.
Im Jahre 1978 belief sich das chinesische Bruttosozialprodukt auf 364,5 Milliarden RMB und stieg auf 18.395,6 Mrd. RMB im Jahre 2005 [11 Renminbi entsprechen derzeit ca. 1 Euro].
Im Jahre 2006 wuchs das BSP um 11,1% auf 21.087,1 Mrd. RMB.
Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate zwischen 1978 und 2005 betrug 9,7%. Bei Berücksichtigung der Preissteigerungen war das BSP 2005 mehr als zwölf mal so hoch wie 1978. Die chinesische Bevölkerung wuchs von 962,59 Millionen 1978 auf 1307,56 Mio. in 2005. Das BSP pro Kopf stieg im gleichen Zeitraum von 381 auf 14.040 RMB; unter Berücksichtigung der Preissteigerungen war es 2005 fast neunmal so hoch wie 1978.

Obwohl China große Fortschritte gemacht hat, müssen wir viele unharmonische Phänomene in unserer Gesellschaft zur Kenntnis nehmen, müssen nach ihren Ursachen fragen und nach Institutionen und Mechanismen suchen, um sie aufzulösen.

Um die ökonomische Basis für eine harmonische Gesellschaft zu errichten, müssen dringend **vier Maßnahmen** in Angriff genommen werden:

### Dominanz des gesellschaftlichen Eigentums

Öffentliches Eigentum sollte den Vorrang haben. Der in in- oder ausländischem Privatbesitz befindliche Teil der Ökonomie sollte entwickelt werden unter der Bedingung, dass der in öffentlichem Besitz befindliche Teil der Ökonomie hinsichtlich der Qualität wie der Quantität vorherrscht.




„Sozialismus" darf kein leeres Gerede sein. Wie Deng Xiaoping sagte, hat Sozialismus zwei Prinzipien: eines besteht darin, dass die Ökonomien mit unterschiedlichen Besitzverhältnissen sich gemeinsam entwickeln, von denen der in öffentlichem Besitz befindliche Teil der Ökonomie ein Hauptteil bleibt. Das andere Prinzip besteht darin, dass alle Menschen reich werden, dass es keine Polarisierung gibt.
Die zwei Prinzipien werden in einigen Darstellungen des Wegs der Reform bewusst ignoriert, vor allem wird missachtet, dass der in öffentlichem Besitz befindliche Teil der Ökonomie der Hauptteil der gesamten Ökonomie ist - eine Aussage, die für das Fundament der sozialistischen Produktionsverhältnisse gilt, für die Eigentumsverhältnisse. So war in einigen Massenmedien oder auf akademischen Konferenzen immer wieder zu hören, dass der in Privatbesitz befindliche Teil der Ökonomie die Basis unserer Volkswirtschaft sei. Die Zentralregierung hat aber beschlossen, dass dieser Teil der Ökonomie sich gemeinsam mit dem in öffentlichem Besitz befindlichen Teil der Ökonomie entwickeln solle unter der Bedingung, dass der öffentliche Sektor, und nicht der private, der Hauptteil der Gesamtökonomie ist.

Der Artikel „Die Stärkung und Förderung der ökonomischen Basis des Sozialismus" in Jiang Zhemins „Ausgewählten Werken" (Bd. 3) betont, dass *„die ökonomische Infrastruktur des Sozialismus von dem in öffentlichem Eigentum befindlichen Teil der Ökonomie - mit dem staatliche Eigentum als Kern - bestimmt wird; ohne dieses fehlt es auch der führenden Rolle der Kommunistischen Partei oder dem sozialistischen Überbau an einer materiellen Basis. Die Funktionsträger auf allen Ebenen, insbesondere die hochrangigen Kader, müssen ein klares und tief greifendes Bewusstsein für diesen Punkt entwickeln. Der so genannte kleine Abbau des in öffentlichem Besitz befindlichen Anteils der Ökonomie sollte seine Grenze und zugleich seine Vorbedingung darin finden, dass er den Status und die Rolle der in öffentlichem Besitz befindlichen Unternehmen als ein Hauptteil der nationalen Ökonomie nicht gefährden darf. Jede Provinz, jeder Bezirk und jede Stadt muss viele große und mittlere Unternehmen managen und kontrollieren, um die einheimische Ökonomie und die soziale Entwicklung zu regulieren."*

Nach neueren Statistiken ist der Anteil des nicht in öffentlichem Eigentum befindlichen Teils der Volkswirtschaft auf über 50 % gestiegen. In- und ausländisches Privateigentum machen heute bereits an die zwei Drittel des BSP der VR China aus, und dieser Anteil nimmt weiter zu, während der in öffentlichem Eigentum befindliche Teil weiter an Bedeutung verliert. Wir beobachten, dass die durch den staatlichen Sektor gegebenen Kontrollmöglichkeiten rapide zurückgegangen sind, dass in einigen Provinzen und Städten staatliche Unternehmen ganz verschwunden sind und dass derartige Entwicklungen in China als beispielhaft gepriesen werden.

Wissenschaftler des In- und Auslands sind der Meinung, dass verschiedene Typen von Eigentumsverhältnissen, an denen das öffentliche Eigentum den Hauptteil ausmachen sollte, sich wieder finden sollten in der Kapitalstruktur, der Beschäftigungsstruktur, der Struktur des BSP, der Steuern, des Außenhandels etc.
Unterschiedliche Eigentumsstrukturen im Sinne von Haupt- und Ergänzungsformen sollten sich gemeinsam entwickeln. Man muss sehen, dass ein zu hoher Anteil des Privatsektors unausweichlich zu solchen ökonomischen Phänomenen wie Arbeitslosigkeit etc. und schließlich zu sozialer Disharmonie führt. Dort liegt auch der Grund für die zehn Jahre lang andauernde Rückentwicklung der Sowjetunion und Osteuropas, die zehn verlorenen Jahre Lateinamerikas, die zehn Jahre Schneckentempo in Japan, die zehn langsamen Jahre in Europa und Amerika in den 1990er Jahren. Die

neunundvierzig ärmsten Länder (auch Dritte Welt genannt) wurden nicht reicher, sondern werden nach den Standards der UN sogar ärmer.
Joseph E. Stiglitz ist ebenfalls der Meinung, dass neoliberale Theorie und Politik einschließlich des Mythos des Privateigentums zu ökonomischer Disharmonie und verschiedenen ökonomischen Krisen der Sowjetunion, Osteuropas, Lateinamerikas etc. geführt haben.
Die ganze Welt einschließlich Chinas muss dringend umdenken und die konservativen Ideen des Neoliberalismus überwinden, um ihre Wirtschaft wieder zu beleben und zu entwickeln. Für uns ist es notwendig, den Neoliberalismus zu kritisieren, um die Reformrichtung der sozialistischen Marktwirtschaft beizubehalten.

## Verteilung entsprechend der Arbeit als Kern

Die Verteilung der Einkommen muss hauptsächlich entsprechend der Qualität und Quantität der geleisteten Arbeit erfolgen. Die Eigentümer der verschiedenen Produktionsfaktoren sollen auf Grundlage ihres Eigentums an der Verteilung beteiligt werden. Soziale Gerechtigkeit und ökonomische Effizienz bringen sich gegenseitig voran, und soziale Gerechtigkeit ist genauso wichtig wie ökonomische Effizienz.

Der Markt spielt eine wichtige Rolle bei der Zuweisung von Ressourcen, insbesondere von umkämpften Ressourcen, aber die Marktwirtschaft ist unzulänglich und unfähig, makroökonomisches Gleichgewicht, ein richtiges Verhältnis zwischen Wettbewerb und Monopol, den Schutz der Ressourcen und der Umwelt, soziale Gerechtigkeit zu garantieren.

In China haben sich die Einkommen weit auseinander entwickelt und liegen mit einem Gini-Koeffizienten von 0,46 viel weiter auseinander als in vielen entwickelten Ländern. Die soziale Polarisierung sollte uns Sorgen machen.
Warum hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich bei Einkommen und sozialem Wohlstand in den letzten Jahren vertieft, obwohl diese Entwicklung durchaus gesehen und bekämpft worden ist? Weil ignoriert wurde, dass die Reform der Eigentumsverhältnisse - vor allem durch das Verschenken und Verschleudern öffentlichen Vermögens - notwendig zu diesen Ergebnissen im Verteilungssektor führen muss.
Die Zentralregierung betont jetzt, dass sie der Frage der sozialen Gleichheit und Gerechtigkeit mehr Aufmerksamkeit widmen will. Es sollten Maßnahmen in den Bereichen Eigentum und Verteilung ergriffen werden, um eine harmonische Verteilung zu erreichen, indem die niedrigen und mittleren Einkommen erhöht, die hohen Einkommen korrigiert und illegale Einkommen verhindert werden.

## Vom Staat kontrollierte und regulierte Strukturen des Markts

Der Staat reguliert und kontrolliert die Strukturen der Marktwirtschaft, die aus verschiedenen Ebenen besteht. Der Markt kommt grundlegend und uneingeschränkt zum Tragen bei der Verteilung der Ressourcen, und gleichzeitig übernimmt der Staat uneingeschränkt die Aufgabe, den Markt in Hinblick auf Transparenz, Kosten, Demokratie und Effizienz zu regulieren und zu kontrollieren.

Wissenschaftliche Reformen in Richtung Marktwirtschaft sind etwas ganz anderes als unüberlegte Reformen. Der chinesische Weg der sozialistischen Selbstvervollkommnung bedeutet nicht einfach eine Reform in Richtung Marktwirtschaft, sondern eine Reform mit dem Ziel, eine sozialistische Marktwirtschaft zu errichten.
Die Dokumente der Zentralregierung haben nie ausgesagt, dass unser Land eine simple Reform in Richtung Marktwirtschaft betreibt, die in den Dokumenten erwähnte Reform und Öffnung ist immer verbunden mit dem Beharren auf vier Grundsätzen: Fortschreiten zum Sozialismus, demokratische Volksherrschaft, Führungsrolle der KPCh, Marxismus-Leninismus und Mao Zedong-Ideen.

Vor den Begriff Marktwirtschaft wird stets das Wort „sozialistisch" gesetzt. Der Hauptinhalt des Wortes “sozialistisch" besteht darin, dass der in öffentlichem Eigentum befindliche Teil der Ökonomie den Hauptteil der Volkswirtschaft darstellt.
Die „Reform in Richtung Marktwirtschaft" , auf die manche Papiere und Bücher sich beziehen, ist nichts als eine Abkürzung, ist nicht die Gesamtbedeutung der „Reform in Richtung sozialistische Marktwirtschaft". Aber die Abkürzung erleichtert natürlich die Fehlleitung der Reform, und das ist der Grund dafür, dass sie von Vertretern des Neoliberalismus benutzt wird.

Nach einschlägigen Messungen sind heute fast 80 % unserer Volkswirtschaft marktwirtschaftlich organisiert. Manche halten den Markt für allmächtig und würden am liebsten das gesamte Wirtschaftsleben und darüber hinaus auch das soziale und das kulturelle Leben sowie das staatliche politische Leben den Marktgesetzen ausliefern, wollen die Planung aus der sozialistischen Marktwirtschaft und aus allen Bereichen der Wirtschaft und der Gesellschaft entfernen.
Es ist lächerlich, sich vom Markt betören zu lassen, die Planung aufzugeben und als verbotene Zone zu betrachten. Wir sollten den Markt respektieren, aber nicht süchtig nach ihm sein. Wir sollten uns auch von Plänen nicht betören lassen, aber auch nicht aufhören, mit ihrer Hilfe die Wirtschaft zu regulieren.

Ich stimme dem angesehenen chinesischen Ökonomen Professor Liu Guoguang zu, wenn er sagt, dass Planung unter den Bedingungen der sozialistischen Marktwirtschaft nicht auf Kommandopläne hinausläuft, sondern auf anleitende und strategische Pläne. Aus Chinas elftem Fünfjahresplan wurde das elfte Fünfjahresprojekt, aber das Projekt ist identisch mit dem Plan, hat ebenso anleitenden und strategischen Charakter. Das Projekt sollte die wesentlichen mittelfristigen Ziele, Programme und Aufgaben enthalten und muss komplettiert werden, damit es als Anleitung für die konkrete Politik dienen kann z. B. in den Bereichen Naturwissenschaften, Hochtechnologie, Umweltfragen etc. Es sollten verpflichtende Kennziffern festgelegt werden, gerade auch in kurzfristigen antizyklischen Investitionsplänen, Regulierungs- und Kontrollmaßnahmen, in der Finanz- Steuer- und Geldpolitik. Wir sollten also auf verpflichtende Pläne nicht gänzlich verzichten. Gegenwärtig besteht die Planung lediglich darin, einige Ziele und Aufgaben zu formulieren, ohne dass über deren Verwirklichung Rechenschaft abgelegt werden müsste. Bei dieser Art darf es nicht bleiben.

Wo staatliche Regulierung versagt, muss sie wettgemacht werden durch das gute Funktionieren der Marktregulierung und umgekehrt. Ein doppelter Regulationsmechanismus sollte angestrebt werden, wo der Markt eine grundlegende und der Staat eine anleitende Rolle spielt. Auf diese Weise könnte soziale und ökonomische Harmonie entstehen. Warum haben wir vermehrt solche Erscheinungen wie dringende Appelle an die Spitzen der Regierung, Aufruhr, Verbrechen und soziale Unausgeglichenheit zu verzeichnen? Einfach deshalb, weil die staatliche Regulierung fehlt oder zu kurz greift.

Einige ernste Fragen stellen sich seit einigen Jahren beim Manager-Buyout (MBO) [eine besondere Form des Unternehmensankaufs, wo das eigene Management, in der Regel durch leitende Angestellte oder die Geschäftsführung, das Unternehmen kauft; d. Übers.] von in öffentlichem Besitz befindlichen Unternehmen - Fragen, die zu Unzufriedenheit und Disharmonie in allen sozialen Klassen führen. In diesem Zusammenhang sind unüberlegtes und verspätetes staatliches Eingreifen nachweisbar.
Niemand wird leugnen, dass Eigentumsreformen notwendig sind, aber die Marktgesetze sollten nicht subjektiv verletzt werden.

### Öffnung aber... zugleich sich auf die eigene Kraft stützen

Das Verhältnis zwischen der Entwicklung aus eigener Kraft und der Entwicklung aus dem Import von ausländischem Kapital und Technologie sollte sachgerecht gestaltet werden. Die ökonomische Entwicklung sollte hauptsächlich durch inländische Erfordernisse vorangetrieben werden, ausländische Interessen sollten nur den Charakter von nützlichen Ergänzungen haben. Außerdem sollte der Schwerpunkt der ökonomischen Öffnung mehr auf Effizienz und Qualität als auf vermehrte Quantität gelegt werden.

Derzeit führt der Prozess der Öffnung unserer Volkswirtschaft dazu, dass wir immer mehr vom Ausland abhängen.
Der Anteil des Außenhandels (Im- und Export) am Bruttoinlandsprodukt hat sich von nur 9,7 % im Jahre 1978 auf 65,6 % in 2006 erhöht. Den größten Anteil am chinesischen Außenhandel stellt mit 54,7 % die Weiterverarbeitung, wo Anfangs- und Endpunkt außerhalb des Landes liegen und die heimische Wirtschaft nur wenig an der Wertschöpfung beteiligt ist.

Der Anteil der staatlichen Unternehmen am Außenhandel lag 1994 bei 70,2 %, ist jedoch inzwischen (2004) auf 28,6 % gesunken, während im gleichen Zeitraum der Anteil der ausländischen Kapitalgesellschaften auf 57,5 % gestiegen ist.

Der Gesamtwert der chinesischen Exporte im Bereich neuester und Spitzentechnologie ist von 24,7 Mrd. US-Dollar im Jahre 1999 auf 218,25 Mrd. USD in 2005 gestiegen, also auf das 7,8-fache, ist aber stark vom Ausland abhängig. Der Anteil der Exporte im Bereich Weiterverarbeitung nimmt zu gegenüber dem Anteil des Bereichs des allgemeinen Handels. Der Wert der Exporte von neuester und Spitzentechnologie in Form von Weiterverarbeitung belief sich schon 2002 auf 60,63 Mrd. USD, umfasste 89,3 % des gesamten Exports von neuester und Spitzentechnologie und war damit seit 1993 um 20 % gestiegen.

Die ausländischen Kapitalgesellschaften spielen eine dominierende Rolle im Export von neuester und Spitzentechnologie und hatten 2002 einen Anteil von 82,2 % erreicht. Seit 2001 kommt der größere Teil der ausländischen Investitionen von rein ausländischen Unternehmen, nimmt relativ und absolut gesehen weiterhin ständig zu und ist dominant geworden. Der Wert der ausländischen Direktinvestitionen betrug in 2005 60,325 Mrd. USD, darunter 42,961 Mrd. USD Investitionen rein ausländischer Herkunft. Ausländische Direktinvestitionen bringen zwar eine Zunahme von Arbeitsplätzen, bedrängen jedoch die Entwicklung nationaler Unternehmen. Ausländische Unternehmen halten Monopolpositionen im Automobilbau, in der Kommunikationsindustrie, kosmetischen Industrie etc. und machen in China riesige Profite.

Wir müssen daher nationale Unternehmensgruppen und eigene transnationale Gesellschaften entwickeln, welche Aktienbeteiligungen, Technologie und Handelsmarken - insbesondere bekannte Markenprodukte - kontrollieren auf der Basis von komparativen und Wettbewerbsvorteilen.

Wir müssen Wert auf eigene Patente legen, sollten damit aus China so bald wie möglich eine Weltfabrik statt der Welt-Weiterverarbeitungsfabrik machen, aus einer Nation mit großem Handelsvolumen eine starke Handelsnation mit starker eigener Produktion.

Öffnungskonzepte und Wege zur Technologieentwicklung, die vor allem darauf hinaus laufen, ausländisches geistiges Eigentum zu schützen an Stelle der Schaffung von eigenem geistigen Eigentum, nationale Unternehmen in internationalen Unternehmen aufgehen zu lassen anstatt umgekehrt, ausländisches Kapital, Technologie und Handelsmarken ständig zu importieren, positiven Ergebnissen von Forschungs- und Entwicklungsinstitutionen vor allem dann Beachtung zu schenken, wenn diese ihren Ursprung in transnationalen Unternehmen haben, sind unklug und haben negative Auswirkungen. Die Orientierung auf eine Öffnung des Landes in Demutshaltung kommt der kolonialistischen Technologiestrategie der starken Länder entgegen, ist kontraproduktiv für die forcierte Qualifizierung der nationalen Wirtschaft und zugleich auch für die koordinierte Entwicklung von einheimischer und ausländischer Wirtschaft.

*Der Autor dieses Beitrags, Prof. Cheng Enfu (*1950 in Shanghai), ist Präsident der Akademie für Marxismus der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften.*

*Nach der englischen Übersetzung von Wang Zhongbao ins Deutsche übertragen von Rolf Jüngermann. Redaktionell bearbeitet.*

*Erschienen in „Marxistische Blätter“,*
http://www.neue-impulse-verlag.de/mbl/artikel/408/354/grundlegende-merkmale-der-sozialistischen-marktwirtschaft.html

## Bingyan Li
# China unter dem Einfluss des Neoliberalismus

Seit die Ära des sogenannten Neoliberalismus begonnen hat, ist die Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse der allgemeine internationale Trend in den Lohnarbeitsverhältnissen. China bildet da keine Ausnahme. Unter dem Einfluss des Neoliberalismus haben hier in den letzten zehn Jahren die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse die gravierendste Verschlechterung seit der Gründung des Neuen China erfahren.

Gemessen am investierten Kapital in Unternehmen des primären und sekundären Wirtschaftssektors sind heute 52 Prozent der chinesischen Wirtschaft in privatem, 48 Prozent in öffentlichem Eigentum. Die Privatwirtschaft erzeugt derzeit 63 Prozent des BIP, und dieser Anteil wächst. Nur noch 32 Prozent der Beschäftigten des primären und sekundären Wirtschaftssektors arbeiten in öffentlichen Unternehmen.

### Wachsende Kluft bei der Einkommensverteilung

Die hier skizzierten Veränderungen in der Eigentumsstruktur führen notwendigerweise auch zu Veränderungen in der Einkommensverteilung.

Zur Bestimmung der Ungleichverteilung, der Kluft zwischen Reich und Arm, wird international der Gini-Koeffizient verwendet; je näher er an 1 ist, desto größer ist die Ungleichheit; 0,4 gilt dabei als kritische Grenze.

Nach Berechnungen chinesischer Wissenschaftler und wissenschaftlicher Institutionen lag dieser Koeffizient für China 1985 bei 0,25 und stieg auf 0,435 in 1995 und 0,458 in 2000. Die Weltbank gibt ihn für 2004 mit 0,469 an.
Die Gini-Koeffizienten einiger Länder werden wie folgt angegeben:

| Land | Jahr | Ginikoeffizient |
|---|---|---|
| China | 2004 | 0,469 |
| Indien | 2004/05 | 0,368 |
| Indonesien | 2002 | 0,343 |
| Japan | 1993 | 0,249 |
| Korea | 1998 | 0,316 |
| Iran | 1998 | 0,43 |
| Thailand | 2002 | 0,42 |
| Ägypten | 1999/2000 | 0,344 |
| Südafrika | 2000 | 0,578 |
| Kanada | 2000 | 0,326 |
| USA | 2000 | 0,408 |
| Brasilien | 2004 | 0,57 |
| Bulgarien | 2003 | 0,292 |
| Frankreich | 2000 | 0,283 |
| Deutschland | 2000 | 0,283 |
| Italien | 2000 | 0,36 |
| Niederlande | 1999 | 0,309 |
| Russland | 2002 | 0,399 |
| Großbritannien | 1999 | 0,36 |
| Australien | 1994 | 0,352 |

Diese Zahlen zeigen: der Gini-Koeffizient unseres Landes übertrifft den der meisten Entwicklungsländer einschließlich Indiens, Indonesiens, Koreas, Irans und Ägyptens, er wird nur von wenigen Ländern, wie Brasilien und Südafrika, übertroffen. Er ist auch höher als der entwickelter kapitalistischer Länder wie Frankreich, Deutschland, Großbritannien, den USA und Italien, oder ehemals sozialistischer Länder wie Russland und Bulgarien. Da mag mancher fragen: Worin liegen denn die Vorzüge unseres Sozialismus? Sind wir dem Ziel allgemeinen Wohlstands näher gekommen, oder haben wir uns von ihm nicht immer weiter entfernt?

Nach Angaben des vom United Nations Development Program erstellten „China Human Development Report in 2005" sind 59 Prozent des Eigentums in unserem Land in der Hand der obersten 20 Prozent der Bevölkerung, während den untersten 20 Prozent lediglich 3 Prozent des Eigentums gehören, das Verhältnis zwischen ihnen ist 21:1. Nach dem „Jahresbericht zur chinesischen Einkommensverteilung", der von der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission, dem Nationalen Amt für Statistik und der Chinesischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften erstellt wird, besitzen die 10 Prozent reicher Familien mit dem höchsten Einkommen 45 Prozent des Eigentums im Lande, während den 10 Prozent der armen Familien mit dem niedrigsten Einkommen lediglich 1,4 Prozent gehören. Das bedeutet ein Verhältnis zwischen den beiden von 32:1. In den letzten Jahren hat die Regierung bemerkenswerte Anstrengungen zur Umverteilung unternommen, um diesen Widerspruch zu mildern, doch kann sie die Polarisierung zwischen arm und reich nicht grundlegend ändern, da die Einkommensverteilung letztlich vom Eigentum an den Produktionsmitteln abhängt.

## Herausbildung einer neuen Kapitalistenklasse

Die rasche Ausbreitung der Privatwirtschaft führt zur Formierung und Entwicklung der mit ihr verbundenen sozialen Gruppe. Von 1995 bis 2005 hat sie sich von 660.000 auf 4,3 Mio. Personen vergrößert, die Zahl ihrer Beschäftigten ist von 8,22 Mio. auf 47,15 Mio. gestiegen, ihr Kapital von 226,2 Mrd. auf 6133,1 Mrd. RMB.

Die entsprechenden Zahlen vor der Sozialistischen Reform von 1956 lauten 160.000 Personen, 2,5 Mio. Beschäftigte, 2,4 Mrd. Kapital. Wenn es damals in China, wie wir sagen, eine Kapitalistenklasse gab, dann müssen wir auch sagen, dass heute eine neue Kapitalistenklasse existiert, während die alte verschwunden ist.

Parallel zur raschen Entwicklung der Privatwirtschaft hat sich auch der politische Status der Kapitalisten verändert. Der Anteil der Mitglieder der KP Chinas unter den chinesischen Kapitalisten betrug 17,1 Prozent im Jahr 1995, 19,9 Prozent in 2000 und 29,9 Prozent in 2001 - und war damit weit höher als der Anteil der Kommunisten unter den Arbeitern und Bauern, obwohl das Parteistatut es damals Kapitalisten noch nicht erlaubt hat, Mitglied der Partei zu werden. Nachdem dies geändert wurde, hat sich der Zahl der KP-Mitglieder unter den chinesischen Kapitalisten weiter erhöht - 2004 lag ihr Anteil bei 33,9 Prozent.

## Gravierende Verschlechterung des Status der Arbeiterklasse

Die Arbeiterklasse und die Bauern sind die Hauptkraft beim sozialistischen Aufbau und auch die Hausherren Chinas. Doch unter dem schädlichen Einfluss des Neoliberalismus wurde im letzten Jahrzehnt der größte Teil des staatlichen und Kollektiveigentums privatisiert. Die chinesische Arbeiterklasse wurde pauperisiert, geschwächt und zersplittert. Von Ausnahmen wie den Dörfern Nanjie und Huaxi abgesehen, die an der Kollektivwirtschaft festgehalten haben, um zu allgemeinem Wohlstand zu kommen, wirtschaften die meisten Bauern für sich und können deshalb auch keine fortgeschrittenen Technologien anwenden. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Wanderarbeiter sind ziemlich schlecht. Nach dem Zusammenbruch des auf staatlicher und kollektiver Wirtschaft basierenden sozialen Sicherungs- und Beschäftigungssystems wurden Probleme des Lebensunterhalts, der Ausbildung, der medizinischen Versorgung, des sicheren Arbeitsplatzes zur Hauptsorge der meisten Chinesen.

Ein Bericht des Soziologischen Instituts der Chinesischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften spricht von einer Sozialstruktur Chinas in Form einer fünfstufigen Pyramide mit zehn Klassen. Arbeiter und Bauern, einschließlich entlassener Arbeiter und landloser Bauern, sind dabei ganz unten. Einer Untersuchung über Beschäftigungswünsche zufolge, die auf der Befragung von 4000 Personen in Shanghai beruht, will nur 1 Prozent der Befragten Arbeiter sein. Diese Zahl, in Verbindung mit anderen Informationen, widerspiegelt den dramatischen Abstieg der chinesischen Arbeiterklasse von der herrschenden Klasse und dem Status als Hausherr zum Tiefpunkt der Pyramide.

Und wie die skandalösen Verhältnisse in einigen Ziegeleien beweisen, die ein Reporter des Fernsehens von Henan Mai und Juni 2007 enthüllte, aber auch die Bedingungen, unter denen in vielen Sweatshops und privaten Kohlenminen gearbeitet werden muss, weist der neu entstandene kapitalistischen Zweig unserer Volkswirtschaft Züge von Wildheit und Grausamkeit auf, die durchaus an den Frühkapitalismus erinnern.

*Aus dem Englischen übersetzt und redaktionell bearbeitet von Hermann Kopp.*

*Prof. Dr. Bingyan Li ist Direktor des Nanjing Instituts für Ökonomie und lehrt am Verwaltungsinstitut der Provinz Jiangsu und der Zentralen Universität für Finanzen und Wirtschaftswissenschaften in Beijing.*

*Erschienen in „Marxistische Blätter“, http://www.neue-impulse-verlag.de/mbl/artikel/408/353/china-unter-dem-einfluss-des-neoliberalismus.html*

# Walden Bello
# Das Ende einer Affäre? Hochgeschwindigkeitsindustrialisierung, die Partei und die Landbevölkerung in China

Politische Soziologen haben die Chinesische Revolution manchmal als eine Allianz zwischen der intellektuellen Mittelklasse und der Landbevölkerung beschrieben. In dieser innovativen Revision von Marxistisch-Leninistische Theorie, hat Mao Zedong die Landbevölkerung, eine Klasse, die von Marx verachtet wurde, zur Hauptkraft seiner antifeudalistischen und antiimperialistischen Revolution transformiert.
Die praktische Übersetzung dieser neuen Formulierung durch die kommunistische Partei, die von revolutionären Intellektuellen dominiert und geführt wurde, ist der Schlüssel zum kommunistischen Triumph von 1949.
Zwischen der Chinesischen kommunistischen Partei (CCP) und der Chinesischen Landbevölkerung gab es jedoch nie eine einfache Beziehung. Sie muss vielmehr als zumultartig beschrieben werden.

### Eine zurückweichende Vision

Die Vision, mit der die Kommunisten die Unterstützung von Millionen Landarbeiter gewann – ein Land, in dem das durch die Enteignung von Großgrundbesitzern gewonnenes Land im Besitz von Millionen von Kleinbauern bestellt wird - ist auch das geblieben: eine Vision. Die Transformation der Agrarwirtschaft durch die Partei führte zu einer Zwangsabgabe des überschüssigen Getreides, um Mao's "Industrie Zuerst"-Politik zu erfüllen.
Die Freiheit der Landbevölkerung wurde Mitte der fünfziger Jahre weiter eingeschränkt, als die Produktion kollektiviert wurde. Dann, während des "großen Sprungs nach vorn von 1958 bis 1961, hat die Partei die Landarbeiter in Kommunen zusammenfasst (über 26000 in ganz China),um die Produktion zu erhöhen und die Überschüsse (oberhalb des Lebensnotwendigen für die Landbevölkerung) noch effektiver zu requirieren. Dieses um Mao's super Industrialisierung zu forcieren.
In ihre fesselnde Mao Biographie: "The Unknown Story" ( New York: Random House, 2005) beschreiben Jung Chang und John Halliday die Parteikader, wie sie die Produktion bis ins Detail managen, die Landarbeiter in ihre Dörfer gefangen halten und sie daran hindern ihre eigene Ernte zu stehlen.

Nach dem Desaster dieses sozialen Experiments, bei demetwa 30 Millionen, hauptsächlich Landarbeiter, verhungerten oder durch Unterernährung starben, hat sich die Gewichtsverteilung in diesem Kampf um die Überschüsse zugunsten der Landbevölkerung verschoben. Die Requirierungsziele wurden niedriger gesetzt, und wie Chang und Halliday beschreiben *"dürften Landarbeiter das Land von der Kommune leasen, und wurden damit effektiv wieder individuelle Bauern. Das führte zu einer Verringerung der Hungersnot und erhöhte die Motivation zur Produktionssteigerung".*

### Die Landbevölkerung und die große proletarische Kulturrevolution

Unter Spezialisten ist der Effekt des nächsten großen Ereignisses – die Kulturrevolution – auf die Landbevölkerung umstritten. Für Chen Guidi und Wu Chantao, die Autoren des Buchs "Will the boat sink the water" (New York: Public Affairs, 2006), eine mitfühlende Zeitgeschichte der Leiden der Landbevölkerung unter der Herrschaft der Partei, war die Kulturrevolution ein "Desaster" für die Landbevölkerung. *"Ein Landarbeiter wurde verdächtigt den "kapitalistischen Weg" zu gehen, wenn sein Haushalt zwei Hühner und eine wenig Gemüse für den Wochenmarkt hätte".* Im Gegensatz dazu, brachte laut Roderick MacFarquhar und Michael Schoenhals die Kulturrevolution, die ernsthaft erst 1968 begann, eine Entlastung für die Landbevölkerung. Mit der Selbstzerstörung der Partei, die stattfand, als Mao "Kapitalistische Weggefährten" eliminierte, die er auf allen Ebenen der Partei versteckt sah, wurde die Fähigkeit der Verantwortlichen, Getreide zu requirieren, vermindert. So wie sie es in ihre Magister Arbeit "Mao's Last Revolution" (Cambridge: Harvard University Press, 2006) beschreiben:
*"In Ruhe gelassen zu werden war das, was die Landbevölkerung insgeheim sich wünschte, und wenn die Steuereintreiber des Staats nicht rechtzeitig mit der Staatsmacht erschienen, weil sie in ihre eigenen Streitigkeiten verstrickt waren, war die Landbevölkerung zufrieden. In Teilen des ländlichen China wurde diese ungewollte Begleiterscheinung eines nicht mehr funktionierenden Staatsapparats als große Neuigkeit ausgerufen. Im Seshong Bezirk von Sichun wurde der Landbevölkerung erzählt: 'die Kulturrevolution bedeutet keine Ablieferung von Ernten an den Staat'".*

Zerrissen durch interne Streitigkeiten konnte die Partei und die Regierung nicht mehr die Erntesteuern rechtzeitig oder vollständig eintreiben. Es ist sogar so dass *"in zwei Unterprovinzen von Jiangsu – Suzhou und Zhenjiang – Erntesteuern in Höhe von 200 Million jin (100 Million Kilogram) Getreide einfach nie erhoben wurden. Diese Situation war ähnlich wie in. den Unterprovinzen Enshi und Xiangyang von Hubei wo Steuern in Höhe von 60 Millionen jin nicht eingesammelt wurden".*

Es ist daher nicht überraschend, dass die Produktion währen der Kulturrevolution - von 214 Millionen Tonnen in 1966 bis auf 286 Million Tonnen in 1976 - gestiegen ist. Wegen der Störungen beim Eintreiben und Transport nutzte die zusätzliche Produktion nicht den Städten, sondern wurde von den ländlichen Haushalten absorbiert. Aber es ist nicht nur zusätzliche Produktion, die als Konsequenz der Lockerung der eisernen Faust der Partei entstand. Während der Jahre der Kulturrevolution entstand eine *"Wiedergeburt der auf einzelne Haushalte basierende Landwirtschaft, was von der Landbevölkerung bevorzugt wurde".* In der Jinbin Präfektur von Sichuan wurden bereits 1969 durch 8.344 von 49.349 Produktionsteams die Felder an einzelnen Haushalte umverteilt und die Produktion an einzelne Haushalte in Unterauftrag vergeben ,um so "d*ie Beschlagnahme der kollektiven Wirtschaft durch private Interessen*" zu ermöglichen.

### Das goldene Zeitalter

Die Änderung des Machgleichgewichts zugunsten der Bauernschaft schien mit der Reform gefestigt, die Deng Xiaoping nach dem Tod von Mao im Jahr 1976 einleitete. Die Bauern wollten ein Ende der Kommunen und Deng und seine Reformer entsprachen dem durch die Einführung des „Systems der Verantwortung über Haushaltsvertrag". Unter diesem Verfahren wurde jedem Haushalt ein Stück Land zum Bestellen gegeben. Von dem, was produziert wurde, durfte der Haushalt behalten, was übrig blieb, nachdem ein fester Anteil zu staatlich

festgelegtem Preis verkauft war oder eine Steuer in bar bezahlt war. Der Rest durfte verbraucht oder am Markt verkauft werden. Es besteht Einmütigkeit unter Chinaspezialisten, dass dies die goldenen Jahre für die Bauernschaft waren. Ein Gefühl großer Erwartung wurde von Chen Guidi und Wu Chuntao in ihrem Bericht über landwirtschaftliche Konflikte in der Provinz Anhui hervorgerufen:
*„Als die Kulturrevolution schließlich nach Maos Tod im Jahr 1976 zu einem Ende kam, wurde das System des Haushaltsvertrags in der Provinz Anhui erprobt und zeigte sich als großer Erfolg. Die Lethargie der vorangehenden Jahre war weg. Man konnte häufig drei Generationen einer Familie gemeinsam unter diesen Verträgen arbeiten sehen, in der Erwartung eines besseren Lebens. Die Reform ergab eine nachhaltiges Wachstum des Prokopfeinkommens von 15 % für die Jahre 1978 bis 1984. Es waren die Jahre der Erholung“. Die Landreform wurde als „Urknall“-Reform charakterisiert, da ihre Folgen in der gesamten Wirtschaft zu spüren waren. Der Überschuss, der durch die Reform erzeugt wurde,*“ bemerkt Minxin Pei in „China's Trapped Transition: The Limits of Developmental Autocracy“ (Cambridge; Havard University Press, 2006) *„erlaubte ländlichen Regierungen, in neue produzierende Gewerbe zu investieren, die schließlich zu einer kritischen Quelle öffentlicher Finanzen wurden.“*
Nach dem Studium der wirtschaftlichen Transformation Taiwans kann man sich nur wundern über die Ähnlichkeiten zwischen der Periode 1978-1984 in der VRCh und den 50er Jahren in Taiwan, als eine radikale Landreform frühere Pächter zu einer erfolgreichen Landbesitzer- und –bestellerklasse machte, deren Nachfrage nach Landwirtschaftsgeräten und anderen Produkten der Insel einen Impuls für eine frühe importsubstituierende Industrialisierung erzeugte und aufrecht erhielt.

## Der große Umschwung

Aber wie in Taiwan kam das goldene Zeitalter der Bauernschaft zu einem Ende – und der Grund war der gleiche: Die Übernahme einer Strategie der städtischen exportorientierten Industrialisierung, gegründet auf einer schnellen Integration in die globale kapitalistische Wirtschaft. Diese Strategie, die beim 12. Nationalen Parteikongress 1984 eingeleitet wurde, war im Wesentlichen eine, die die städtische industrielle Wirtschaft auf „dem Rücken der Bauern“ aufbaute, wie Chen und Wu es formulierten. Primitive Kapitalbeschaffung nahm die Form von Beschlagnahmung des bäuerlichen Überschusses durch hohe Besteuerung an. Und wie im „großen Sprung vorwärts“ spielte die Parteiorganisation auf dem Land in der neuen Strategie die Rolle des Aufsehers. Die Folgen dieser auf industrielle Entwicklung gerichteten Strategie waren deutlich. Die Wachstumsrate des bäuerliche Einkommens, die von 1978 bis 1984 15,8% jährlich betrug, fiel auf 2,8% jährlich von 1986 bis 1991. Eine Erholung gab es in den frühen 90ern, aber eine Stagnation des ländlichen Einkommens markierte den späteren Teil der Dekade. Im Gegensatz dazu lag das städtische Einkommen, das schon in den mittleren 80ern höher als das der Bauern war, im Jahr 2000 im Durchschnitt beim Sechsfachen des Einkommens der Bauern. Die entscheidenden Gründe für die Stagnation des ländlichen Einkommens war der Anstieg der Kosten der notwendigen Investitionen, fallende Preise der Landwirtschaftsprodukte, steigende Steuern, die sich alle zum Transfer von Einkommen vom Land in die Stadt auswirkten. Aber der wichtigste Mechanismus des Abzugs von Überschüssen der Bauernschaft war eine erweiterte Besteuerung. Steuern auf 149 Arten landwirtschaftlicher Produkte wurden 1991 den Bauern durch zentralstaatliche Stellen auferlegt, aber das war nur ein Teil eines viel größeren Eingriffs, da untere Regierungsebenen ihre eigenen Steuern und Gebühren erhoben. Derzeitig erheben verschieden Ebenen der ländlichen Regierungen insgesamt 269 Steuerarten neben allen möglichen oft willkürlichen Verwaltungsgebühren.
Während Steuern und Gebühren nicht 5% des Einkommens der Bauern überschreiten sollten, war die wirkliche Höhe wahrscheinlich viel höher, da einige Untersuchungen des Landwirtschaftsministeriums berichten, dass die bäuerliche Steuerlast das Dreifache der offiziellen Grenze, oder 15% betrug. Die Ausweitung der Besteuerung wäre vielleicht tragbar gewesen, wenn die Bauern dafür verbesserte öffentliche Gesundheits-, Bildungs- und landwirtschaftliche Infrastruktur bekommen hätten. Bei fehlenden spürbaren Vorteilen, sahen die Bauern, wie ihr Einkommen , wie es Chen und Wu beschreiben, *„ein ungeheures Wachstum der Bürokratie und wuchernde Zunahme von Beamten*“ förderte, die keine andere Funktion hatten als sie mehr und mehr auszusaugen.
Zusätzlich dazu, dass sie höheren Preisen für Investitionen, niedrigeren Preisen für ihre Waren und intensiverer Besteuerung unterworfen waren, trugen die Bauern auf andere Weise die Hauptlast der Ausrichtung der Wirtschaftsstrategie auf städtische Industrialisierung. Laut *Ballance Sheet (Center for Strategic and International Studies and the Institute of International Economics: Washington, DC, 2006), „40Mio Bauern wurden von ihrem Land vertrieben, um Platz zu schaffen für Straßen, Flughäfen, Dämme, Fabriken und andere öffentliche und private Investitionen und weitere zwei Mio werden jährlich umgesiedelt.“*

## Die Bedrohung der Handelsliberalisierung.

Die Auswirkungen aller dieser Kräfte mögen in den Hintergrund treten angesichts der Verpflichtungen Chinas, landwirtschaftliche Quoten abzuschaffen und Zölle zu reduzieren, wenn sie der Welthandelsorganisation (WTO) beitreten. Diese Verpflichtungen wären, wie „*China: the Balance Sheet“* unterstreicht, erheblich: *„Die Herausforderung, den Landwirtschaftssektor zu managen ist mit Chinas WTO-Verpflichtungen in der Landwirtschaft gewachsen, die weitreichender sind als die anderer Entwicklungsländer und in gewisser Hinsicht über die von Ländern mit hohem Einkommen hinausgehen. Die chinesische Regierung stimmte der Zollreduzierung und der Einführung anderer Politiken zur bedeutenden Erleichterung des Marktzugangs zu; sie akzeptierte enge Beschränkungen für die Anwendung landwirtschaftlicher Subventionen; und verpflichtete sich, alle landwirtschaftlichen Exportsubventionen abzuschaffen – Verpflichtungen, die weit über die hinausgehen, die andere Teilnehmer der Uruguay-.Runde in den Verhandlungen, die zur Schaffung der WTO führten, eingegangen waren.“*
Dieses WTO-Geschäft spiegelt Chinas derzeitige Prioritäten wieder. Wenn die Parteiführung bereit ist, große Bereiche der Landwirtschaft, wie Soja und Baumwolle, aufs Spiel zu setzen, so darum, weil die Partei den Welthandel für ihre Industrieprodukte öffnen oder offen halten will. Die sozialen Folgen dieses Deals werden erst noch voll spürbar werden, aber es ist wahrscheinlich, dass er zur dramatischen Verlangsamung bei der Armutsreduktion in der Periode von 2000 bis 2004 beigetragen hat.

## Die neuen Herren

Korruption unter Parteikadern , die sich im Klima der Nach-Mao-Ära (Parole *„reich werden ist großartig*“) vervielfachte, war Öl auf das schon brisante Verhältnis zwischen Bauern und der Partei.Man sah, wie lokale Parteifunktionäre Mafiaelemente unterstützten und hätschelten,- viele von ihnen selbst Parteigenossen – ; es wuchs der Ärger der Bauern über Leute, die sie jetzt wohl als ihre neuen Feudalherren betrachteten. Chan und Wus Buch ist eine bedrückende Chronik dieser Transformation der Partei von engagierten und respektierten Kadern zu einer ländlichen, die Bauern knechtenden Herrscherklasse. Es lohnt sich, ihre Beschreibung, wie diese Klasse eines ihrer „Privilegien“ ausübt, wiederzugeben:
*„Tatsächlich ist die weite Landschaft Chinas zu einem Gourmetparadies geworden. Wie eine Heuschreckenwolke fallen Funktionäre mit ihrem Appetit im Gepäck auf das ländliche Gebiet herab und sind unendlich*

*erfinderisch in ihren Ausreden zu essen und zu trinken: Dinners für Inspektoren, für Konferenzen, für ländliche Armutsbekämpfung; diniere, wenn du es dir leisten kannst und, wenn du es nicht kannst; diniere auf Kredit, auf Gutschrift. Lass das Dinner von einem Ende des Jahres zum anderen laufen, von einem Ende des Monats zum anderen, vom Morgen bis in die Nacht, genieße Dinners wenn du ein Amt antrittst und wenn du es verlässt.*
*Ein populärer Spruch über Essen und Trinken auf öffentliche Kosten lautet „Es bringt nichts, nicht zu essen, wo es frei ist; also, warum nicht essen?" Kostenlos zu essen wurde zum Statussymbol, ein Statussymbol. Die Qualität der Malzeit kann bestimmen, ob ein Projekt genehmigt, ein Handel abgeschlossen wird oder eine Beförderung in der Mache ist. Es wurde Teil der politischen Kultur."*
Bei der Überhandnahme dieser Praktiken ist es nicht erstaunlich, dass Proteste sich vervielfältigen. Von 8700 „Massenereignissen", wie es das Ministerium für öffentliche Sicherheit nennt, im Jahr 1993 wuchs die Zahl auf 87000 im Jahr 2005, die meisten auf dem Land. Darüber hinaus wuchs der Umfang der Ereignisse von im Mittel zehn oder weniger Menschen in den mittleren 90ern auf 52 pro Ereignis im Jahr 2004.
Ein verbreiteter Protest ist Steuerverweigerung. Minxin Pei von *Carnegie Endowment for International Peace* behauptet, dass in Xinjiang im Jahr 2001 Steuerverweigerung in 40 % der untersuchten Dörfer üblich war. Nach derselben Untersuchung empfanden es 70% der Dorffunktionäre als die schwerste Aufgabe, Gebühren einziehen. Es war üblich, Polizei einzusetzen, um die Bauern zum Zahlen zu zwingen, so beschreiben es Chen und Wu.,. Und in vielen Gegenden rekrutierten Parteifunktionäre *„Schläger als ihre Eintreibeagenten. Solche Praxis führte zu illegalen Gefangennahmen, Folterungen und dem Tod von Bauern, die nicht zahlen konnten."*

## Kann die KPC das Vertrauen der Bauern wiedergewinnen?

Die Beziehung zwischen Partei und Bauernschaft sind heute vielleicht am Tiefpunkt. In den turbulenten 75 Jahre alten Beziehungen ist es der Partei immer wieder gelungen, das Vertrauen der Bauern nach verheerenden Politiken, wie dem großen Sprung nach vorn und der Kulturrevolution, zurück zu gewinnen. Ist sie flexibel genug, das wieder zu erreichen?
In Anwendung der alten Tradition, sich an das kaiserliche Zentrum zu wenden, um die Verwüstungen der lokalen Herrscher zu zügeln, haben Bauern Delegationen nach Peking geschickt, um Beschwerden gegen lokale Autoritäten zu führen. Aber positive Reaktionen der Zentrale in Form von Anklagen korrupter Kader und Abstellen von Missbrauch und korrupter Kader sind wechselhaft und inkonsistent. Wie Chen und Wu in ihrem Bericht deutlich machen, gibt es Leute in der Partei, die sich für die Bauern interessieren und sich derer Anliegen annehmen. Das Problem ist, dass Trägheit, Korruption, Bürokratie und Indifferenz eine ernsthafte interne Parteireform behindern.

Gibt es Möglichkeiten einer ideologischen Erneuerung, die das alte Verhältnis wiederbeleben könnte?
Mit dem Abwerfen der sozialistischen Vision – obwohl die sozialistische Rhetorik beibehalten wurde – musste die Partei eine alternative Ideologie für die Ära rascher kapitalistischer Entwicklung konstruieren. Die hat sie in einer Vision gefunden, die Dennis Lynch in seinem Buch *Rising China and Asian Democratization (Stanford: Stanford University Press, 2006)* beschreibt: „*KPCh-geführte Rückkehr zur nationalen Größe*" durch Erlangung *„umfassender nationaler Macht"* und einer *„Neuausrichtung auf chinesische Zivilisation*." Die neue wachsende städtische Mittelklasse, die von der exportorientierten, stadtzentrierten Entwicklung der letzten zwei Dekaden profitiert hat, war sicher für diese Vision empfänglich.
Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass diese Ideologie für die Bauern, Wanderarbeiter und gekündigten Arbeiter staatseigener Betriebe sehr attraktiv erscheint, die die Kosten der raschen Industrialisierung Chinas zu tragen hatten.

Was ist mit den hochgepriesenen dörflichen Wahlen? Nicht einmal die strengsten Kritiker Chinas können leugnen, dass in den dörflichen Wahlen, die 1980 eingeführt wurden, ein stark wachsendes Element des Wettbewerbs besteht. Die Rolle, die die ländliche Demokratisierung, so beschränkt sie derzeit auch sein mag, bei der Wiederbelebung des Verhältnisses zwischen Partei und Bauern spielen kann, darf nicht unterschätzt werden.
Doch obwohl Wahlen der Landbevölkerung ein gewisses Maß an Kontrolle über die lokale Regierung erlaubt, wurden sie zu oft durch Partei und Regierungsbeamte manipuliert. Außerdem hat die KPCh Wahlen oberhalb der Dorfebene blockiert, sodass die Partei weiter die Stellen der Stadt- und Länderebene mit ihren Kadern besetzen kann.

Auf der Suche nach einem Ausweg aus der derzeitigen Sackgasse zitieren Chen und Wu die Ansicht eines prominenten landwirtschaftlichen Spezialisten Yu Jianrong vom Landwirtschaftsforschungszentrum an der chinesischen Zentraluniversität: *„Yus Lösung ist, die Bauern zu sammeln, um eine eigene Organisation zu bilden und die gegenwärtige lokale Bürokratie durch ländliche Selbstverwaltung zu ersetzen. Yu schlägt vor, dass nur ein Netz von bäuerlichen Organisationen wirklich die Interessen und Bedürfnisse repräsentieren und sie ordentlich vermitteln könne und Konfrontationen und Konflikte vermeiden und verbessern könne."*

Yus Lösung mag utopisch klingen, aber sie gibt die wirklich düsteren Aussichten dazu wieder, wie die Beziehungen zwischen Partei und Bauernschaft verbessert werden können. Dies zieht einen Schleier der Ungewissheit über die Zukunft Chinas, trotz der zweistelligen Zuwachsraten des Landes.

Es ist eine der größten Ironien zeitgenössischer Geschichte, dass die chinesische kommunistische Partei, nachdem sie das chinesische Volk zum Sieg über den Imperialismus geführt hat und ein zweifellos ein wirtschaftliches Wunder ermöglicht hat, sich nun dem entfremdet gegenüber sieht, was ihre primäre und möglicherweise wichtigste Anhängerschaft war, und das dank der Folgen der strategischen Entscheidung, das Risiko des Kapitalismus einzugehen und gleichzeitig die autoritäre Kontrolle aufrecht zu erhalten. Wenige Analysten sehen die bäuerliche Unzufriedenheit als ernste Herausforderung für die Herrschaft der Partei in der nahen oder mittleren Zukunft. Aber der Mangel an Legitimität gegenüber einem großen Teil der Bevölkerung kann schließlich nur verhängnisvolle Folgen haben.

http://focusweb.org/the-end-of-the-affair-high-speed-industrialization-the-party-and-the-peasantry-in.html?Itemid=94
**Freitag 23. Februar 2007**

*Walden Bello ist Professor für Soziologie an der Universität der Philippinen und leitender Direktor des Bangkoger Instituts „Focus on Global South". Dieser Aufsatz wurde ursprünglich für das Nautilus Institute for Security and Sustainable Development verfasst.*

*Übersetzung: Homi KUTAR., Bernd Lampe, coorditrad und SiG-Redaktion*

**Christa Wichterich**

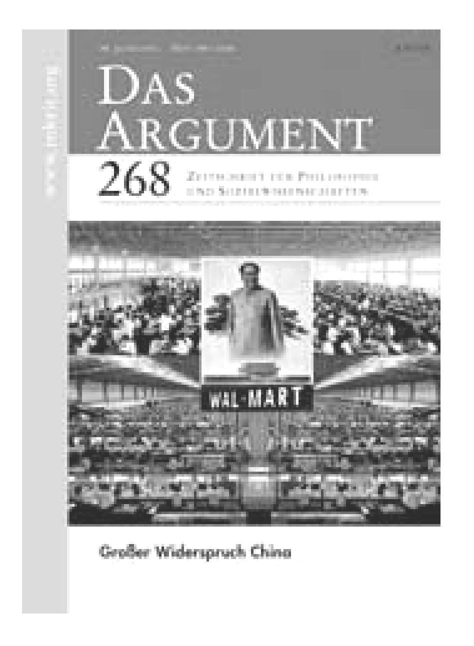
# Die Wiedererfindung von Geschlechterungleichheiten im roten Neoliberalismus

Die chinesische Transformation zum neoliberalen Kapitalismus ist kein geschlechtsneutraler Vorgang. Sie geht mit einer komplexen sozialen Differenzierung und Neu-Konstruktion sozialer Institutionen und Klassen einher. Dabei setzen sich im Prozess der Entstaatlichung der Ökonomie, der Markt- und Handelsliberalisierung und der Integration in den Weltmarkt globale Muster von Arbeitsregimen und Geschlechterrollen durch, die Geschlechterunterschiede erneut betonen. Im folgenden wird analysiert, wie der Systembruch sich über einen Bruch mit der sozialistischen Politik der Geschlechtergleichstellung vermittelt. Dabei wird die zuvor erreichte „sozialistische" Geschlechteregalität ausgehöhlt und gleichzeitig entstehen neue Diskriminierungen und neue Emanzipationschancen für Frauen.

### Die Hälfte des Himmels... und wieviel auf Erden?

Mit Maos Diktum „Was immer Männer leisten können, können Frauen genauso gut leisten" stellte sich die pro-aktive Gleichstellungspolitik in den Dienst der kommunistischen Revolution als Befreiung von feudaler Vergesellschaftung und konfuzianischer Tradition. Während in den Städten erhebliche Gleichstellungsfortschritte erzielt wurden, vermochte der „Staatsfeminismus" auf dem Land das konfuzianische Patriarchat und die Geringbewertung des weiblichen Geschlechts nur mühsam aufzubrechen. Der fatale Widerspruch der chinesischen Geschlechter- und Familienpolitik lag in der Gleichzeitigkeit von emanzipatorischen und Zwangsmaßnahmen. Die Entsexualisierung bzw. Zwangsmaskulinisierung von Weiblichkeit in der Kulturrevolution und das demographische Zwangsregime der Ein-Kind-Familie in den Städten ging mit der „gleichwertigen" Integration von Frauen in den Produktionsprozess einher. Mit den *Danweis*, den Arbeitseinheiten, wurde in den Städten Voraussetzungen geschaffen, herkömmliche Geschlechterverhältnisse zu verändern.

Der Bruch mit der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung gelang jedoch nur bedingt und asymmetrisch. So wurden Frauenbataillone in der Stahlindustrie, auf Werften und im Bergbau gebildet – bis zu 20 % der Belegschaft –, aber die Arbeit in den Kindergärten der *Danweis* blieb ein weibliches Monopol. Die relativ hohen Beschäftigungsraten von Frauen auch in männerdominierten Betrieben erklärte sich durch ihre Zuständigkeit für die drei K, die betrieblich organisierte Versorgungsarbeit: Kindergarten, Klinik, Kantine. Die Familien- und Sorgearbeit, die nicht vom Kollektiv übernommen wurde, blieb in den Privathaushalten weiterhin Frauenaufgabe. Auch die vielfach erhobene Forderung der Gleichbewertung von Arbeit wurde nur annähernd umgesetzt. Die politische Fokussierung auf die Produktion reduzierte Frauenemanzipation stark auf Erwerbsarbeit. Allein schon der nahezu kontinuierliche Ausschluss von Frauen aus der offiziellen politischen Führung und Parteispitze zeigte dagegen die Halbherzigkeit des Unterfangens, die Machtkoordinaten zwischen den Geschlechtern zu verschieben.




### Wende zum Markt

Allgemein bestand die Erwartung, dass die Marktorientierung, die mit Modernisierung und Enttraditionalisierung konnotiert wird, Frauen neue Emanzipationschancen bieten würde. Tatsächlich aber übersetzte sich die ökonomische Wende in eine wachsende Geschlechterungleichheit (World Bank 2002, Lau/Liu/Zhang 1999). Seit Ende der 1980er Jahre setzten sich mit der Liberalisierung und Privatisierung unter den neuen ökonomischen Imperativen von Wachstum und Wettbewerb Markttendenzen durch, die die erzielten Gleichstellungserfolge umkehrten.

- Überproportional viele Frauen wurden aus den staatseigenen Unternehmen entlassen: Frauen stellten 40 Prozent der Arbeitskräfte, aber 60 Prozent der Entlassenen. Teilweise wurden Frauen mit „go-home"-Parolen aus der Produktion desintegriert und frühverrentet.
- Auf den neuen Erwerbs- und Beschäftigungsmärkten entstand ein starke Geschlechtssegmentierung. Es kam zu einer polarisierten Neubewertung von Arbeit auf den Erwerbsmärkten, aber auch zwischen Erwerbs- und Sorgearbeit.
- Frauen hatten weniger Chancen bei Umschulung und Wiederbeschäftigung. Obwohl die Universitätsabschlüsse von Frauen häufig besser sind als die von Männern, haben sie geringere Beschäftigungschancen.
- Die Einkommensungleichheit zwischen Männern und Frauen vergrößert sich. Zwischen 1990 und 1999 wuchs sie in den Städten um 7, auf dem Land um 5 Prozentpunkte (Bejing Today 17.9.04) UNDP beziffert den geschlechtsspezifischen Lohnunterschied auf 66:100 (2005:358).
- Altersdiskriminierung wird durch häufige Frühverrentung bei den Staatsbetrieben und durch das frühere Rentenalter von Frauen (50 Jahre für Arbeiterinnen, 55 Angestellte) zu einer bedeutenden Determinante für Frauen auf den Erwerbsmärkten. Der Frauenanteil an der Beschäftigung sinkt de facto ab 40 Jahren stark ab, diese Alterszäsur liegt bei männlichen Beschäftigten erst ab 50 Jahren.
- Durch die Entkollektivierung der sozialen Reproduktion wird Sorgearbeit in die privaten Haushalte zurückverwiesen und es findet ein (partieller) Rückschritt zur traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung statt (Croll 1999),
- Der Rückbau öffentlicher Grundversorgung und sozialer Leistungen trifft Frauen stark. Wo z.B. öffentliche Kindergärten aus Spargründen geschlossen werden und Frauen wieder verantwortlich für die Kinderbetreuung sind, erschwert dies eine Neubeschäftigung oder die klassische Doppelbelastung entsteht.

Gleichzeitig findet ein sozio-kultureller Pendelschlag gegen die sozialistische Geschlechteregalisierung statt: traditionelle Geschlechterstereotypen leben auf, Weiblichkeit wird in hohem Maße resexualisiert. Zwar hält der Staat an seiner Ideologie der Chancengleichheit fest. Den neuen Marktentwicklungen, die Geschlechterdifferenzen wiederentdecken, nutzen und gleichzeitig verstärken, steuert die Politik jedoch nicht mit Anti-Diskriminierungsmaßnahmen und pro-aktiver Umsetzung von Rechtsgleich-

heit entgegen. Die chinesische Führung steht in einem Dilemma zwischen der angestrebten Wettbewerbsfähigkeit Chinas auf dem Weltmarkt und hohen Wachstumsraten einerseits und sozialistischen Politikzielen von Gleichheit, Frauenrechten und des Wohlstands für alle andererseits. Insgesamt stellt sich auf den neuen Arbeitsmärkten die Frage, inwieweit die Regierung willens und in der Lage ist manchesterkapitalistische Strukturen zu regulieren? Bisher hat sie Arbeitsrechte, Kernarbeitsnormen und Mindeststandards nicht durchgesetzt und dem offensichtlichen Primat von Wachstum und Produktivitätssteigerung geopfert.

## Geschlechtsdifferenzierung als komparativer Vorteil

Welche Chancen und welche Zwänge ergeben sich für Frauen durch Markt- und Handelsliberalisierung und Privatisierung? Wie sind sie in die Wachstums- und Wettbewerbsstrategien eingebunden, und wie profitieren sie davon? Die frühere Geschlechteregalität setzt sich trotz der Entlassung aus Staatsbetrieben und der Rückverweisung von Frauen in die Familienrolle fort, nämlich 1) in einer hohen weiblichen Erwerbsbeteiligung von 72 %, 2) in der Qualifikation von Frauen und häufigeren Beschäftigung in männlich definierten Sektoren als in westlichen Ländern und 3) ihrer relativ starken Präsenz auf der Führungsebene. Sowohl im Management privater Firmen als auch auf den Führungsetagen staatlicher Unternehmen hat eine größere Zahl von Frauen die Glasdecke durchstoßen als in Westeuropa. Nach Angaben des chinesischen Unternehmerinnenverbandes leiten Frauen 40% der Privatunternehmen (taz 5.10.04). Gute Chancen haben professionelle Frauen auch bei ausländischen Konzernen, z.B. bei Banken und Versicherungen. Trotzdem gilt auch in China in allen Unternehmensformen: je höher die Position und die Gehaltsebene, desto männerdominierter. Karriere ist für Frauen schwieriger als für Männer.

Wie in anderen Entwicklungsländern begann die Weltmarktintegration in den 1980er Jahren mit einer arbeitsintensiven Exportindustrialisierung, vor allem im Textil-, Spielzeug- und Elektroniksektor. Investitionen und Exportproduktion konzentrierten sich zunächst auf die billigen, gefügigen weiblichen Surplus-Arbeitskräfte als Standortvorteil. Bis heute basieren die zweistelligen Wachstumsraten in den Sonderwirtschaftszonen an der Küste zu einem großen Teil auf niedrigentlohnter, fingerfertiger Frauenarbeit und damit auf der Nutzung des Geschlechterunterschieds bzw. der Lohndiskriminierung von Frauen als komparativem Vorteil. (vgl. auch Seguino 2000, Wichterich 1998, 2003, Lin 2000:5). „Kapitalistische Produktion in Shenzen beruht auf Gender als einem Konstituens zur Entwicklung eines neuen Systems von Arbeitsplatzhierarchie," fasst Pun Ngai, eine Soziologin, die selbst in der Elektronikindustrie in Shenzen arbeitete, ihre Forschungen zur „wieder-erfundenen und regulierten Weiblichkeit der Arbeitskräfte" in der Industrie zusammen (1999:18). Die meisten sind Migrantinnen aus verschiedenen Provinzen, „bäuerliche Arbeiterinnen", die durch Rücküberweisungen die Einkommen armer dörflicher Haushalte verbessern. Sie werden mit dem gleichzeitig verniedlichenden und abwertenden Begriff *Dagongmei*, working girls, benannt. *Dagongmei* ist ein sexualisierter Gegenbegriff zum entsexualisierten Arbeiter - *Gongren* – der Mao-Ära. (Pun 1999)

Private wie auch staatliche Unternehmen versuchen durch Lohndruck und Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Leicht qualifizier- und disziplinierbare Mädchen ab 12 Jahre werden in den Dörfern von Parteikadern oder privaten Arbeitsvermittlern rekruiert. Die Sonderwirtschaftszonen vollzogen die allgemeinen Lohnerhöhungen der letzten Jahre nicht mit, sodass die Monatslöhne seit mehr als zehn Jahren trotz stark gestiegener Lebenshaltungskosten bei ca. 50 US Euro liegen. Trotz gesetzlicher Regularien werden sie zu Überstunden genötigt, die häufig un- oder unterbezahlt bleiben, während Arbeitszeitlisten und Lohnkarten gefälscht werden (Südwind 2005:23ff). Der Druck zu Effizienz- und Produktivitätssteigerung an 12- bis 14-Stundentagen bei mangelndem Arbeitsschutz schlägt sich in einer extrem hohen Unfallquote nieder, bei den Fließbandarbeiterinnen vor allem von Maschinen weggestanzte Finger oder Hände. Nach wenigen Jahren intensivster Arbeit tragen die meisten Arbeiterinnen gesundheitliche Schäden davon, werden entlassen oder verlassen die Verschleißindustrien mit einem burn-out-Effekt.

Im Zuge der WTO-Liberalisierung expandiert die arbeitsintensive Exportfertigung weiter. Exemplarisch ist der Textil- und Bekleidungssektor. Chinas Wettbewerbsvorteile liegen in dem vollständigen Produktzyklus, einem zunehmend modernen Maschinenpark und entsprechenden Qualitätssteigerungen in den vergangenen Jahren, vor allem aber in einem Überangebot niedrig entlohnter weiblicher Arbeitskräfte und deren steigender Produktivität bei einer enormen *economy of scale*. Die Stundenlöhne chinesischer Bekleidungsarbeiterinnen liegen etwas höher als die ihrer Kolleginnen in Bangladesh, Indonesien, Vietnam, Kambodscha, Indien und Pakistan, doch sind die Lohnstückkosten wegen der höheren Produktivität der Chinesinnen niedriger (Ferenschild/Wick 2004:24). Bereits 2002 machten die Bekleidungs- und Textilexporte ein Fünftel der chinesischen Güterexporte aus (Ferenschild/Wick 2004:23). Nach dem Auslaufen des Welt-Textilabkommens wird davon ausgegangen, dass der Anteil Chinas am Weltexport von Bekleidung von 20 Prozent im Jahr 2004 innerhalb weniger Jahre auf 50 Prozent ansteigen wird. Es wird prognostiziert, dass im Textil-Sektor zusätzliche 3,8 Millionen Jobs entstehen (UNDP u.a. 2003:205). Das Ende des Abkommens führte tatsächlich zu einer neuen Verlagerungswelle von Textilproduktion nach China, bewirkte eine Steigerung der chinesischen Textilexporte um z.B. über 50 Prozent in die EU und eine Senkung der Weltmarktpreise um ein Drittel bis die Hälfte. (China aktuell 2005:27)

Solche Wettbewerbs- und Wachstumserfolge der chinesischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt haben ihren sozial- und umweltpolitischen Preis darin, dass Kernarbeitsnormen, soziale Standards, Anti-Diskriminierungsprinzipien und auch Ressourcenschutz vom Staat weder in staatlichen noch in privatwirtschaftlichen Unternehmen pro-aktiv durchgesetzt werden, sondern ihre Verletzung, damit auch die Diskriminierung von Frauen billigend in Kauf genommen wird. Die Politik hält sich gegenüber den Marktmechanismen zurück, die bestehende soziale Differenzen zur Effizienz- und Gewinnoptimierung nutzen und durch Diskriminierung und Spaltung verstärken.

## Eigenverantwortung und Flexibilität

Der zweite Sektor neben den arbeitsintensiven, niedrig entlohnten Industrien, in dem Frauen Jobgewinne erzielen, sind informelle Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich. Privatunternehmen, aber auch öffentliche Einrichtungen entdecken die Informalisierung von Beschäftigung als Mittel der Kostensenkung. Beispiel Bildungssektor: die Regierung senkte die Kosten, indem sie tausende Lehrkräfte aus dem öffentlichen Dienst entließ und sogleich als Tagelöhner wieder einstellte. Ihr Gehalt richtet sich nach der Anzahl der geleisteten Unterrichtseinheiten, wobei sie ihre Kranken- und Rentenversicherung selbst tragen müssen (Ver.di publik, 5.04).

Staatliche wie private Jobvermittlungsagenturen steuern Job suchende Frauen in die Servicemärkte. Trainings- und Wiederbeschäftigungsprogramme sind überwiegend auf informelle Tätigkeiten in Privathaushalten, der Gastronomie und dem Handel sowie auf Unternehmensgründungen ausgerichtet, meist „Ein-Frau-Betriebe" z.B. in der neu entstandenen Schönheitsindustrie. Auf diese

Weise fungieren diese Agenturen als Zuweisungskanäle in frauentypische Berufsgruppen, aber auch in frauenspezifische Beschäftigungsformen und tragen damit zur Geschlechtssegmentierung des Arbeitsmarktes bei.

Mit Parolen wie „Sei eine selbstermächtigende und selbständige Entlassene" (Dai 2003:148) werden Frauen zur Eigeninitiative mobilisiert. Ein Einstellungswandel von einer Versorgungshaltung zur Eigenverantwortung wird verlangt. Der Allchinesische Frauenverband setzt damit seinen „4-Selbst-Slogan" von „Selbst-Respekt, Selbst-Vertrauen, Selbständigkeit, Selbst-Verbesserung" fort und fordert Frauen auf, die Ursachen für ihre Schwächen und Defizite wie auch die Problemlösungen bei sich selbst zu suchen (Zhang 1995:39).

In den Städten boomt ein sich ausdifferenzierender, hochgradig informalisierter und niedrig entlohnter Markt haushalts- und personennaher Serviceleistungen für entlassene oder frühverrentete Frauen und Migrantinnen. Das Problem der Reprivatisierung sozialer Reproduktionsarbeiten nach dem Zusammenbruch der Danweis lösen mittelständische Familien mit doppelerwerbstätigen Ehepartnern durch die in der Mao-Zeit als feudalistisch verpönte Beschäftigung von "Dienstmädchen". Damit ist erstaunlich schnell nach den Emanzipations- und Gleichstellungsfortschritten in der sozialistischen Ära eine soziale Differenzierung zwischen Frauen und eine erneute private Aufteilung von Sorgearbeit unter Frauen entstanden.

Wissenschaftlerinnen betrachten die Informalisierung von Beschäftigung als den wichtigsten Hebel zur Geschlechterdifferenzierung auf den Arbeitsmärkten, zur Vergrößerung von Lohnunterschieden und zur Marginalisierung von Frauen in der Globalisierung schlechthin (Jiang 2004, Wang 2004). Es entsteht eine neue Konnotation von Frauenjobs als prekäre Jobs, vor allem McJobs im Dienstleistungssektor. Die Gewinne an „irregulärer" Beschäftigung sind äußerst ambivalent für Frauen, weil sie zwar ein Einkommen bringen, das über der absoluten Armutsgrenze liegt (die von der chinesischen Führung bei 25 Cent Tagesverdienst festgelegt wurde), aber keinerlei soziale Sicherheit, denn informell Arbeitende sind nicht in das Sozialversicherungssystem für die städtische Arbeitsbevölkerung einbezogen.

Entgegen der früheren gezielten Gleichheitsorientierung der staatlichen und genossenschaftlichen Unternehmen werden im einheimischen Privatsektor nun geschlechtsspezifische Auswahlkriterien angewendet, mit denen Dienstleistungsfirmen Frauen offen aufgrund ihres Alters oder Aussehens diskriminieren. Zwar diskutieren die Medien solche Diskriminierungspraktiken, die Politik interveniert jedoch nicht und belehrt die Öffentlichkeit, dass die Unternehmen in der Marktwirtschaft autonom handeln.

Die offiziellen Statistiken blenden die Prostitution als wachsenden Einkommensbereich für Frauen im informellen Dienstleistungssektor vollständig aus. Sie ist jedoch ein integraler Bestandteil des Hotel- und Gastronomiegewerbes und ein regelmäßiger „Begleitservice" bei Geschäftsverhandlungen und touristischen Reisen. Bordelle sind verboten. Der Straßenstrich entlang der Routen männlicher Migranten und auf den Großbaustellen in den Städten stellt häufig die einzige Verdienstmöglichkeit für erwerbslose, unqualifizierte Frauen dar (Lee 2005: 30). Viele Frauen erwerben mit Prostitution aber auch einen Nebenverdienst, um besondere Haushaltskosten - wie Ausgaben für Medikamente oder die Ausbildung des Kindes - zu decken. Die aktuelle Zahl der Sexarbeiterinnen dürfte um ein Vielfaches höher liegen als die 6 Millionen, die von Behörden für das Jahr 2000 angegeben wurden. Hinzu kommt, dass die Armutsprostitution transnational betrieben wird, d.h. Chinesinnen migrieren nach Burma, Thailand und Vietnam oder werden in dortige Bordelle gehandelt, Russinnen und Nordkoreanerinnen arbeiten in China.

## Neue Subjektivitäten

Schiere Not und Verschuldung der Familien sind die wichtigsten Gründe, um vom Land abzuwandern (Chan 2002: 181). Für junge Frauen, die inzwischen die Hälfte der 150 Millionen WanderarbeiterInnen ausmachen, kommt jedoch häufig der Wunsch hinzu, den Beschränkungen der ländlichen, immer noch rigiden konfuzianisch-patriarchalen Lebenswelt zumindest zeitweise zu entkommen. Die Proletarisierung in der Industrie oder die informelle Beschäftigung im Dienstleistungssektor bedeuten nicht nur eine Einkommensverbesserung, sondern werden zudem als sozialer Aufstieg betrachtet. (HKCTU 2004:9) Entsprechend wächst auch die Zahl derjenigen MigrantInnen, die in ihrer Lebensplanung entgegen aller Widerstände einen permanenten Aufenthalt in der Stadt anstreben.

Die Rücküberweisungen der Migrantinnen ins Dorf machen die Frauen erstmals zu bedeutenden Einkommensquellen für ihre Familien und weisen ihnen eine neue Rolle als ökonomische Akteurin und Ernährerin zu. Sie tragen dazu bei, ein neues Selbstwertgefühl und eine selbständige Identität zwischen kapitalistischem Markt und patriarchaler Herkunftskultur aufzubauen (Huang/Yhan 2005:6; Pun 1999; Schmidbauer 2003). Trotz der Desillusionierung in der industriellen Arbeitswelt und im städtischen Alltag, trotz der Verbitterung über die Disziplinierung und die Diskriminierungen als „Landmädchen" oder wegen ihrer ethnischen Herkunft, haben die meisten jungen Frauen einen sehr überlebenspragmatischen Umgang mit den sich bietenden Möglichkeiten und Schwierigkeiten. Die meisten sind bereit, Zumutungen und Benachteiligungen hinzunehmen, weil ihnen aufgrund der Armut und Alternativlosigkeit auf dem Land jedes magere Einkommen in der Stadt als Hoffnungsfunken auf Wohlstandsgewinn und einen Einstieg in den städtischen Konsumkosmos erscheint. Viele Migrantinnen sind aber auch nicht über ihre Rechte informiert und glauben z.B. sie müssten kündigen, wenn sie schwanger werden. Trotzdem entwickeln unter diesen Bedingungen eine „Kultur des Überlebens". Eine individuelle Strategie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Einkünfte ist das Job-Hopping, ein schneller Arbeitsplatzwechsel auf der ständigen Suche nach besseren Konditionen (Chan 2002: 180ff).

Auf dem Land wird die alte Familienplanungspolitik mit der Parole "weniger Geburten um schnellen Wohlstand zu erreichen" nun zur Armutsreduktionspolitik erklärt. Gleichzeitig aber sind die chinesischen Metropolen bereits überaltet. In Shanghai, wo schon 18 % der registrierten Bevölkerung (ohne MigrantInnen) älter als 60 Jahre sind, beschloss die Stadtverwaltung im April 2004 eine bevölkerungspolitische Kehrtwende: Paare können nun ein zweites Kind „beantragen". Befragungen weisen allerdings darauf hin, dass aufgrund der veränderten Lebensbedingungen nur noch wenige Paare einen Zwei-Kinder-Wunsch haben und eine wachsende Zahl - derzeit 12 % - kinderlos bleiben will. Dies zeigt, dass die politische Führung ihren Anspruch der demographischen Machbarkeit und politischen Kontrolle der Fortpflanzung beibehält, während jedoch die Objekte der Kontrolle eine Individualisierung und Subjektwerdung mit eigener Lebensplanung entwickeln.

In den Städten - am stärksten ausgeprägt in Shanghai - ist eine Generation junger Karrierefrauen aufgewachsen, die als verhätschelte Einzelkinder im ökonomischen Aufschwung und Wohlstandsboom der städtischen Aufsteiger großgeworden sind. Ausgezeichnet, manchmal sogar im Ausland ausgebildet, konkurrenzfreudig und selbstbewusst versuchen sie durch schnelle Jobwechsel ihr Einkommen ständig zu steigern und entwickeln ein neoliberales individualistisches Effizienzprinzip als Lebensform, das sie als Emanzipation von den sozialen und moralischen Bindungen des alten gleichheitsorientierten Arbeitsregimes und als explizit anti-kollektivistisch definieren.

## Politische Reformen und soziale Gleichheit

In den vergangenen Jahren stimmten MigrantInnen erstmalig mit ihren Füßen gegen den auf ihrem Rücken ausgetragenen Unterbietungswettbewerb („race to the bottom“) auf dem Weltmarkt ab. Entgegen allen Prognosen bezüglich eines noch zwei Jahrzehnte anhaltenden Zustroms von Arbeitskräften vom Land meldeten die Exportindustrien in der Küstenregion 2004 einen Mangel an Arbeitskräften sowohl in den arbeitsintensiven Niedriglohnindustrien als auch in den High-Tech-Branchen (World Bank News 26.8.04). Die MigrantInnen begründeten dies mit dem Missverhältnis zwischen den stagnierenden Löhnen bei wachsendem Leistungsdruck und steigenden Lebenshaltungskosten in den Boomregionen.

Die Regierung reagierte mit mehreren arbeitsmarkt- und bevölkerungspolitischen Maßnahmen. Die chinesische Führung äußerte die Absicht, in Zukunft die Einhaltung von Sozialstandards Beachtung zu schenken (Südwind 2005:19). Sie lockerte das *hukou*-System, das Herkunftsprinzip, das Land- und Stadtbevölkerung jeweils nur an ihrem Herkunftsort Anspruch auf öffentliche Versorgung und soziale Sicherheit garantierte. MigrantInnen haben nun Zugang zum städtischen Sozialversicherungssystem, ihre Kinder dürfen in einigen Städten öffentliche Schulen besuchen. Außerdem bemüht sie sich um eine geographische Diversifikation der Industrialisierung und lenkt einheimische wie ausländische Investitionen in andere Regionen und mittelgroße Städte. Dies ist eine Abkehr von dem Prinzip begrenzter Sonderwirtschaftszonen und steuert auf eine Penetration des gesamten Landes mit Investitionen, Verarbeitungsindustrien und Exportproduktion hin. Beim Auf- und Ausbau dieser Industrialisierung spielt der Geschlechterunterschied wieder eine bedeutende Rolle.

Mit diesem neuen Industrialisierungsschub sollen die Beschäftigungs- und Einkommensverluste, die durch die Liberalisierung der Landwirtschaft entsprechend der WTO-Bestimmungen entstehen, zumindest teilweise aufgefangen oder kompensiert werden. Durch Subventionsabbau und erhöhte Importe im landintensiven Anbau von Getreide, Speiseöl, Zucker und Baumwolle verlieren geschätzte 20 Millionen Bauern und Bäuerinnen ihre Lebensgrundlage oder ihren Arbeitsplatz. Seit Anfang der 1990er Jahre vollzog sich eine Feminisierung der Landwirtschaft, weil der Männeranteil durch Migration schrumpfte. In der feminisierten Landwirtschaft dominieren Frauen den Feldbau und die Geflügelzucht, Männer dagegen die Wald- und Fischwirtschaft und die landwirtschaftlichen Dienste (UNDP u.a. 2003:60). Den Einbußen infolge der Marktöffnung stehen mögliche Beschäftigungsgewinne für Frauen in der arbeitsintensiven Exportproduktion von Obst, Gemüse und Geflügel gegenüber. Sie können die Verluste jedoch nicht aufwiegen. (UNDP et al. 2003:72ff). Deswegen findet insgesamt eine Umstrukturierung der Sektoren mit einer Verschiebung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in die Industrie und mehr noch in den Dienstleistungssektor statt.

Doch auch bei diesen politischen Maßnahmen steht nicht die Einlösung sozialer und wirtschaftlicher Rechte aller StaatsbürgerInnen im Vordergrund, sondern die ökonomische Rationalität der Bereitstellung von Arbeitskräften und der Steuerung der Bevölkerung durch Reduktion von Surplus-Arbeitskräften auf dem Land, die sich zunehmend als soziales Unruhepotential erweisen. Inzwischen ermutigt die Führung zu Mobilität und Arbeitsmigration, sie steuert und reguliert sie, um das Problem wachsender Arbeitslosigkeit zu kanalisieren. All dies gehört zum politischen Instrumentarium der Neustrukturierung der Arbeiterschaft und eines neuen „Arbeitsregimes“ oder wie Lee formuliert „politics of making and unmaking of classes“, bei denen das Geschlecht eine wichtige Rolle spielt. (Lee 2005:6)

## Globale Muster, soziale Widersprüche

Chinas Liberalisierung und Aufstieg zum Weltmarktakteur gestaltete sich als ein Prozess der Integration in das System internationaler Arbeitsteilung unter Nutzung komparativer Standortvorteile. Dieser Prozess ging Hand in Hand mit einer Restauration der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung bei gleichzeitiger Re-Akzentuierung von Geschlechterunterschieden, denn Geschlechterdifferenzen und die Diskriminierung von Frauen werden als Standortvorteile genutzt.

Obwohl die Gleichstellungserfolge der sozialistischen Epoche immer noch eine Wirkkraft haben und im öffentlichen Bewusstsein als Glaube an eine prinzipielle Chancengleichheit zementiert sind, setzen der Markt und der zunehmend internationalisierte Wettbewerb dieselben Mechanismen der Auf- und Abwertung, der Geschlechtersegmentierung und der Geschlechtersegregation in Gang wie in jenen Ländern, die niemals Geschlechtergleichheit in dem Maße wie China erreicht hatten. Wachsende Einkommensdisparitäten, Informalisierung der Beschäftigung, arbeitsintensive exportorientierte Niedriglohnsektoren in der Landwirtschaft und Industrie und eine preiswerte Verfügbarkeit sozialer Reproduktionsarbeiten von der Hausarbeit über die Altenpflege bis zur Prostitution sind höchst funktional für die chinesische Wettbewerbsfähigkeit und tragen zu den Wachstumserfolgen bei. Damit sind neue Geschlechterungleichheiten Folgen der Marktliberalisierung, aber die Reakzentuierung von Geschlechterdifferenzen ist auch Grundlage und Vehikel für Handelsliberalisierung und wirtschaftliches Wachstum.

Im Zuge von Markt- und Handelsliberalisierung verstärken sich für Frauen die gegensätzliche Szenarien von Chancen – Job-, Mobilitäts- und Wohlstandsgewinne - einerseits und Diskriminierungen andererseits. Während somit die soziale Kategorie Geschlecht in den gesellschaftlichen Prozessen als Vehikel sozialer Differenzierung bzw. als Instrument der Diskriminierung von Frauen wirkt, findet gleichzeitig auch eine soziale Differenzierung zwischen Frauen statt, die durch andere soziale Maßstäbe wie Alter, Qualifikation, ethnischer Herkunft oder Klassenherkunft bestimmt wird. Zunehmend verschiebt sich im öffentlichen Diskurs, in dem bisher die Ideologie der Chancengleichheit und tatsächliche Diskriminierungspraktiken in einer meist friedlichen Koexistenz nebeneinander bestanden, hin zu Protesten gegen die wachsenden sozialen Spaltungen und Polarisierungen. „Es ist ironisch und peinlich zugleich“, kommentieren die Soziologen Huang und Zhan, „dass sich mit dem Wachstum der Wirtschaft die Geschlechtergleichheit verringert“ (2005: 18).

**Quellen:**


- Berliner China-Hefte (2003): Soziale Probleme, Nr.25
- Chan, Anita: (2002): The Culture of Survival. Live of Migrant Workers through the Prism of Private letters of Migrant Workers, in: Link, Perry/Madsen, Richard/ Pickowicz, Paul: Popular China, Boulder, Rowman & Littlefield, 163-188
- Croll, Elizabeth (1986 ): Chinese Women since Mao, ZED Books, London
- Dies. (1999): Social Welfare Reform: Trends and Tensions, in: The China Quarterly, No.159, 684-699
- Dai, Jinhua (2003): Class and Gender, in: ARENA, China Reflected, Hongkong, 138-152
- Ferenschild, Sabine/Wick, Ingeborg (2004): Globales Spiel um Knopf und Kragen. Das Ende des Welttextilabkommens verschärft soziale Spaltungen, Südwind-texte 14, Siegburg/Neuwied
- Ghose, Ajit K. (2005): Employment in China: recent trends and future challenges, ILO, Employment Strategy Papers 2005/14, Geneva

- HKCTU (2004): Chinese Labour and the WTO, Hong Kong

- Huang, Ping/Zhan, Shaohua (2005): Internal Migration in China, Vortrag bei der Regional Conference on Migration and Development in Asia, 14.-16.3.05 in Lanzhou, IOM, PRC/MFA, DFID

- Iz3w (2004): Chinas neue Freiheit – Reformpolitik in der Kritik, Nr 277, Freiburg

- Jiang, Yongping (2004): Informal employment and gender differentiation on the labor market, Women's Studies Institute, Vortrag beim Internationalen Soziologenkongress, Juli 2004 in Peking

- Jin, Yihong (2002): Entry into the World Trade Organization and Women's Employment: Impact and Countermeasures, NMLA/GTZ

- Kupfer, Kristin (Hg.) (2004): „Sozialer Sprengstoff in China?" Dimensionen sozialer Herausforderungen in der Volksrepublik, Focus Asien, Schriftenreihe des Asienhauses Nr. 17, Essen

- Lau, Kin Chi/Liu, Meng/Zhang, Lixi (1999): Gender Discourse in China, in: ARENA, Resurgent Patriarchies: Challenges for Women's Movements in Asia, ARENA press, Hong Kong, 101-136

- Lee, Ching Kwan (2005): Livelihood Struggles and Market Reform. (Un)making Chinese Labour after State Socialism, UNRISD, Geneva

- Lin, Justin Yifu (2000): China's Accession to WTO: Impacts on Agriculture and Financial Sector, www.ccer.edu.cn/workingpaper/paper/e2000009.doc

- Liu, Bohong (2005): The All-China Women´s Federation and Women's NGOs, in: Du, Fangqin/Zheng, Xinrong (Eds.): Mapping the Social, Economic and Policy Changes in Chinese Women's Lives, Ewha Womens University Press, Seoul

- Lüthje, Boy (2004): Global Production Networks and Industrial Upgrading in China: The Case of Electronics Contract Manufacturing, East-West-Center, Economics Series No 74

- Pun, Ngai (1999): Becoming Dagongmei (Working Girls): The politics of identity and Difference in Reform China, in: The China Journal, No 42, 1-19

- Dies., (2005): Women Factory Workers in a Global Workplace, Durham, Duke University Press

- Schädler, Monika (2001): Im Angesicht von Arbeitslosigkeit und Depravierung – Gegenwart und Zukunft der chinesischen sozialen Sicherung, in: Schubert, Gunter (Hg.): China: Konturen einer Übergangsgesellschaft auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Institut für Asienkunde, Hamburg, 267-295

- Schmidtbauer, Heike (2003): Living on the Fringes – Urban Experiences of Rural Migrant Women in Reform China, 25.20.2003, 44-57

- Seguino, Stephanie (2000): Gender Inequality and Economic Growth. A Cross-Country Analysis. In: World Development, Vol. 28, No 7, 1211-1230

- Südwind (2005): Nähen für den Weltmarkt. Frauenarbeit in Freien Exportzonen und der Schattenwirtschaft, Siegburg

- UNDP/CICETE/NDRC/UNIFEM (2003): China´s Accession to WTO: Challenges for Women in the Agricultural and the Industrial Sectors, Beijing

- UNDP (2005): Bericht über die menschliche Entwicklung, New York/Berlin

- Wang, Jufen (2004): Legal Protection of Women Workers´ Employment Rights under Market Oriented Economy, Fudan University (unveröff. Manuskript)

- Wichterich, Christa (1998): Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit, Rowohlt, Hamburg

- Dies. (2002): Femme global. Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral, VSA, Hamburg

- World Bank (2002): China, Country Gender Review, Washington

- Zhang, Naihua/Wu, Xu (1995): Discovering the Positive Within the Negative: The Women´s Movement in a Changing China, in: Basu, Amrita (Ed.): The Challenge of Local Feminisms. Women's Movements in Global Perspective, New Delhi, 25-58

*Dieser Text ist erschienen in dem SEHR empfehlenswerten ARGUMENT-Heft 268 :**Großer Widerspruch China**". 2. Auflage (SiG-Redaktion)*

---

# Peter Wahl (Interview mit Hannes Koch , TAZ5.9.08)

# Neoliberalismus oder Kapitalismus?

*taz: Herr Wahl, die weltweite Armut ist seit 1981 zurückgegangen. Die Globalisierungskritiker behaupten das Gegenteil. Eine Ihrer zentralen Thesen ist widerlegt.*
Nein. Auch der neue Bericht der Weltbank, auf den Sie anspielen, sagt, dass die Armut in den meisten Regionen der Welt zwischen 1981 und 2005 zugenommen hat. Außerdem musste die Bank ihre alten Armutsstatistiken nach oben korrigieren. Bei der absoluten Armut, also dort wo Armut zur Bedrohung von Leib und Leben wird, um 400 Millionen Menschen.

*Die Zahl der Menschen, die unter absoluter Armut leiden, ist zwischen 1981 und 2005 von 1,9 Milliarden auf 1,4 Milliarden gesunken - trotz wachsender Weltbevölkerung. Ist das kein Erfolg?*
Sie müssen genau hinsehen. Der Erfolg hat hauptsächlich in China stattgefunden. Dort sind 600 Millionen Menschen aus der ärgsten Not herausgekommen. Rechnet man China aber heraus, ist die absolute Armut sogar gestiegen. Und wer gerade über der absoluten Armutsgrenze liegt, dem geht es noch lange nicht gut. Die Anzahl der Armen insgesamt beziffert die Weltbank auf 3,1 Milliarden. Daran gibt es nichts zu beschönigen.

**Globale Armut**

Kürzlich hat die **Weltbank** ihre neue Studie zur globalen Entwicklung vorgelegt. Die zentrale These: Die Zahl der absolut Armen, die weniger als 1,25 US-Dollar pro Tage zur Verfügung haben, ist zwischen 1981 und 2005 von 1,9 Milliarden Menschen auf 1,4 Milliarden gesunken. Während zu Beginn der 1980er Jahre 45 Prozent der Weltbevölkerung bitterarm waren, sind es heute noch 22 Prozent.
Dennoch geht die Armut weltweit langsamer zurück als erhofft. Nehme die Armut weiter im gleichen Tempo ab wie bisher, würden im Jahr 2015 immer noch eine Milliarde Menschen von weniger als 1,25 Dollar (85 Euro-Cent) am Tag leben, betonte Lin.
Das südliche Afrika ist die einzige große Weltregion, in der es im Kampf gegen die Armut quasi keine Fortschritte gab. 1981 lebten laut Weltbank 51 Prozent der Menschen in der Region unterhalb der Armutsgrenze. Bis 1996 stieg ihr Anteil an der Bevölkerung auf 58, bis 2005 ging er wieder auf 50 Prozent zurück. Gleichzeitig stieg die absolute Zahl der Armen im südlichen Afrika stark an, sie wuchs von 200 Millionen auf 380 Millionen. Außerdem verfügen die Armen in Afrika über besonders wenig Geld: 2005 standen ihnen statistisch im Schnitt rund 70 US-Cent (48 Euro-Cent) pro Tag zur Verfügung. (TAZ 5.9.08)

*Anm. der SiG-Redaktion: Die Statistiken der Weltbank sind wiederholt kritisiert worden: SiG 67 Toussaint: Statistikfehler der Weltbank und SiG 65: Branko Milanovic: Wie Statistik die Weltwirtschaft verändert*

*China ist keine Ausnahme - auch in anderen Ländern Asiens hungern weniger Menschen als vor 25 Jahren.*
Sie ignorieren die Gegenbeispiele, die Rückschritte. In Indien etwa ist die Zahl der Armen absolut gestiegen, nicht gesunken. Dort leben jetzt 455 Millionen Menschen von weniger als 1,25 Dollar pro Tag. 1981 waren es 420 Millionen. Auch in Zentralasien und Lateinamerika nimmt die Zahl der Armen nicht ab, ganz zu schweigen von Afrika südlich der Sahara.

*Aber die Bevölkerung Indiens ist massiv gewachsen. Deshalb ist der relative Anteil der Armen unter dem Strich gesunken.*
Das stellen wir nicht in Frage. Auch im Nahen Osten und Teilen Lateinamerikas geht es vielen Menschen besser als früher. Trotzdem ist es undifferenziert, von globalem Fortschritt zu sprechen. Afrika südlich der Sahara ist viel schlechter dran als früher. Noch immer lebt die Hälfte der Bevölkerung dort in tiefster Armut. Die neoliberalen Wirtschafts- und Entwicklungsrezepte haben daran nichts geändert. Im Gegenteil, sie verschärfen die Armut.

*Sie haben den Neoliberalismus immer bekämpft. Räumen Sie ein, dass er auch seine guten Seiten hat?*
Nein. Die Erfolge in China und anderen Regionen haben mit dem Neoliberalismus, mit wahlloser Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung nichts zu tun.

*Gerade China setzt auf den freien Markt. Der Kapitalismus hat dort dazu beigetragen, dass Hunderte Millionen Menschen Fleisch statt Reis essen und sich eine Wohnung in der Stadt leisten können.*
China und auch Indien praktizieren eine spezielle Variante des Kapitalismus, ein Modell mit viel staatlicher Lenkung. Das unterscheidet sich sehr vom neoliberalen Glauben, der Mark würde alles richten. Die Öffnung zum Weltmarkt findet nur selektiv und planvoll statt.

*Die meisten westlichen Konzerne produzieren in China. Und große Mengen Computer und Textilien, die auf dem globalen Markt verkauft werden, kommen von dort.*
Aber der chinesische Finanzsektor ist ausländischen Unternehmen noch weitgehend verschlossen. Ähnliches gilt für den Agrarmarkt und andere Bereiche. Erst, wenn die eigenen Unternehmen stark genug sind, lässt die Regierung ausländische Konkurrenz zu.

*China öffnet sich zwar langsam. Aber Kapitalismus bleibt doch Kapitalismus.*
Diese Betrachtung ist zu schlicht, wie wir ja auch am Unterschied zwischen rheinischem Kapitalismus und dem jetzt dominanten neoliberalen Modell sehen. China setzt zuerst auf die innere Entwicklung und dann auf Weltmarktintegration. Und die Politik lenkt den Markt. Das ist ein anderes Modell, als es Weltbank und Währungsfonds jahrzehntelang gepredigt haben.

*Die neoliberale Globalisierung ist in Ihren Augen ein Übel, der Kapitalismus an sich aber gar nicht so schlecht?*
Der Markt ist viel älter als der Kapitalismus. Er kann durchaus zu Wohlstand für alle beitragen. Aber nur unter einer Bedingung: Der politische Rahmen muss stimmen, der Markt muss reguliert sein. Der unregulierte Markt ist Kampf aller gegen alle, die Schwachen gehen dann unter.

*Mit dieser freundlichen Einstellung gegenüber der Marktwirtschaft haben Sie es bei Attac nicht immer leicht gehabt. Sind Sie ausgestiegen, weil sie sich nicht durchsetzen konnten?*
Ich bin nicht ausgestiegen. Zusammen mit einigen anderen Aktivisten der ersten Stunde habe ich lediglich nicht mehr für den Koordinierungskreis kandidiert, weil ich seit acht Jahren keine politikfreie Minute mehr hatte. Jetzt sollen auch mal Jüngere an die Spitze.

*Mit dem ewigen Streit über den Kapitalismus hatte Ihr Rückzug nichts zu tun?*
Überhaupt nichts. Attac hat ja einen klugen Kompromiss gefunden. Auch grundsätzliche Gegner des Kapitalismus können damit leben, dass unsere Kritik sich auf die neoliberale Globalisierung konzentrierte, nicht auf den Kapitalismus an sich. Aber im **Frühjahr 2009** gibt es genau zu diesem Thema einen **großen Kongress**.

*Seit dem G-8-Gipfel der mächtigsten Staaten 2007 im Ostseebad Heiligendamm hört man nicht mehr viel von den Globalisierungskritikern. Warum?*
Die gesamte politische Landschaft in Deutschland hat sich nach links verschoben. CDU-Politiker Heiner Geissler ist Attac beigetreten, Globalisierungskritik ist jetzt Mainstream. Zu diesem Erfolg haben wir beigetragen. Und die Linkspartei bündelt einen großen Teil des kritischen Potentials.

*Schwäche als Erfolg?* Attac hat sein Alleinstellungsmerkmal verloren. Bisher ist es nicht gelungen, ein neues zu definieren. Trotzdem wächst Attac weiter, wenn auch langsam. Demnächst werden wir 20.000 Mitglieder erreichen.

# Strategie Kommission des Internationalen Rats des WSF

# Debatte über Strategie und die Zukunft des WSF

*Dieses Dokument wurde vorbereitet durch die IR Strategie Kommission, die das Mandat für die Stimulierung und Organisation der Strategien-Debatte hat, die während des WSF IR-Treffens im April 2008 ausgetragen werden soll.*

Auf dem WSF IK Treffen in Berlin (Deutschland) Ende des vergangenen Mai, wurde entschieden, dass das erste Treffen des IR 2008 in einem afrikanischen Land sein sollte und hauptsächlich der Debatte von „Strategien" gewidmet sein sollte. Dieser Text ist ein unterstützendes Instrument für diese Debatte. Er versucht eine Zusammenfassung über die Themen zu organisieren, die in den Diskussionen die innerhalb des IR und der Strategiekommission erfolgten.
Wir sind noch am Beginn dieser Debatte und sind noch nicht an einem Zeitpunkt der Synthese angelangt. Es ist nicht beabsichtigt hiermit irgendeinen der Texte oder Artikel zu ersetzen, die bereits zu diesem Thema im Umlauf sind oder noch geschrieben werden. Im Gegenteil, wir glauben, dass mehr IR Mitglieder und Mitglieder der Organisationen, die am WSF teilnehmen, dieses Thema aufgreifen und zur Debatte beitragen sollten.

Die Liste der Themen, die wir hier vorschlagen, hat daher auch zum Ziel die Debatte zu fördern und wir hoffen Kommentare und Beiträge zur Bereicherung der Diskussion zu erhalten.

Die Geschichte des WSF wurde mit der Lancierung des Vorschlages in 2000 eingeleitet. Ihre Vorläufer sind mit Ereignissen verbunden, die während der 1990er erfolgten. Nach all dieser Zeit ist es offenkundig, dass bereits viel diskutiert wurde in Bezug auf Themen, die hier vorgeschlagen werden und es ist auch zutreffend, dass die Zahl der Themen unlängst zugenommen hat. Es sind diese Faktoren, die dazu geführt haben, dass der IR diese Debatte organisiert. Aus den Diskussionen, die bereits im Umlauf sind, konnten wir beispielsweise die folgenden Fragen und Themen entnehmen:

- Befinden wir uns in einer anderen Weltlage als 2000/2001, oder in der gleichen? Welche Elemente des Bruches und der Kontinuität bestehen?
- Was ist unsere Wahrnehmung der Vorherrschaft der Vereinigten Staaten auf internationaler Ebene? Ist dies eine uni-polare Welt, dominiert vom US-Unilateralismus, oder haben auch andere Pole (China, Indien, Russland) eine Rolle auf der internationalen Ebene?
- Die unterschiedlichen Krisen, die jetzt deutlicher werden – wie globaler Treibhauseffekt, Finanzkrise, Krise der Demokratien – haben eine neue Dimension: jetzt ist es weitaus deutlicher, dass es eine Krise der Zivilisation gibt, weil deren Funktionieren, die auf Produktivität (stark stimuliert durch den Kapitalismus, aber auch durch den Sozialismus des 20. Jahrhunderts) und auf der liberalen Ideologie beruht, bereits das planetare Leben auf eine globale und unumkehrbaren Art und Weise bedroht. Was werden die Rückwirkungen von all diesem auf unsere Debatten und unsere Aktionen sein?
- Auf dem ersten WSF 2001, gab es eine starke Konzentration auf die Kritiken zur hegemonistischen, vorherrschenden Ideologie, die während der 1980er etabliert wurde. Was ist nach 7 Jahren unsere Einschätzung diese „Schlacht der Ideen"?

Manche dieser Themen, die aus der Anti-Globalisierungsbewegung hervorkamen, wurden vom kapitalistischen Diskurs angeeignet und in neue Marktformen umgesetzt, die demselben Kapital dienen (das klassische Beispiel sind die vorgeschlagenen Kohlendioxid-Zertifikate, die das Umweltthema abhandeln). Ist eine zweite Generation der Kritik der vorherrschenden Meinung/Diskussion (die nicht dieselbe ist, wie die vor 7 Jahren) erforderlich?

- Was ist mit der Anti-Globalisierungsbewegung geschehen? Gibt es allgemeine Tendenzen? Für manche Leute scheint es, dass diese Bewegung sich in einer nach unten gerichteten Spirale befindet. Was sind die Verbindungen dieser Leute zu anderen Akteuren des politischen Lebens (politische Parteien, multilaterale Institutionen, Regierungen usw.)?

War die Anti-Globalisierungsbewegung in der Lage, sich selbst als einen relevanten politischen Akteur in den verschiedenen Szenarien zu etablieren oder war sie nicht imstande, ihre Interventionskapazität im politischen Kampf zu entwickeln?
Unter uns ist es heute weitgehend anerkannt, dass das WSF ein Prozess und ein Ereignis sein muss, selbst wenn es nur eine sehr geringe Systematisierung dieser Konzepte und ihre Verbindungen gibt.

- Das WSF ist auch zum Gegenpol des Davoser Weltwirtschaftsforums geworden. dies wurde übersetzt in die Idee, ein WSF zum gleichen Zeitpunkt abzuhalten, auf eine Art und Weise, dass dieser Gegenpol noch viel deutlicher werde. Ist es wichtig sich weiterhin auf gemeinsame Weltveranstaltungen zu diesen Daten zu konzentrieren? Die Entwicklung einer Gegenposition zu Davos ist auch ein Argument zur Aufrechterhaltung der jährlichen Periodizität der zentralen Veranstaltungen: Ist es notwendig, eine zentrales Ereignis in jedem Jahr aufrechtzuerhalten oder ist es möglich, es alle 2-3 Jahre abzuhalten, wie manche Akteure vorschlugen?

Manche Aktivisten bestätigen, dass es ein Ungleichgewicht gibt zwischen den erforderlichen Anstrengungen für die Durchführung von Veranstaltungen und der verbleibenden Energie, um andere Kämpfe zu organisieren. Wie viel ging drauf (an finanziellen Mitteln, Arbeitsstunden usw.) für die Mobilisierung hinsichtlich des WSF 2005 in Porto Alegre und wie viel für die Mobilisierung gegen die WTO (Welthandeltsorganisation) in Hong Kong? Ist das WSF, welches ein Instrument für soziale Bewegungen sein sollte, ein Selbstzweck geworden?

**Fragen**

WICHTIG. Unter der Namensgebung „Strategien" schlagen wir vor, die folgenden Fragen zu diskutieren. Wenn es Vorschläge für neue Fragen gibt, bitte sendet sie ein, damit sie in die Liste aufgenommen werden können. Die Idee ist, dass jede Frage auf 2 Seiten beantwortet wird oder zusammengefasst auf bis zu 6 Seiten:

***Geopolitik:** globale, regionale oder lokale Lage oder Konjunktur: Aktuelle Situation und Veränderungen im Vergleich zum Beginn des WSF in 2000/1? Sind wir wirklich in eine neue Phase des Neoliberalismus eingetreten? Gab es Veränderungen im Zusammenspiel der Kräfte auf der internationalen Ebene? Was sind die Hauptgründe für diese Änderungen?
***Organisation**: welche spielten vor dem WSF ein Rolle, wie ist die Lage der sozialen Bewegungen, NGOs auf globaler / regionaler / nationaler Ebene, welche gegenwärtigen unterschiedlichen Ausdrucksformen der „Zivilgesellschaft" gibt es auf globaler / regionaler / nationaler Ebene und was hat sich seit 2000/1 geändert?
***WSF:** welches Szenario gab es vor dem WSF, Entwicklung des WSF als ein Ereignis und Prozess, seine Ergebnisse und Schwierigkeiten?
*** Zukunft:** die obigen Themen verbinden, Versuch der Formulierung politischer und organisatorischen Vorschläge für die Fortführung des WSF.

http://www.forumsocialmundial.org.br/dinamic.php?pagina=doc_stratcom_EN
*Übersetzung: cooditrad/ SiG-Redaktion*

***Reader über die Strategiedebatte:***
**http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/**

Eric Toussaint, CADTM

# Von den Widerständen zu den Alternativen:

## ein geschichtlicher Blick auf die Bewegung für eine andere Welt

*Dieser Beitrag ist Teil der strategischen Debatte, die vom Internationalen Rat des Weltsozialforums angeregt wurde. Die bisherigen Erfahrungen des Weltsozialforums sollen aufgearbeitet werden und es geht darum, sich über die jetzigen Widersprüche der Welt und über die Ziele und Aufgaben des WSF Klarheit zu verschaffen (Siehe „Papier der Strategiekommission für die Debatte über Strategie und die Zukunft des WSF")*

### Zwei große Tendenzen stehen sich auf der internationalen Ebene entgegen

Die derzeit dominierende Richtung, am Werk seit 25 bis 30 Jahren, besteht in der Fortführung der neoliberalen und imperialistischen Offensive des Kapitalismus. Diese hat sich in den letzten Jahren hervorgetan durch den immer häufiger werdenden Rückgriff auf imperialistische Kriege, besonders zur Eroberung von Ölfeldern, durch die Aufrüstung der Großmächte, durch die verstärkte Marktöffnung der von ihr dominierten Staaten, durch die Verallgemeinerung von Privatisierungen, durch einen systematischen Angriff auf die Löhne und die kollektiven Sicherungssysteme, die sich die Arbeiter erkämpft haben. All das ist Bestandteil des Washington Consensus. Diese Politiken werden gleichermaßen in den industrialisierten wie in den sich entwickelnden Ländern angewandt.

Eine **Gegenbewegung**, wenn auch noch sehr schwach auf globaler Ebene, entwickelt sich seit Ende der 90er Jahre. Sie macht sich auf verschiedene Weise bemerkbar:
- Die Wahl von Präsidenten, die einen Bruch mit dem Neoliberalismus versprechen (dieser Zyklus hat mit der Wahl von Hugo **Chavez** Ende 1998 begonnen) oder wenigstens eine Einhegung desselben ;
- die Aussetzung der Rückzahlungen der öffentlichen Auslandsschulden an private Gläubiger durch Argentinien von Ende Dezember 2001 bis März 2005 ;
- die Verabschiedung neuer demokratischer Verfassungen durch verfassungsgebende Versammlungen in **Venezuela, Bolivien und Ecuador** ;
- die Stärkung ziviler und politischer Freiheiten und Fortschritte bei der Garantie der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte ;
- der Beginn der Wiederherstellung der staatlichen Kontrolle über große öffentliche Unternehmen (wie das venezolanische Erdöl PDVSA (1) ), die natürlichen Ressourcen (wie Wasser, Erdöl und Erdgas in Bolivien) und über die Grundversorgung (wie Produktion und Verteilung von Strom; Telekommunikation in Venezuela);
- das Aufbrechen der Isolierung Kubas; das Scheitern von ALCA (des Freihandelsvertrages, den Washington dem gesamten amerikanischen Kontinent aufzwingen wollte) ;
- der Start von **ALBA** (bolivarische Alternative in Amerika) und die Entwicklung von Handels- und Austauschabkommen zwischen Venezuela, Kuba und Bolivien … ;
- den Ausbau von Petrocaribe, die es den nicht-erdölexportierenden Staaten der Karibik gestattet, venezolanisches Erdöl 40 Prozent unter Weltmarktpreis zu kaufen ;
- der Ausstieg Boliviens aus ICSID (Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten, Schiedsgericht der Weltbank über Investitionen) ;
- die Ausweisung des ständigen Vertreters der Weltbank aus Ecuador ;
- die Ankündigung Ecuadors, 2009 **die US-Basis in Manta aufzulösen** ;
- der Start der **Bank des Südens**.

Diese Gegenbewegung wäre nicht zu verstehen ohne die starken **Massenmobilisierungen**, die sich seit den 1980er Jahren in Lateinamerika der neoliberalen Offensive an verschiedenen Stellen des Planeten entgegen gestellt haben (April 1985 in Santo Domingo, Februar 1989 in Caracas) und die seither regelmäßig stattgefunden haben.
Dass **Kuba** überlebt hat, trotz der Blockade und der Angriffe aus Washington, hat ebenfalls zur Geburt dieser Gegenbewegung beigetragen. Denn die Insel ist der lebende Beweis dafür, dass man der mächtigsten Wirtschafts- und Militärmacht der Welt die Stirn bieten kann.
Der Widerstand, auf den der Imperialismus **im Irak, in Palästina und in Afghanistan** trifft, spielt ebenfalls eine entscheidende Rolle, denn solange die USA eine riesige Militärpräsenz im Mittleren Osten und in Zentralasien aufrecht erhalten müssen, ist eine direkte Militärintervention in Lateinamerika (2) schwierig.

Wir stehen kurz vor dem Jahr 2015, bis zu dem die bescheidenen **Milleniumsziele** der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2003 (3) erreicht sein sollen : nur eine Handvoll Jahre trennt uns von diesem Datum und das Panorama, das sich bietet, ist sehr beunruhigend. **Ganz offensichtlich verschlechtern sich die Lebensbedingungen für einen bedeutenden Teil der Bevölkerung sowohl in den industrialisierten Ländern wie in anderen Teilen der Welt**.
Diese Verschlechterung umfasst die Einkommen, die Beschäftigung, die Gesundheit, die Ernährung, die Umwelt, die Bildung und den Zugang zur Kultur.
Sie betrifft die Ausübung der **Grundrechte** der Individuen sowie der Gemeinschaften.
Die Verschlechterungen sind auch sichtbar auf der Ebene des **ökologischen Gleichgewichts**, in den Beziehungen zwischen den Staaten und ihren Bürgern, am Rückgriff der Großmächte auf militärische Aggression.
Die **USA** sind nicht die alleinigen Aggressoren, sie haben Verbündete in **Europa**, die sich am Krieg im Irak und in Afghanistan beteiligt haben – oder noch immer aktiv beteiligt sind. Nicht zu vergessen den Staatsterror, den die **israelische Regierung** besonders gegen die Palästinenser ausübt, und die Intervention der **russischen Armee** in Tschetschenien.

### Die Zeichen der Barbarei zeigen sich jeden Tag vor unseren Augen

Waren, Dienstleitungen, Kapital und Informationen zirkulieren ungehindert über den ganzen Planeten, während man die Menschen aus den verarmten Ländern daran hindert, in die reichen Staaten zu gelangen. Waren und Kapital die volle Bewegungsfreiheit zuzuerkennen und diese aber den Menschen zu verweigern, ist ein Ausdruck der derzeitigen Barbarei. In Westeuropa und in den USA, und das ist besonders abstoßend, wird Asylsuchenden die Gerechtigkeit verwehrt. Es ist widerwärtig, wie zahlreiche Politiker, auch linke, der Parole zustimmen, dass man nicht das ganze Leid der Welt auffangen könne und dass es somit letztlich legitim sei, das Recht auf Asyl in den Ländern des Nordens massiv abzubauen, und abgewiesene Asylbewerber kollektiv abzuschieben oder ihnen den Zutritt zum jeweiligen Territorium zu verweigern. Denken wir an die, die erschossen wurden, als sie 2005 versucht haben, in den spanischen Enklaven in Marokko die Grenzen der EU zu überwinden. Erinnern wir uns an die Tausenden von

Menschen, die ihr Leben verlieren beim Versuch, die Meerenge von Gibraltar zu überqueren oder die Kanarischen Inseln zu erreichen. Das ist natürlich nicht nur ein europäisches Phänomen. Man weiβ, was sich an der Südgrenze der USA am Rio Grande abspielt.

Währenddessen erreicht die **Konzentration des Reichtums** in den Händen einer winzig kleinen Minderheit der Weltbevölkerung nie dagewesene Ausmaβe in der Geschichte der Menschheit. Einige tausend Kapitalbesitzer aus Amerika, Europa, China, Indien, Afrika häufen einen Reichtum an, der das Jahreseinkommen der Hälfte der Menschen auf dem Planeten übersteigt. Auch das ist Barbarei. Die **Kluft** zwischen den reichen und den verarmten Ländern klafft immer weiter auseinander. Das ist nicht zu akzeptieren.

## Diese Verschlechterungen und die Verweigerung der Gerechtigkeit können nicht beseitigt werden ohne einen politischen Kurswechsel

2015 ist das Zieldatum für die Milleniumsziele, die viel zu bescheiden sind und nicht an den **Wurzeln** der Probleme rühren: der **ungleichen Verteilung** des Reichtums und der **Logik des privaten Profits.**
In zahlreichen Ländern nähert man sich nicht den Milleniumszielen, man entfernt sich sogar von ihnen. Diese Tatsache ist sehr beunruhigend, und deshalb muss man sich fragen, ob es Kräfte gibt, die mächtig genug sind, die derzeitige historische Tendenz umzukehren.
Diese historische Tendenz hat vor über 30 Jahren begonnen, vor einer Generation.
Der Staatsstreich des Militärs unter Pinochet in Chile 1973 diente als Labor für die Installation der neoliberalen Politik, die sich seither immer weiter ausgebreitet hat, in Westeuropa mit Margaret Thatcher 1979, in Nordamerika während der Präsidentschaft von Ronald Reagan 1981-1988, und auf dem Rest des Planeten besonders mit der Wiederherstellung des Kapitalismus in Russland und China.

## Das Auftauchen der historischen Gegenkräfte

Gibt es historische Kräfte, die in der Lage sind, sich der zunehmenden Macht des Neoliberalismus entgegen zu stellen? Die Antwort ist Ja.

Während manche deren Ursprung in der Schlacht von Seattle gegen die WTO 1999 sehen, scheint es doch angemessener, einige frühere Daten in Betracht zu ziehen als Marksteine auf dem Weg des Widerstandes gegen die neoliberale Globalisierung.

Das Jahr **1989** ist in diesem Zusammenhang wichtig: in erster Linie wird es als das Jahr wahrgenommen, in dem die Berliner Mauer gefallen ist, was dem Jahr sicher historische Bedeutung gibt. Der Fall der Mauer entsprach dem Ende einer Karikatur des bürokratischen und stalinistischen Sozialismus, einer völlig abwegigen Version des Sozialismus, der vielmehr ein emanzipatorisches Projekt ist. Aber 1989 ist auch das Jahr, in dem sich am 27. Februar in **Venezuela** die Massen **gegen den Strukturanpassungsmaβnahmen** erhoben, die der IWF mit dem dortigen Regime ausgeheckt hatte. Die Veränderungen der letzten 10 Jahre in Venezuela sind nur vor dem Hintergrund dieses Datums zu verstehen. 1989 wurde auch der 200. Jahrestag der Französischen Revolution begangen, und in diesem Jahr gelang in Paris eine beeindruckende **Mobilisierung gegen den G7-Gipfel**, die sich für eine Streichung der Schulden der Dritten Welt einsetzte (4).

Der zweite groβe Markstein für den wachsenden Widerstand gegen den neoliberalen Kapitalismus war **1994.** Drei wichtige Dinge sind in diesem Jahr passiert :

**1.** Am 1. Januar 1994 brach in **Chiapas** die zapatistische Revolution aus. Dort schaffte sich ein Akteur Beachtung, der sich seit Jahrhunderten gegen die spanischen Besatzer gewehrt hatte und gegen die Unterdrückungsregime, die ihnen gefolgt waren. Die Indigenas (die Mayas) stellten grundsätzliche Forderungen. In einer universellen Sprache haben sie sich an den gesamten Planten gewandt mit der Stimme des Subkommandanten Marcos. Das geht weit über seine Person und seine persönlichen Eigenschaften hinaus. Marcos wurde zum Ausdruck einer tiefer greifenden Bewegung, denn die Indios in Chiapas waren mit ihrem Kampf nicht allein: in Ecuador haben sich die Indigenas zur Vereinigung der indigenen Nationen von Ecuador (CONAIE, www.conaie.org) zusammengeschlossen. Und 2005 wurde mit Evo **Morales**, dem Aymara-Indianer, politischer und Gewerkschaftsführer, zum ersten Mal ein Indigener zum Präsidenten eines lateinamerikanischen Landes gewählt (5). Das Jahr 1994 markiert also den Ausbruch des Kampfes eines indigenen Volkes, der das Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko in Frage stellt und auch die Gegen-Agrarreform, die der neoliberale Präsident Carlos Salinas de Gortari durchgesetzt hatte (6). Die zapatistische Armee der nationalen Befreiung (EZLN) erklärt der mexikanischen Regierung den Krieg auf eine « pazifistische » Weise, ohne Blutvergieβen. Grundsätzlich erklärt die EZLN: *« Wir erheben uns und greifen zu den Waffen, aber wir wünschen uns, sie nicht anwenden zu müssen »*. Das ist nicht die letzte Guerilla des 20. Jahrhunderts, sondern vielmehr die erste Erfahrung einer **Guerilla neuen Typs** des 21. Jahrhunderts.

**2.** 1994 wurde auβerdem 50 Jahre der Gründung von **Weltbank und Internationalem Währungsfonds** « gefeiert ». Dieses Ereignis war Anlass für eine enorme Protestversammlung in Madrid. Diese Demonstration unter dem Motto *«Die anderen Stimmen des Planeten »* hat später die sozialen Bewegungen in Frankreich beeinflusst, die während der Mobilisierung gegen den G7-Gipfel in Lyon 1996 Bündnisse unter diesem Namen gründeten (7). Die spanische Initiative vereinigte NGOs, Bewegungen wie « Plattform 0,7 », in der junge Leute dafür kämpften, dass ihre Länder 0,7 Prozent ihres BIP für öffentliche Entwicklungshilfe einsetzen, der CADTM (8) und auch Gewerkschaften, die Frauen- und die Umweltbewegung. Schon bei diesem Gegengipfel schlossen sich eine ganze Reihe von Bewegungen zusammen, die sich später 1999 in Seattle wieder vereinigen sollten, dann 2001 in Porto Alegre usw.

**3.** Dritter starker Moment 1994 : die **«Tequilakrise»**, wiederum in Mexiko. Man muss sich wieder ins Gedächtnis rufen, dass man 1993/1994 vom asiatischen Wunder, vom mexikanischen Wunder, vom tschechischen Wunder für die Länder Osteuropas gesprochen hat. Man sprach von « emerging countries » - Schwellenländern- und ihren groβen Erfolgen. Die « Tequilakrise » hat ganz Lateinamerika erschüttert. Sie war der Anfang einer schweren Finanzkrise, die nacheinander Südostasien 1997-1998, Russland 1998, Brasilien 1999, Argentinien und die Türkei 2000-2001 erfasst hat.

Wenn das Jahr 1989 den Anfang eines starken und anhaltenden Widerstandes in Lateinamerika gegen die neoliberale Politik markiert, dann bedeutet 1994 eine Wende hin zu neuen Ausdrucksformen des Widerstandes, zu neuen Allianzen und zur Krise des neoliberalen Modells.
Und 1999 wurde weltweit und in Realzeit sichtbar, dass man siegreich gegen die **WTO** kämpfen kann, gegen eine weltweite Organisation, die für den Willen steht, **alle menschlichen Bezüge in Waren zu verwandeln**. Diese Marksteine fügen sich in ein gröβeres Ganzes des Widerstandes sowie eines sozialen und politischen Neubeginns ein.

## Neue Widerstände überall

Im Laufe der 1990er Jahre, nach einer ersten Periode, die von den Pinochets, Thatchers und Reagans bestimmt war, tauchten neue Widerstandsformen an verschiedenen Orten des Planeten auf. Dank der neuen Akteure, die sich hier äuβern,

wurde die Lücke gefüllt, die die Krise der traditionellen Arbeiterbewegung gelassen hat.

Entstanden im 19. Jahrhundert und nach und nach gefestigt, hatte diese **Arbeiterbewegung** im 20. Jahrhundert in den meisten Ländern des Planeten die Szene der emanzipatorischen Kämpfe dominiert.
Die Kämpfe der Resistance in Europa während des 2. Weltkrieges und die Befreiung, die Errungenschaften, die dem Sieg über den Nazismus und den Faschismus folgten, waren Verdienste dieser Arbeiterbewegung, die sich auf starke Kräfte in der industriellen Arbeiterklasse stützen konnte.
Geschwächt durch die neoliberale Offensive der 1970-1980er Jahre, geriet diese Arbeiterbewegung in die Krise. Fast alle Führungen der großen Gewerkschaftsorganisationen sind dermaßen bürokratisch und an das kapitalistische System angepasst, das sie nun die Kämpfe und die Radikalisierung bremsen.
Neue Gewerkschaften sind aus Abspaltungen von den großen traditionellen Organisationen hervorgegangen und spielen die Rolle des Stachels, aber sie tun sich schwer zu wachsen, denn die Bürokraten legen ihnen mächtige Hindernisse in den Weg. Im Innern der Gewerkschaften spielen die Gruppen, die links von der bürokratischen Zentrale stehen, eine heilsame Rolle.
Obwohl die Gewerkschaften geschwächt und gelähmt sind, starten die Beschäftigten des öffentlichen und des privaten Sektors regelmäßig Kämpfe von großer Tragweite. Das ist der Fall in Westeuropa, wo man große soziale Mobilisierungen kennt, an denen die Gewerkschaftsbewegung aktiv teilnimmt (Italien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Portugal, Spanien …). So im Herbst 1995 in Frankreich, als die Beschäftigten sich in Bewegung setzten und Premierminister Alain Juppé aus dem Amt gejagt haben. Das hat in der Folge Lionel Jospin veranlasst, Frankreich aus den bis dahin geheimen Verhandlungen über das Multilaterale Investitionsschutzabkommen MAI zurückzuziehen und damit einen wichtigen Pfeiler der neoliberalen Offensive umzustoßen. Das ist auch der Fall in vielen Ländern Lateinamerikas, Asiens, Afrikas und Nordamerikas.

In den 1990er Jahren tauchen auch Akteure auf, die vorher im Schatten standen. Weltweit entstehen **Bauernbewegungen** : 1984 gründet sich in Brasilien die Landlosenbewegung MST, 1992 wird die internationale Kleinbauern-Organisaton Via Campesina gegründet, das Auftauchen der Symbolfigur José Bové in Seattle, das Anwachsen der Gewerkschaftsorganisation der Coca-Bauern in Bolivien unter der Führung von Evo Morales, zahlreiche Kämpfe von Bauern in Indien, Südkorea und andernorts. Wer hätte sich in den 1960er Jahren in den industrialisierten Staaten vorgestellt, dass ausgerechnet Bauern der Stachel im neuen Kampf für eine andere Welt sein würden? Diese Bewegung ist ein extrem wichtiger Akteur im Widerstand gegen die neoliberale Offensive und gegen die Kommerzialisierung der Welt geworden, gegen die Patentierung des Lebens. Sie hat besonders Forderungen um **Gemeinschaftsgüter** in den Vordergrund gerückt: Wasser, Erde, Saatgut … Nicht die Forderungen oder Werte an sich sind das Neue, sondern die Art, sie zu erheben, denn in Anbetracht der Errungenschaften nach dem Sieg über den Faschismus – also der Stärkung der öffentlichen Dienstleistungen – musste die ´Frage der Gemeinschaftsgüter nicht als ein zu erreichendes Ziel angesehen werden. Hatte man nach dem 2. Weltkrieg den Zugang zu Gemeinschaftsgütern ausgeweitet, so ist dies durch die neoliberale Offensive völlig zunichte gemacht worden und man entdeckt heute die Notwendigkeit, sie zu verteidigen oder sie zurück zu erlangen.

Man muss die **indigenen Bewegungen** mitbetrachten, denn die indigenen Völker gehen zur Offensive über. Beispielsweise stellten in Bolivien von den 1940er bis in die 1960er Jahre die indigenen Minenarbeiter und ihre Gewerkschaften die Avantgarde des bolivianischen Volkes dar. Seit in den 1980er Jahren ein großer Teil der Minen geschlossen wurden, formen die Indios, insbesondere die Coca-Bauern, die indigene und bäuerliche Bewegung. Man hat gesehen, dass Bergleute, Rentner oder Entlassene, zusammen mit der indigenen Bauernbewegung gekämpft haben: eine neue Allianz hat sich gebildet.

Man sollte auch die **Frauenbewegung** erwähnen, die beim weltweiten Marsch der Frauen im Jahr 2000 wieder erstarkte.

Verschiedene **Jugendbewegungen** haben Anfang der 2000er Jahre einen großen Anklang gefunden (Peru (9), Mexiko (10), USA (11), Italien (12), Spanien (13), Frankreich (14), Griechenland (15), Chile (16) …).

Unter den neuen Kräften sind auch die «neuen Proletarier » oder die neuen Ausgeschlossenen. Die Revolte der Vorstädte in Frankreich im November 2005 (die auch teilweise nach Belgien und Deutschland ausgestrahlt hatte) und, in einem kleiner Maßstab Ende November 2007, ist eine Revolte der neuen Proletarier.
Es sind nicht so sehr die, die in den Fabriken in einem industriellen Zusammenhang ausgebeutet werden, selbst wenn ein Teil von ihnen das sind. Die Jungen aus den Vorstädten, die im Herbst 2005 auf die Straße gegangen sind, sind Proletarier im wahrsten Sinne des Wortes : sie sind nicht die Besitzer ihrer Produktionsmittel, sie sich auf der Suche nach einer Möglichkeit, ihre Arme und Gehirne zu vermieten, um sich und ihre Familien versorgen zu können. Sie leben in prekären Verhältnissen und sind oft Opfer von Rassismus.

## Eine Herausforderung: die Vereinigung mit den Rebellen

Die jungen Menschen aus den Vorstädten sind **eine Art neues Proletariat**, die Wege suchen und finden, sich mit ihnen adäquaten Aktionsformen auszudrücken.
Man kann die Form bedauern, die diese Revolte bekommen hat (hunderte oder tausende in Brand gesteckte Privatfahrzeuge), aber es ist eine elementare Herausforderung für die organisierten Bewegungen der BürgerInnen, für die Gewerkschaftsbewegungen, eine Verbindung mit dieser Art der Revolte hinzubekommen. Das ist nicht leicht, aber in dem fragmentierten Rahmen, in dem wir leben, ist es ohne eine solche Verbindung schwer vorstellbar, wie die Akteure, die sich in den Ländern des Nordens der neoliberalen Offensive entgegenstellen, wirklich gewinnen sollen.
In Westeuropa und Nordamerika müssen die, die das Glück haben, eine Beschäftigung oder eine garantierte Rente zu haben und noch die Energie zu kämpfen, weil sie noch bei guter Gesundheit sind (die Menschen, die vor 40 oder 50 Jahren das Rentenalter erreicht haben, hatten nicht die gleichen Möglichkeiten) eine neue soziale Allianz anstoßen. Wenn es den Beschäftigten zwischen 20 und 60 Jahren und den Rentnern in den organisierten Sektoren nicht gelingt, **sich mit denen ohne Stimme, mit den neuen Proletariern zu vereinigen,** um eine mächtige Protestbewegung zu bilden, die die Gesellschaft fundamental in Frage stellt, wird es schwierig sein, in den industrialisierten Ländern einen radikalen Wandel herbeizuführen. Tatsächlich hat jeder Wandel schon immer stark von der jungen Generation abgehangen, ob sie zur Schule gehen, zur Universität, ob sie arbeitslos sind oder schon arbeiten. Die Jugend hat sich in Frankreich bei den siegreichen Protesten gegen den CPE (Vertrag zur Erstanstellung) gezeigt, aber sie äußert sich auch in den Vorstädten.

## Zahlreiche revolutionäre Erschütterungen haben die Welt seit dem 18. Jahrhundert erbeben lassen

Große revolutionäre Umwälzungen haben an verschiedenen Orten des Planeten im 18. und 19.Jahrhundert stattgefunden.

Die **Revolutionen am Ende des 18. Jahrhunderts** in Frankreich, den USA und Haiti

haben beachtliche und anhaltende Auswirkungen gehabt, insbesondere in Lateinamerika, wo sich Anfang des 19. Jahrhunderts die Unabhängigkeitskriege entwickelten.

**1848** brechen in mehreren europäischen Staaten Revolutionen aus. Drei Jahre später ist China an der Reihe. **1851** beginnt dort die Rebellion der Taiping gegen die Quing-Dynastie. *«Gleich in den ersten Tagen haben sie damit begonnen, das Land aufzuteilen, die Frauen mit Rechten auszustatten und Formen der Gemeinschaft zu propagieren, in denen gewisse Kommentatoren letztlich eine Form des autochtonen Sozialismus sehen wollten* », unterstreicht der Historiker Christopher Bayly (17).

Wenige Jahre später, **1857**, beginnt in Indien die Rebellion gegen die britische Besatzung. Angezettelt von der Meuterei der Cipayes, den einheimischen Soldaten in der Armee von Bengalen der Ostindischen Kompanie, dauert diese Rebellion zwei Jahre und nimmt radikale Formen an. Während die europäischen Regierungen sich verständigen, um die revolutionäre Welle in Europa zu unterbinden, während London die Rebellion in Indien zerschlägt und London und Washington der chinesischen Regierung Hilfe zur Beendigung der Revolte der Taiping anbieten, gibt es auf der Seite der Völker **noch keine internationale Organisation**, die in der Lage gewesen wäre, die Kämpfe miteinander in Verbindung zu bringen, um sie damit zu stärken.

Kurz vor dem Frühjahr 1848, in dem sich eine wahre Revolutionsdynamik in Europa entwickelte, hat Karl Marx gesagt : *«Es geht ein Gespenst um in Europa»*, er sprach vom Kommunismus. Mit Friedrich Engels und verschiedenen politischen Kräften hat er die Gründung der Internationale Vereinigung der Arbeiterschaft angestoßen.

**Vier Internationale** wurden zwischen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gegründet (18).
Im 20. Jahrhundert haben Revolutionen 1905 und 1917 Russland erschüttert, Mexiko von 1910 bis 1917, Deutschland (1918-1923), Italien (1918-1919), Spanien (1936-1939), China (1949), Cuba (1959), Algerien (1954-1962), Nicaragua (1979) usw.

Die neoliberale Offensive und die Restauration des Kapitalismus im ehemaligen Sowjetblock und in China haben die Aussicht auf Revolutionen stark verringert. Aber die Herde des Widerstandes gegen Neoliberalismus und Kapitalismus sind nicht verschwunden. Seit den 1990er Jahren entsteht eine Widerstandsbewegung, der es gelingt, sich zu internationalisieren.

## Der Prozess des Weltsozialforums

Das neue, derzeit auftauchende Bündnis kommt zum Teil im WSF-Prozess zum Ausdruck, und jener unterscheidet sich in mehreren Punkten von den linken internationalen Organisationen in früheren geschichtlichen Epochen.
Er ist bei weitem nicht so radikal wie die 4 „Internationalen“, die im XIX. und XX. Jahrhundert aufeinander folgten. Da spielt das Trauma, das die bürokratische Entartung der sozialistischen Versuche im 20. Jahrhundert hinterließ, vom Gulag bis zur Wiedereinführung des Kapitalismus im Block des „real existierenden Sozialismus“ eine erhebliche Rolle. Auch muss die Gewalt, mit welcher die kapitalistische Offensive ans Werk ging, berücksichtigt werden.
Das WSF ist ein Meilenstein im Aufbau einer breiten, stark in Entwicklung begriffenen internationalen Widerstandsbewegung, eine derzeit kunterbunte Bewegung ohne Epizentrum. Nicht unbedingt alle Komponenten dieses vielförmigen Widerstandes finden sich im WSF-Prozess wieder.

## Das WSF ist kein Wundermittel

Nun darf man sich nicht ausschließlich mit den positiven und erneuernden Aspekten des WSF befassen, denn seine **Grenzen** hat er auch, und die werden immer deutlicher.
**Erstens** umfaßt das WSF, wie schon gesagt, nicht alle globalen Widerstandsbewegungen. Um zwei Beispiele zu nennen: die mexikanischen Zapatisten machen nicht mit, die Widerstandskämpfe in China sind nicht darin eingebunden.
**Zweitens** stehen die Vorstellungen einer alternativen Strategie in ihren Anfängen und die alte Debatte zwischen Reformismus und Revolution ist noch nicht ausgetragen. Soll man mit dem System ganz und gar brechen oder es nur verbessern, indem man Regulierungsmechanismen in einen “zivilisierteren'“ Kapitalismus wieder einführt? Eine Debatte, die nach wie vor da ist und gewiss lebhafter wird. Sie kann eine Spaltung in die Bewegung bringen, die z. Z. als ein von einer Charta der Prinzipien (19) ausgehendes Bündnis zwischen verschiedenen Bewegungen von unterschiedlicher Radikalität darstellt.

Insgesamt bringen diese Bewegungen eine ganze Reihe gemeinsamer grundlegender Forderungen, von Tobinsteuer bis zur Annullierung der Schulden der Dritten Welt über Kampf gegen Steueroasen, Ablehnung der Patriarchats, Wille zum Frieden und zur Abrüstung, Recht auf sexuelle Vielfalt...
Alle sind sich schon einig, einen gemeinsamen Kampf für die Durchsetzung jener Ziele zu führen. Wie ist aber dieser Kampf zu führen – abgesehen von der Debatte um grundlegendere, radikalere Zielssetzungen?

Jene „andere mögliche Welt“, die wir uns so innig wüschen und so schnell durchsetzen möchten, damit die jungen Generationen sie tatsächlich erleben könnten, und nicht nur davon träumen oder sie heraufbeschwören dürften - WAS ist sie? Darüber müssen strategische Debatten geführt werden.
Debattiert werden muss nicht nur die **Alternative** sondern auch die **Mittel,** sie zu verwirklichen. Einer solchen Debatte können wir schlicht und einfach nicht aus dem Wege gehen.

Zurzeit wird die Zukunft des WSF durch eine **negative** Entwicklung gefährdet.
Gerade sein Erfolg - jedes Mal nahmen an den Weltversammlungen mehrere Zehntausende teil, individuelle TeilnehmerInnen oder Delegierte (in einigen Fällen, wie z.B. 2004 in Mumbai oder 2005 in Porto Alegre über 100 000) - machte ein Teil ihrer Protagonisten zu Events-Organisatoren oder Geldsammlern. Ihre Vision der Alternative beschränkt sich weitgehend auf eine menschlichere Globalisierung. Sogar den Sozialbewegungen und internationalen Kampagnen, von Debatten zwischen Radikalen und Gemäßigten belastet, gelingt es nicht, die Zukunft des Forums ausreichend zu beeinflussen. Man läuft Gefahr, einmal sagen zu müssen „Der Berg kreißte - und gebar eine Maus.“ Und dass das WSF als ausschließlicher Organisator aufeinander folgender Treffen im Sumpf stecken bleibt.

## Woher wird wohl der Umschwung kommen?

Zu den fortschrittlichen Kräften zählen Widerstandsbewegungen, die in allen Teilen des Planeten auftreten, selbst in einem Land, das ganz am Rande des WSF-Prozesses steht: **China**. In diesem Land finden zurzeit äußerst **wichtige soziale Kämpfe** statt. Sie erinnern gewissermaßen an das Ende des XIX. und den Anfang des XX. Jahrhunderts. Angesichts eines entfesselten Kapitalismus tauchen bei den Arbeitern oder in den Städten Widerstandsformen auf, die auf das vor einem Jahrhundert in europäischen und amerikanischen Ländern schon da Gewesene hinweisen.
Ein fundamentaler Unterschied wird vielleicht aber die Entstehung eines revolutionären Projekts in China äußerst erschweren: dort sind Sozialismus und Kommunismus entsetzlich in Verruf geraten, denn gerade unter ihrem Vorzeichen haben die chinesischen Machthaber das Land bis heute regiert. Entsetzlich ist der Verruf, in dem der Sozialismus nun steht. Der Verlust an Orientierungen ist offensichtlich und die Abneigung gegen Politik wird wohl lange halten. Am Ende kann der heiß erwünschte Umschwung von irgendwoher auf der Welt kommen.

## Venezuela, Bolivien, Ecuador: drei Akteure des Wandels

Ist aber von revolutionärem Wandel die Rede, so scheint der **Süden** derzeit einen günstigeren Rahmen bieten als der Norden.
Der heutzutage innovativste und potentiell größte Fortschritt ist die venezolanische, bolivianische und - neuerlicher – ecuadorianische Praxis. Natürlich sollen wir uns vor jeder Idealisierung hüten und kritisch bleiben. Abschweifungen sind möglich und die Gefahr besteht, dass diese Praxis zu keiner wirklichen Umverteilung der Reichtums führt, insbesondere, weil sie von Seiten der Kapitalisten im In-und Ausland auf einen sehr starken Widerstand stoßen, ganz zu schweigen vom Druck, den die Regierungen der größten Industrieländer und ihrer regionalen Verbündeten (Alvaro Uribe in Kolumbien und Alan Garcia in Peru) ausüben.

Diese Praxis lässt sich nicht auf die Rolle von Hugo Chávez, Evo Morales oder Rafael Correa reduzieren, obwohl es sich hierbei um drei äußerst wichtige Persönlichkeiten handelt. Bisher spielen sie im Prozess eine positive Rolle und sind Ausdruck mächtiger, zurzeit agierender Bewegungen in ihren jeweiligen Ländern.
Doch hätte es keinen Evo Morales gegeben ohne die großen Mobilmachungen gegen die Privatisierung der Wasserversorgung, die im April 2000 in Cochabamba statt fanden und die noch größeren gegen die Privatisierung der Erdgasförderung im Januar/ Februar 2003.
Chávez, wäre nicht 1998 zum Präsidenten gewählt worden ohne den massiven Aufstand gegen den IWF (1989) und den gewaltigen Widerstand der Venezolaner.
Und Rafael Correa wäre auch nicht gewählt worden ohne den zehnjährigen Kampf, der vier sukzessive rechte Präsidenten zu Fall brachte.
Diese drei Länder sind beispielhaft, weil die Bewegung ihren Ausdruck bis auf der Regierungsebene fand.

Auf dem Gebiet der globalen öffentlichen Güter haben die drei Regierungen die Initiative wieder ergriffen: Bolivien kontrolliert wieder Erdgas- und Ölförderung sowie Wasserversorgung; in Venezuela steht die Ölproduktion unter öffentlicher Kontrolle und die eingenommen Gelder werden in den Dienst eines neuen sozialen Projekts gestellt, im Rahmen einer Umverteilung auf regionaler Ebene. Venezuela hat mit Ländern ohne eigene Ölexporte Abkommen geschlossen, aufgrund derer es ihnen Öl unter dem Weltmarktpreis verkauft.
Außerdem arbeiten freiwillig 20000 kubanische Ärzte in Venezuela, wo sie die Bevölkerung umsonst behandeln; Kuba seinerseits hat mit Venezuela sowie mit Bolivien ganz interessante Kooperationsbeziehungen erstellt. Da haben wir es mit einer Art Realtausch zu tun zwischen Ländern mit unterschiedlichen Ressourcen, Geschichte und politischen Strukturen.
In Ecuador wird gerade an einer Verfassungsänderung gearbeitet, die für dieses Land einen signifikanten Schritt zur Demokratie bedeuten kann. Außerdem hat der ecuadorianische Präsident mehrmals den Willen geäußert, die Abzahlung von illegitimen Schulden in Frage zu stellen und eine Kommission zur gründlichen Prüfung der Innen- und Außenschuld aufgestellt.

Was derzeit in diesen drei andinen Ländern läuft ist wirklich nicht ohne Bedeutung. Die Bezugnahme auf den Kampf von Simon Bolivar (20) zeugt vom Willen, mit dem heutigen Prozess an die vorherigen revolutionären Vorgänge anzuknüpfen und jene hiermit in der lateinamerikanischen Geschichte fest zu verwurzeln. Auch tritt der Wille deutlich zum Vorschein, sich auf die Emanzipationskämpfe der einheimischen Völker zu berufen - insbesondere die von Tupac Amaru (22) und Tupac Katari (23) angeführten Rebellionen -. Zu guter Letzt wird der afrikanische Beitrag zum kulturellen Reichtum des jeweiligen Landes immer stärker betont (24).

## Den geschichtlichen Ablauf zu Gunsten der Emanzipation der Unterdrückten beeinflussen

Wo werden wohl Kräfte auftauchen, imstande, den in den letzten drei Jahrzehnten angenommenen Kurs umzusteuern?
Eine beispielhafte Praxis wie in Venezuela, Bolivien und Ecuador wird sich mit den Mobilisierungen in Nordamerika, Europa, Asien und Afrika kombinieren.
Eine solche Konjunktion der fortschrittlichen Kräfte der Alten Welt mit denen der Neuen Welt könnte wirklich zu einer geschichtlichen Wende führen. Nun ist aber nichts gesichert. Umso notwendiger, dass jeder von uns am emanzipatorischen Kampf einnimmt.

## Lasst uns auf den Sozialismus des XXI. Jahrhunderts hinsteuern!

Es ist nicht nötig, an den Zusammenbruch des Kapitalismus oder den Sieg eines revolutionären Projekts zu glauben, um sich im Alltag zu engagieren und sich Ungerechtigkeiten zu widersetzen. Die Geschichte kennt nicht das Unabwendbare.
Der Kapitalismus bricht sicher nicht von sich aus zusammen. Auch wenn uns morgen keine neue große revolutionäre Periode zuwinkt, ist es doch nicht reine Anmaßung, an manchen Orten eine Praxis nach sozialistischem Muster wieder zu erhoffen, die Freiheit und Gleichheit vereinen würde. Über diese Vorstellung gibt es in der Bewegung, im WSF, keinen Konsens... aber viele sind doch der Meinung, man müsse sich im 21. Jahrhundert einen neuen Sozialismus ausdenken.
Lasst uns über die traumatisierenden Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, das hässliche Gespenst des Stalinismus und der Ereignisse in China und Kambodscha unter Pol Pot hinausgehen und wieder an das emanzipatorische sozialistische Projekt des 19. Jahrhunderts bzw. die revolutionären Werte des 18. Jahrhunderts anknüpfen - ja auch an frühere Zeiten, denn die Emanzipationskämpfe der Unterdrückten sind Meilensteine in der menschlichen Geschichte, von Spartakus bis heute über die Kämpfe von Tupac Amaru und von den rebellischen Nachfahren afrikanischer Sklaven in Brasilien unter der Führung von Zumbi. Die neuen Beiträge von vielfältigen Akteuren und die neuen Forderungen müssen auch berücksichtigt werden - und das alles muss in die Realität des 21. Jahrhunderts miteinbezogen werden.

Im 21. Jahrhundert bedeutet **Sozialismus** die freie Vereinigung der Produzenten, die Gleichberechtigkeit von Mann und Frau. Es handelt sich um ein internationales Projekt, eine Föderation von Ländern und Regionen im Rahmen von großen kontinentalen Einheiten und mit Rücksicht auf die grundlegenden Texte, auf internationale Verträge, wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, der internationale Vertrag über soziale, wirtschaftliche und kulturelle Menschenrechte von 1966, eine ganze Reihe Werkzeuge zur Erstellung der im Rahmen früherer Revolutionen erworbenen und festgeschriebenen, internationalen und universellen Rechte. Die Umsetzung jener Grundrechte kann nur im Rahmen einer kreativen Praxis des neuen Modells des Sozialismus des 21. Jahrhunderts erfolgen. Uns stehen noch über neun Jahrzehnte zur Verfügung....

***Anmerkungen***

(1) Die Leitung des staatlichen Erdöl-Konzerns von Venezuela SA-PDVSA, der in den 1970er Jahren mit der Verstaatlichung der venezolanischen Erdölvorkommen errichtet worden war, hatte zunehmend die Interessen von Privaten und von Washington bedient: Ein großer Teil der Gewinne wurde durch US-Filialen der PDVSA in den USA deklariert. Dies änderte sich, als die Regierung unter Hugo Chavez von 2001-2002 an die Dinge wieder unter nationale Kontrolle nahm.

(2) Das hindert Washington und einige europäische Regierungen nicht daran zu versuchen, die Regierungen in Bolivien, Venezuela und Ecuador zu destabilisieren. Sie unterstützen insbesondere die kapitalistischen Sektoren, die in diesen Ländern die Abspaltung der reichen Regionen herbeizuführen versuchen: die weiße Bourgeoisie von Santa Cruz in

Bolivien, von Guayaquil in Ecuador, von Zulia in Venezuela. Diese Strategie der Spannung müssen wir sehr genau beobachten, denn sie kann an Umfang gewinnen. Die Mehrzahl der Medien versucht, die Sezessionsbemühungen der reichsten Gebiete als Ausdruck des demokratischen Völkerrechts darzustellen. Tatsächlich werden diese Aktionen von Minderheiten geführt, die sich den sozialen Reformen in den Weg stellen, weil sie um ihre Privilegen und die Kontrolle über die Macht und das Geld fürchten.

(3) Für eine kritische Betrachtung der Milleniumsziele siehe *Damien Millet et Eric Toussaint, 60 Fragen, 60 Antworten über Schulden, den IWF und die Weltbank*, CADTM-Syllepse, das auf Französisch im Oktober 2008 erscheinen wird.

(4) Die Mobilisierung gegen den G7-Gipfel in Paris und für die Schuldenstreichung fand im Rahmen der Kampagne « Es reicht » statt und wurde zum Ausgangspunkt für CADTM.

(5) Um ehrlich zu sein, Evo Morales hat einen Vorgänger: den mexikanischen Präsidenten Benito Juarez, der in den 1860er Jahren die öffentliche Auslandsverschuldung ablehnte. Dies brachte ihm die Intervention der europäischen Armeen ein, die den Kaiser Maximilian von Österreich an die Macht brachten.

(6) Gestützt auf die Weltbank und den IWF, hatte dieser vom mexikanischen Kongress die Zustimmung zu einer Verfassungsänderung erreicht, um die Gemeinschaftsgüter privatisieren zu können (auf spanisch « el ejido » genannt).

(7) Das hat das Komitee zur Annulierung der Schulden der Dritten Welt CADTM veranlasst, seine Zeitung «Die anderen Stimmen des Planeten » zu nennen.

(8) Siehe das Dossier von CADTM zum Gegengipfel in *CADTM-GRESEA, Weltbank, IWF, WTO : Es reicht !, vierteljährliche Publikation des CADTM, 3. Quartal 1995,* S. 42-74

(9) Die studentischen Proteste haben in Peru zum Sturz des Diktators Alberto Fujimori im November 2000 geführt.

(10) Zehnmonatiger Streik an der Universität UNAM in Mexiko von April 1999 an.

(11) Proteste der Studenten in den Universitäten zu Themen der Gesellschaft und starke Beteiligung an globalisierungskritischen und Antikriegs-Mobilisierungen.

(12) Massive Beteiligung junger Menschen an den Mobilisierungen gegen die Globalisierung und gegen den Krieg in den Jahren 2000-2004.

(13) Massive Beteiligung junger Menschen an den Mobilisierungen gegen die Globalisierung und gegen den Krieg in den Jahren 2000-2004.

(14) Kampf der Studenten gegen den Vertrag zur Erstbeschäftigung und verschiedenen Universitätsreformen. Unruhen in den Vorstädten.

(15) Kampf der Studenten 2006-2007 gegen die Privatisierung der Universitäten.

(16) Proteste von Schülern, genannt « die Pinguine », gegen das Reformvorhaben der sozialisitischen Regierung von Bachelet 2006.

(17) *Bayly, C. A. (2004), Die Geburt der modernen Welt (1780-1914)*, Les Editions de l'Atelier/Editions Ouvrières, Paris 2007, 862 S., S. 245. Die Rebellion der Taiping und deren Repression kosteten 20 Millionen Menschenleben, so Bayly. 1850 zählte China 450 Millionen Einwohner.

(18) Die Internationale Vereinigung der Arbeiterschaft, bekannt als **1. Internationale** wurde 1864 vor allem von Karl Marx und Friedrich Engels gegründet. Hier finden sich «anti-autoritäre» Strömungen (die internationale Strömung von Michael Bakunin), Marxisten und auch Anhänger von Pierre-Joseph Proudhon…, arbeiten politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Aktivisten zusammen. Die 1. Internationale bricht nach dem Scheitern der Pariser Kommune 1871 auseinander. In den Statuten von 1864 (redigiert von Karl Marx) bekräftigt die Internationale, dass « die Emanzipation der Arbeiter das Werk der Arbeiter selbst sein muss ».

Die **2. Internationale** wurde 1889 vor allem auf Initiative von F. Engels gegründet. War sie anfangs von marxistischen Ideen beeinflusst, entwickelte sie sich zunehmend in Richtung gemäßigter Positionen. Ein Punkt ohne Wiederkehr war erreicht, als die Parteien der 2. Internationalen im August 1914 beim Ausbruch des 1. Weltkrieges entgegen gesetzte Positionen einnahmen.

Die 2. Internationale existiert noch heute unter dem Namen Sozialistische Internationale, sie versammelt die wichtigsten sozialistischen Parteien von der deutschen SPD über die spanische PSOE bis zur Partei des tunesischen Präsidenten Ben Ali (siehe die offizielle Homepage der Sozialistischen Internationale http://www.socialistinternational.org/maps/french/fafrica.html), die israelische Arbeiterpartei, die Radicale Bürgerunion in Argentinien oder die FSLN in Nicaragua, die französische PS.

Die 1919 von Lenin gegründete **3. Internationale** wurde mehr und mehr ein aussenpolitisches Instrument des stalinistischen Regimes und wurde 1943 von Joseph Stalin aufgelöst.

Die **4. Internationale** wurde 1938 in Frankreich durch Leon Trotzki gegründet, wegen der bürokratischen Degeneration des diktatorischen Sowjetregimes und der Unfähigkeit der 3. Internationalen, effektiv gegen den Faschismus und die Franco-Diktatur zu kämpfen. Im Widerstand gegen die kapitalistische Globalisierung sind mehrere Organisationen und internationale Strömungen aktiv, die sich der 4. Internationalen zurechnen.

(19) www.forumsocialmundial.org.br/main.php?cd_language=3&id_menu=4

|20| Abdalá Bucaram im Februar 1997, Jamil Mahuad im Januar 2000, Gustavo Noboa im Januar 2003, Lucio Gutiérrez im April 2005

|21| **Simón Bolívar** (1783-1830) war einer der ersten, die versucht haben, die Länder Lateinamerikas zu vereinigen um daraus eine einzige unabhängige Nation zu bilden. Nach langen Kämpfen hat er es erreicht, dass Venezuela, Kolumbien, Ecuador, Peru und Bolivien von der spanischen Herrschaft befreit wurden. Er wird als ein Held verehrt und seinen Namen kann man an vielen Stellen in Lateinamerika sehen.

|22| **Túpac Amaru**, Inca Quechua, und seine Anhänger kämpfen ohne unterlass gegen die Konquisidatoren im 16. Jahrhundert. Er wurde von der spanischen Armee gefangen genommen, zu Tode verurteilt und gevierteilt auf dem großen Platz in Cuzco am 24. September 1572.

|23| **Túpac Katari,** Aymara-Indianer (1750-1781) hat eine Armee von 40.000 Kämpfern aufgestellt, die 1781 nach La Paz gezogen sind. Die Kolonialherrscher haben zwei Jahre gebraucht, um den Aufstand zu unterdrücken, der von der indianischen Bevölkerung stark unterstützt wurde. Die spanischen Besatzer haben ihn durch Vierteilung hingerichtet. Vor seinem Tod soll er gesagt haben:"a mi solo me mataréis, pero mañana volveré y seré millones"(Ihr werdet mich töten aber ich werde zurückkehren – in Millionen verkörpert). Seine Gestalt hat die bolivianischen sozialen Kämpfe der letzten Jahre inspiriert.

|24| S. den Verfassungsentwurf von Dezember 2007

http://www.forumsocialmundial.org.br/noticias_textos.php?cd_news=464

*Übersetzung : Lena Bröckl, Michèle Mialane, coorditrad*

*Eric Toussaint ist Präsident der internationalen Organisation CADTM („Comité pour l´Abolition de la Dette du Tiers Monde», Komitee zur Streichung der Schulden der Dritten Welt),* www.cadtm.org

*Er ist Mitglied des Internationalen Rats des WSF und vom wissenschaftlichen Beirat von Attac Frankreich*

## *Einige Web-Seiten*

World Social Forum: http://www.forumsocialmundial.org.br/dinamic.php?pagina=strategy_debate_en

Bamako Appell: *http://sandimgetriebe.attac.at/sig49.html) Nachdruck in SiG-Bibliothek Nr.5*

CADTM : http://www.cadtm.org/spip.php?article3187

Forum mondial des Alternatives :http://www.forumdesalternatives.org

Focus on the South, :http://focusweb.org/focus-on-trade-number-136-january-2008.html?Itemid=1

Europe solidaire, http://www.europe-solidaire.org/

Forum du tiers monde, www.forumtiersmonde.net

Alternatives international http://alternatives-international.net/

Mémoire des luttes http://www.medelu.org/spip.php?rubrique17

http://www.forumdespeuples.org/article139.html

# Georgien - Alternativen zur Gewalteskalation

Pressemitteilung
Köln, 29. August 2008

Der Georgien-Konflikt kann für sich allein nicht verstanden werden. Er ist ein Ereignis in einem größeren Konfliktzusammenhang. Hatte man nach dem Ende des Ost-West-Konflikts viel vom "Gemeinsamen Haus Europa" gesprochen, das Ost und West eng miteinander in Partnerschaft verbinden sollte, so entstand de facto sehr bald eine andere Konstellation.

**Erstens**: Anders als versprochen, wurden ehemalige Staaten des Ostblocks in die **NATO** aufgenommen, die sich - angeführt von den USA - zur weltweit interventionistischen Militärmacht entwickelte. Russland fühlte sich mehr und mehr militärisch eingekreist. Dies umso stärker, als mit dem Irak-, dem Afghanistan-Krieg und den Bestrebungen, die Ukraine und Georgien in die NATO aufzunehmen, die NATO auch im Süden Russlands ihre Positionen ausbaute.

**Zweitens**: Nach einer chaotischen Phase erhob **Russland**, gestärkt durch seine Gas- und Ölexporte, erneut seinen Anspruch, als Weltmacht zu gelten. Es fordert, im internationalen Feld und insbesondere im Bereich der ehemals sowjetischen Gebiete, den heutigen GUS-Staaten, ein Recht auf Mitsprache und Einfluss ein. Gemeinsam mit China und vier weiteren zentralasiatischen Staaten gründete es 2005 die Shanghai-Organisation. Die Konkurrenz zur unipolaren Weltmacht USA wurde sehr deutlich.

**Drittens** geht es um die Beherrschung der **Öl-, Gas- und Rohstoffmärkte** und der dazu gehörigen **Transportwege**. Der Westen und allen voran die USA sind bemüht, die Vorkommen um das Kaspische Meer für sich zu erschließen und das Monopol Moskaus auf Lieferung über seine Pipelines zu umgehen. Eine solche neue Pipeline führt durch Georgien, nicht weit entfernt von der Demarkationslinie zu Süd-Ossetien. Die militärische Ausbildung und Aufrüstung von Georgien wird dementsprechend von den USA mit Nachdruck betrieben, wie auch ihre Forderung in den NATO-Gremien, Georgien und die Ukraine möglichst bald in die NATO aufzunehmen. Moskau muss dies als Signal werten: die USA und die NATO-Mächte wollen ihre wirtschaftlichen Interessen notfalls auch mit militärischen Mitteln durchsetzen.

Russland fühlt sich **viertens** auch durch die Stationierung von **Raketenabwehrsystemen** in Polen und Tschechien bedroht. Es glaubt nicht an die unglaubhafte Story, diese würden gegen bisher nicht existierende iranische Raketen gebraucht. Sie wissen, dass Kräfte in den USA sich um eine atomare Erstschlagsfähigkeit gegenüber Russland bemühen. Die Abfangsysteme würden in diesem Zusammenhang benötigt, um bei einem US-Erstschlag nicht zerstörte russische Raketen abzuschießen. Das sind höchst bedrohliche Kriegsszenarien!

**Fünftens** wiegen die Erfahrungen aus dem Kosovo-Konflikt schwer. Bisher galt, dass **Separatismus** auf keinen Fall geduldet werden könne. Die Grenzen der Staaten seien unantastbar. Im Kosovo unterstützte jedoch der "Westen" Separatismus und setzte ihn unter Bruch der UN-Charta mit seiner überlegenen Militärmaschine durch. In Hinblick auf den Vielvölkerstaat Russland war dies ein gefährliches Exempel. Moskau führt seit Jahren einen barbarischen Krieg gegen die separatistischen Tschetschenen. Sein Protest gegen die Loslösung des Kosovo von Serbien wurde vom "Westen" ignoriert. Im Georgien-Konflikt dreht nun Russland den Spieß um und schützt und unterstützt die separatistischen Absichten in Süd-Ossetien und Abchasien.

Der unverständlich **brutale Überfall Georgiens** auf seine eigenen Landsleute in Süd-Ossetien mit einer erheblichen Zerstörung der Hauptstadt und mit vielen Toten ist nur ein Element in den größeren Konfliktzusammenhängen.
Wohl zu Recht vermutet Moskau, die USA steckten hinter diesem Überfall. Diese nämlich drängen am stärksten auf den Beitritt Georgiens zur NATO, bilden mit einem erheblichen Militärkontingent die georgischen Truppen aus und sind die engsten Verbündeten des georgischen Präsidenten, der zudem noch US-Staatsbürger ist.
Bei seinem militärischen Gegenstoß kalkulierte **Moskau** treffend, die NATO würde im Kaukasus keine direkte militärische Konfrontation eingehen. Es zerschlug mit seinen weit überlegenen Truppen nicht nur den georgischen Angriff, sondern zerstörte gemäß militärischer Logik auch noch wichtige georgische Militärstützpunkte. Unter Berufung auf sein UN-Mandat als regionaler "Friedenshüter" besetzte es außerdem eine Pufferzone auf georgischem Territorium. Moskau setzte damit das deutliche Zeichen, in seinem Einflussgebiet könne niemand mit militärischen Mitteln Politik treiben.

Alle beschriebenen Konfliktebenen waren und sind im Kampf der Staaten, Koalitionen und Interessen mit Gewalt besetzt und haben unzählige Opfer unter der Zivilbevölkerung gefordert. Wir stellen deshalb - als Mitglied der Friedensbewegung - Vorschläge für eine **Politik der zivilen Konfliktbearbeitung** dagegen:

**EU-Europa** ist nicht einseitig von **Russland** abhängig. Es braucht zwar die Rohstoffe Russlands. Russland benötigt aber auch die Einnahmen aus diesen Verkäufen. Vor allem benötigt es Investitionsgüter und vielleicht sogar Investitionen zur Diversifizierung seiner Produktionsstrukturen. **Beide Seiten sind auf einander angewiesen.** Das ist eine gute Grundlage für gegenseitigen Respekt und Kooperation. Es liegt also der Vorschlag nahe, zu dem am Ende des Ost-West-Konflikts viel diskutierten **Konzept des "Gemeinsamen Hauses Europa"** zurückzukehren. In ihm war gemeinsame Sicherheit ebenso vorgesehen wie ein ständiger Dialog über Interessen und Kooperationsmöglichkeiten. Darunter würde auch die Frage der Sicherheit von Rohstofflieferungen fallen. In der Charta von Paris 1990 wurden einige Gedankengänge in dieser Richtung festgehalten, aber später zugunsten der NATO-Erweiterung nicht umgesetzt. In einem solchen Konzept haben NATO-Erweiterungen ebenso wenig Platz wie Raketenschilde und gewalttätige Überfälle auf Minderheiten.

Böte die EU eine solche Politik unter **Aufwertung der OSZE** (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) an, würde bereits die Eskalation des gegenwärtigen Klimas der Verfeindung unterbrochen werden. Im Rahmen einer aufgewerteten OSZE könnten in verschiedenen "Körben" die unterschiedlichsten Probleme laufend verhandelt werden. Der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Bearbeitung der Kaukasus-Konflikte würde ferner die **schon lange anstehende Ratifizierung des "Angepassten Vertrages über Konventionelle Streitkräfte in Europa"** (AKSE) von 1999 durch die NATO-Staaten dienen. Eine weitere Aktualisierung dieses Vertrages könnte folgen.

Die Einberufung einer **Internationalen Konferenz über den Umgang mit Minderheiten im OSZE-Raum** ist längst überfällig. Hierbei handelt es sich um ein generelles Problem, das in vielen Nationalstaaten eine bedeutende Rolle spielt. Auf einer solchen Konferenz müssten auch die RepräsentantInnen der Minderheiten ausführlich gehört werden, da die nationalen Regierungen häufig ein gebrochenes Verhältnis zu

ihren Minderheiten haben. Aus der Konferenz könnte eine dauerhafte Schied-Institution hervorgehen, die sich als Schlichtungsinstanz bei Minderheiten-Konflikten im "Gemeinsamen Haus" engagiert. Die OSZE hat in diesem Feld in den baltischen Staaten bereits Bedeutendes geleistet.

Der Staat Georgien ist nach dem Zerfall der Sowjetunion sehr herbe mit Abchasien und Süd-Ossetien umgegangen. Georgien und seine Gesellschaft sollten diesen beiden Völkern gegenüber eine **Versöhnungsinitiative** einleiten, an deren Anfang ein Schuldeingeständnis und das Bemühen um historische Aufarbeitung der gegenseitigen Beziehungen stehen könnten.

Georgien könnte ferner Armenien, Aserbeidschan, Abchasien, Süd-Ossetien und Berg-karabach - alle südlich des Kaukasus gelegen - einladen, um mit ihnen die Möglichkeit und die Dimensionen einer gemeinsamen Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in dieser Region auszuloten. Die OSZE könnte dabei die Moderation übernehmen, wodurch auch die anderen Länder des OSZE-Bereiches eingebunden werden würden.

Gelänge es, zu einer Annäherung und sogar Zusammenarbeit zu kommen, so werden auch etwaige Bedrohungsängste von Minderheiten der Region verringert werden. Der Konkurrenzkampf der Großmächte könnte in dieser Region gezähmt werden.

Eine neue Politik der Entspannung und des gegenseitigen Respekts ist angezeigt. Die Devise lautet: Einbindung statt Ausgrenzung – Kooperation statt Konfrontation.

*gez. Prof. Dr. Andreas Buro, Friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Köln*
*Dirk Vogelskamp, Komitee für Grundrechte und Demokratie*
*Aquinostr. 7-11, 50670 Köln*

S. auch : « Pipeline-Schah » in http://www.jungewelt.de/2008/08-20/001.php, vollständiger Text mit Karten in http://www.steinbergrecherche.com/08kaukasus.htm#geopolitisch

Viele Analysen und Artikel in http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Georgien/Welcome.html

Karten:
http://www.monde-diplomatique.fr/cartes/projetsgazpetrole
http://www.monde-diplomatique.fr/cartes/minoritesgeorgie

## Tobias Pflüger

# Rede zum Kaukasus-Krieg

*In der Plenardebatte des Europäischen Parlaments, 1.September 2008*

Ich will mich zuerst einmal für die Sachlichkeit dieser Debatte bedanken, die größer ist als am 20. August bei der Sondersitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Lassen Sie uns Klartext reden! Der georgische Präsident Saakaschwili hat einen militärischen Angriff befohlen. Damit hat der eigentliche Krieg begonnen, und eine Spirale der Gewalt ist in Gang gesetzt worden. Dazu zu schweigen, heißt, den Beginn des eigentlichen Krieges zu verleugnen. Die Angriffe insbesondere auf die Zivilbevölkerung in Zchinvali sind klar zu verurteilen.

Gleichzeitig ist die Form der militärischen Reaktion Russlands und die Angriffe auf die Zivilbevölkerung insbesondere in der Stadt Gori, klar zu verurteilen. Der Einsatz von Streubomben ist auch in diesem Konflikt von beiden Seiten durchgeführt worden. Das ist unerträglich. Das humanitäre Völkerrecht, das Kriegsvölkerrecht wurde von beiden Kriegsseiten klar verletzt.

Allerdings habe ich sehr häufig gehört, dass allein Russland für die jetzige Situation verantwortlich sei. Das ist nicht der Fall, und ich bin froh, dass die französische Ratspräsidentschaft da eine ausgewogenere Position eingenommen hat. Und ich bleibe dabei: Die Anerkennung Südossetiens und Abchasiens sind völkerrechtlich vergleichbar mit der Anerkennung Kosovos. Diese haben die westlichen Staaten durchführt und damit tatsächlich eine Büchse der Pandora geöffnet.

Der Westen, die NATO und die Europäische Union sind in die Eskalation dieses Konfliktes und in diesen Krieg in Georgien stark involviert. Die USA haben georgische Truppen von Irak nach Georgien gebracht, und eine Reihe von westlichen Staaten - NATO-Staaten, EU-Staaten - haben Georgien aufgerüstet. Auch Israel hat Georgien aufgerüstet, und der Militäraufmarsch von NATO-Marinetruppen im Schwarzen Meer ist nicht unbedingt etwas, was ein Zeichen für Frieden gibt. Wir wissen, bei diesem Krieg sind geopolitische Interessen mit im Spiel. Ich nenne nur die Öl-Pipelines.

Der Konflikt darf nicht missbraucht werden, um eine Militarisierung der Europäischen Union voranzutreiben. Die EU war als ziviler Akteur erfolgreich. Wenn man jetzt einseitig Partei nimmt, macht man sich als Vermittler unglaubwürdig. Wir stehen an der Schwelle zu einem kalten Krieg, und die Entscheidung, in welche Richtung es gehen wird, ist offen. Und wir haben den 1. September. Der 1. September wird als Antikriegstag begangen. Das sollte man ganz klar in Erinnerung rufen: Krieg darf nicht sein und darf auch nicht indirekt oder direkt von Staaten aus dem Bereich der Europäischen Union unterstützt werden.

http://tobiaspflueger.twoday.net/stories/5163822/

# Lühr Henken
# Was will die NATO in Georgien und in Afghanistan?

Wir erinnern uns an das **NATO-Gipfel-Treffen** von Anfang April. Dort trafen sich 3.000 Delegierte in Bukarest zur bis dato größten Zusammenkunft dieser Art in der Geschichte der NATO. Der Gipfel fasste bedeutende Beschlüsse insbesondere in den Bereichen NATO-Erweiterung, Afghanistan und US-Raketenabwehr.

Seitdem hat es in Georgien einen Krieg gegeben. Vor dem NATO-Treffen schon und auf dem Gipfel selbst hatte die Bush-Regierung gefordert, **Georgien und die Ukraine** in den „Membership Action Plan" (MAP) der NATO aufzunehmen, um diese Länder der ehemaligen Sowjetunion gezielt mit Zeitplan auf die **Mitgliedschaft** vorzubereiten. Dies stieß auf Ablehnung bei zehn NATO-Ländern, darunter Deutschland, Frankreich, die Beneluxstaaten, Italien und Ungarn[1]. Sie stimmten gegen die MAP-Aufnahme. *„Es hieß, die Aufnahme dieser Länder sei verfrüht, denn 70 Prozent der Ukrainer lehnten einen NATO-Beitritt ab und bei Georgien seien die Konflikte mit Abchasien und Südossetien problematisch."*[2] Aber der Gipfel einigte sich im Kommuniqué auf die Formulierung: *„Wir kamen heute überein, dass diese Länder NATO-Mitglieder werden."*[3] Das ist als Garantiezusage zu verstehen. Nur der Zeitrahmen ist unbestimmt. Festgelegt wurde, dass die NATO-Außenminister im Dezember erneut die Voraussetzungen für ihre Aufnahme in den MAP prüfen sollen und sie *„sind befugt, über die MAP-Anträge der Ukraine und Georgiens zu entscheiden"*[4]. Nur, solange die Frage der abtrünnigen Gebiete Südossetien und Abchasien ungelöst bleibt, ist die Aufnahme Georgiens in die NATO nicht möglich.

**Georgische Truppen** griffen in der Nacht auf den 8. August mit Artillerie und Mehrfachraketenwerfern die südossetische Hauptstadt Zchinwali und andere Ortschaften an und besetzten sie. Ein Überfall. Die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) interviewte eine Beobachterin von Human Rights Watch, die danach in Südossetien war. Sie sagt über die Hauptstadt: *„Es gibt Gegenden, wo die Beschießungen auf von Zivilisten bewohnte Quartiere eindeutig von georgischer Seite ausgingen und zwar in der Nacht auf den 8. August."*[5] Und Streubomben seien auch von georgischer Seite in Zchinwali eingesetzt worden. (Derselbe Vorwurf wird von Human Rights Watch gegenüber Russland erhoben.) Sie gibt die Zahl von 133 getöteten Zivilisten in Südossetien an. Eine Zahl, die von Moskauer Behörden stamme.
Militärisch wären die Georgier den Südosseten überlegen, jedoch gegen die russische Schutzmacht machtlos. Das sollte den georgischen Angreifern von Anfang an klar gewesen sein. Russland schlug heftig zurück und bombardierte militärisch relevante Anlagen im georgischen Hinterland und besetzte strategisch wichtige Orte in Georgien. Das georgische Militär musste aus Südossetien abziehen.

Die Frage ist: <u>Warum hat der georgische Präsident Saakaschwili diesen Angriff befohlen?</u> Hier in den Medien wird er als Hitzkopf und Hasardeur (Schröder) beschrieben. Wird das Problem zurecht auf Psychologie reduziert? Ich glaube nicht. Hier findet kalkulierte **Geopolitik** statt. Georgien ist zwar arm an Rohstoffen, aber die Geographie des Landes macht es zu einem **Korridor** für den Öl- und Gasreichtum der kaspischen Region. Im Juli 2006 wurde die Baku-Tbilisi-Ceyhan-Erdölpipeline (BTC) eröffnet. Mit 4 Mrd. Dollar ist sie die kostspieligste, die jemals gebaut wurde. Sie dient dazu, aserbaidschanisches Erdöl durch Georgien hindurch ans Mittelmeer zu pumpen. Russland und der Iran wurden damit bewusst umgangen. BP hält einen Anteil von 30 Prozent, die aserbaidschanische Staatsgesellschaft Socar 25 Prozent. Zudem sind Chevron, Conoco Phillips, Statoil Hydro, Eni und Total an der Leitung beteiligt. Bis auf Socar alles Ölgesellschaften aus NATO-Staaten. Ihre Kapazität ist 1 Mio. Barrel täglich, was einem Prozent der weltweiten Förderung entspricht. Die Leitung soll künftig kasachisches Öl befördern und zu einer Kapazität von 1,8 Mio. Barrel ausgebaut werden.[6] Parallel verläuft eine Erdgaspipeline, die auch von BP betrieben wird. Soviel zur geopolitischen Bedeutung Georgiens.

Die Frage ist, ob die georgische Regierung einen Angriff unabgesprochen mit den **USA** vom Zaune gebrochen hat? Ich denke, nein. Es gibt sehr enge Beziehungen zwischen den Führungen der USA und Georgiens. Die USA bilden seit 2002 die georgische Armee aus, liefern wie Israel Waffen und haben erst im Juli mit 1000 Soldaten ein Manöver bei Tbilissi abgehalten (Name: Prompte Antwort). Es fand sich sogar ein Indiz dafür, dass die US-Regierung vorab informiert war. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) schreibt: *„Die Sprecherin des Weißen Hauses, Dana Perino, wollte Berichte, dass Washington von dem geplanten Einsatz georgischer Truppen vorab informiert worden sei, weder bestätigen noch dementieren. Möglicherweise sei es so gewesen."*[7] Ein Dementi klingt eben anders. Eine Verurteilung des georgischen Vorgehens durch Bush sucht man ebenfalls vergebens. Verurteilt wurde jedoch die russische Reaktion als „unverhältnismäßig" (Merkel und EU) oder Konsequenzen wurden angedroht (Cheney).

Darum ging es den US-Strategen offensichtlich: **Russland** als grobschlächtig und brutal zu entlarven und vorzuführen. Willfährig wurden in den Medien georgische Märchen aufgenommen, die Russland unterstellten, sie wollten Georgien okkupieren. Georgische Hilferufe nach NATO-Unterstützung wurden laut. Die Invasion des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei vor 40 Jahren wurde bemüht, um einen russischen Imperialismus zu brandmarken. Der Leitartikel der FAZ vom 20.8. brachte es auf den Punkt: *„Der 21. August 1968 liegt uns heute, zwei Wochen nach dem Beginn der russischen Aggression gegen Georgien, näher als vor 10 Jahren."* Die georgische Aggression wurde in eine russische umgedichtet.

Wer nun dachte, der NATO-Beitritt Georgiens sei in weite Ferne gerückt, sieht sich getäuscht. Das Gegenteil scheint der Fall: *„Die NATO-Außenminister beschlossen insbesondere, eine Nato-Georgien-Kommis-sion zu gründen, um den Prozess der Annäherung des Landes an das Bündnis zu begleiten."*[8] Nach dem Motto: Die NATO muss künftig Georgien vor russischen Übergriffen schützen. Und auch in der Ukraine wird der Georgien-Krieg so genutzt. Die NZZ schreibt am 22.8.: *„Juschtschenko [...] erklärte [...] der dortige Konflikt habe gezeigt, dass die Ukraine den Schutz einer kollektiven Sicherheitsorganisation brauche, um die eigene Unabhängigkeit garantieren zu können. Indirekt war dies ein neuerliches klares Votum für seine Ab-*

*sicht, die Ukraine zur Nato-Mitgliedschaft zu führen",* so das Schweizer Blatt.

Das georgische Vorgehen hatte einen weiteren bedeutsamen Effekt: die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den USA und **Polen** über die Stationierung von 10 **Raketenabwehrsystemen** in Nordpolen. Das scheiterte bis kurz vor der georgischen Aggression daran, dass sich die USA weigerten, Polens Wunsch nach Patriot-Luftabwehrraketen und Finanzunterstützung entgegen zu kommen. Polen hat sich nun mit dem Verweis auf aggressives russisches Gebaren durchgesetzt. Diese leicht kostspieligere Kröte konnte Bush leicht schlucken.

**Russland** hat die Zusammenarbeit im NATO-Russland-Rat eingestellt. Neben turnusmäßig vereinbarten Treffen betrifft das Lehrgänge und gemeinsame *„Übungen zum Such- und Rettungsdienst, zur Logistik oder Flugkörperabwehr"*[9]. Das stellt jedoch aus meiner Sicht keinen endgültigen Bruch mit der NATO dar. Die deutschen Überflugrechte zur Versorgung der ISAF-Truppen in Afghanistan über Russland bleiben intakt. Der russische NATO-Gesandte Rogosin sagte, *„dass Russland nicht an einem Ende der Kooperation in Bezug auf Afghanistan interessiert sei. Eine Niederlage der Nato in Afghanistan wäre auch für Russland nicht positiv."*[10] Russland hat auch seine Mitgliedschaft in der „NATO-Partnership-for-Peace" nicht gekündigt. Ich gehe davon aus, dass die Verstimmung zwischen der NATO und Russland von vorübergehender Natur ist.

**Was sollten jetzt Forderungen der Friedensbewegung sein?** Die Probleme mit Russland werden verursacht durch die Expansionspolitik der NATO. Unsere Forderung muss demnach sein: <u>Die NATO soll auf ihre Erweiterung verzichten und sich zu Verhandlungen mit Russland über dessen Wunsch nach einem Europäischen Sicherheitsvertrag bereit finden.</u>

Damit sind wir bei der Frage, <u>weshalb betreibt die NATO ihre Osterweiterung überhaupt?</u> Darauf gibt das Buch von **Zbigniew Brzezinski** „Die einzige Weltmacht"[11]. Antwort: Den USA geht es schlicht und ergreifend um die globale Vorherrschaft. So heißt auch der Untertitel des Buches: „Amerikas Strategie der Vorherrschaft". (Zur Person: Brzezinski war zu Zeiten Jimmy Carters dessen Nationaler Sicherheitsberater, heute ist er Chef des außenpolitischen Beraterstabs von Barack Obama.) Die NATO bietet den USA den Brückenkopf nach Europa und darüber hinaus. Russland soll durch Druck und wirtschaftliche Kooperation gefügig gemacht werden. <u>Es geht den USA um die Vorherrschaft über Eurasien, zudem auch der Nahe und Mittlere Osten zählt. In Eurasien lagern 80 Prozent des Erdöls und 75 Prozent des Erdgases und es leben dort zwei Drittel der Menschheit.</u>

Nur unter diesem geostrategischen Aspekt wird der Krieg gegen den **Irak**, der die USA bisher direkt die riesige Summe von über 500 Mrd. Dollar kostete, begreifbar, wie der US-geführte NATO-Krieg gegen **Afghanistan**, der die USA bisher 150 Mrd. US-Dollar kostete.
Diese Kosten werden sich noch vervielfachen, wenn die NATO, wie in Bukarest beschlossen, noch lange in Afghanistan bleibt. Minister Jung geht von 5 bis 10 Jahren aus - *„und zwar auch bei einem erfolgreichen Aufbau der afghanischen Armee und Polizei."*[12] Welche Erfolgsaussichten das hat, darauf gehe ich gleich noch ein.

**Afghanistan**

Zunächst noch mal zur **geostrategischen** Bedeutung Afghanistans: Wir wissen noch von dem Bemühen des US-Konzerns Unocal, eine Pipeline durch Afghanistan zu verlegen. Dazu findet sich in dem eben erwähnten Buch von Brzezinski, das er bereits 1997 geschrieben hat, eine bemerkenswerte Skizze[13], in der die „Unocal Pipeline" als „geplante Pipeline", ausgehend von der usbekisch-turkmenischen Grenze (bei Chardzou) südlich verläuft, an Herat vorbei, durch die Provinz Helmand und an der pakistanischen Küste am Arabischen Meer endet. <u>Also Afghanistan ist interessant als Pipelinekorridor - wie Georgien</u>.
Aber Afghanistan ist auch interessant wegen anderer Eigenschaften seiner geographischen Lage. Afghanistan grenzt an Pakistan und Iran. Nicht weit nördlich davon liegt Russland, nicht weit östlich China und Indien und westlich der Persische Golf. Also <u>die Nähe zu nahezu der Hälfte der Menschheit und zu zwei Dritteln der Öl- und Gasvorräte</u>. Afghanistan eignet sich inmitten dieser weltpolitisch wichtigsten Region gelegen, deshalb vor allem zum unsinkbaren Flugzeugträger und als Stationierungsort für Radaranlagen und Raketenabschussrampen.

Nun zur Frage, **wie aussichtsreich ist ein NATO-Sieg in Afghanistan?**
Die USA glaubten schon 2002, dass sie den militärischen Widerstand besiegt hatten und reduzierten ihre Truppen von Anfangs 28.000 auf 8.500 im November 2002. Jedoch verstärkte sich der afghanische Widerstand seit Anfang 2003 und die NATO übernahm im August 2003 das Kommando von der UNO. Die Zahl der NATO-Soldaten wurde seitdem kontinuierlich hochgefahren. Waren es im letzten Jahr im Juni schon 35.000, so sind es derzeit bereits 52.700 aus 40 Ländern. Dazu kommen 12.300 US-Truppen der Operation Enduring Freedom (OEF), so dass zurzeit 65.000 ausländische Truppen in Afghanistan stehen, davon 36.000 aus den USA.
**Warum diese Zahlen?** Aus zwei Gründen:
**Erstens:** Der US-Think-Tank Rand Corporation hat berechnet, dass eine Besatzungsmacht pro 1.000 Einwohner mindestens 11,5 Soldaten und Polizisten einsetzen muss, um eine *„robuste Friedenssicherung und Staatsbildung"*[14] zu gewährleisten. Das bedeutet für Afghanistan 365.000 Soldaten und Polizisten. Nun muss man die afghanische Armee noch berücksichtigen: Die Afghanische Armee (ANA) zählt auf dem Papier 70.000 Soldaten - real sind von 105 Einheiten jedoch nur 2 komplett einsatzfähig, 38 nur mit ausländischer Hilfe. Lothar Rühl, ehemaliger Staatsminister im Bundsverteidigungsministerium, gibt folglich die verfügbare Soldatenzahl der ANA mit 16.000 an.[15] D.h. addiert: 81.000 Soldaten stehen dem militärischen Widerstand entgegen. Die afghanische Polizei, 70.000 auf dem Papier, ist für Widerstandsbekämpfung ungeeignet. Rechnerisch bleibt es also bei der riesigen Differenz von 284.000 (365.000 minus 81.000). Augenscheinlich ist man bestrebt, diese Lücke zu schließen. Von 10.000 bis 15.000 weiteren US-Soldaten bis Herbst ist die Rede. Britanniens Premier Brown schlug vor, die Truppenzahl der ANA auf 120.000 zu verdoppeln.
**Zweitens:** Weil man historische Erfahrungen hat und bereits die von der RAND Corporation berechneten Soldatenzahlen in Afghanistan im Einsatz hatte. Nämlich während der sowjetischen Invasion 1979 bis 1989. Die Sowjetunion hatte 120.000 Soldaten im Land und zudem eine afghanische Armee aufgebaut. Sie zählte 1979 noch 87.000 Soldaten, zehn Jahre später, 1989, waren es sogar 330.000, also zusammen mit der Roten Armee 450.000. D.h. mehr als von RAND berechnet. Die Sowjetunion hat den Krieg nicht gewinnen können. Den Engländern ging es bekanntlich zuvor in der langen Geschichte schon zweimal so.

<u>Diese Logik besagt, dass ein militärischer Sieg nicht möglich ist, ein Abzug somit</u>

ohnehin notwendig wird - das besser früher als später. Unglücklicherweise wird der entgegengesetzte Weg eingeschlagen.

Durch die Erhöhung der Zahl der ausländischen Soldaten erhöht sich der Blutzoll. Human Rights Watch schätzte die durch Kampfhandlungen und Anschläge Getöteten in Jahr 2006 auf 4400, davon 1.000 Zivilisten[16]. 2007 wurden bereits 8.000 Tote gezählt[17], davon 1500 zivile Tote[18]. Offizielle Zahlen gehen von einer Steigerung der Zwischenfälle gegenüber 2007 um 40 Prozent aus[19]. Und „dieser Trend wird sich nach einem Urteil des Berliner Verteidigungsministeriums 2009 fortsetzen."[20]

Also sehenden Auges hinein in die Katastrophe. Deutschland beteiligt sich daran sehr intensiv. Es stellt mit derzeit 3280 Soldaten in Afghanistan das drittgrößte Kontingent.

**ISAF-Einsatz**

Ich will abschließend zu drei Komponenten des deutschen ISAF-Einsatzes etwas sagen:

**Erstens: Zum Einsatz deutscher Aufklärungs-Tornados.**
Der Luftwaffeneinsatz der ISAF wird *„von der US-Kommandozentrale in Katar gesteuert."*[21] Die Leitung dort haben die USA. Der Spiegel schreibt: *„Und die (Kommandozentrale, L.H.) unterscheidet nicht zwischen ISAF, OEF oder anderen Einheiten. NATO-Militärs gehen deshalb davon aus, dass Katar auf alle Aufklärungsergebnisse Zugriff hat - und damit auch auf die deutschen Fotos."*[22] Also: Die deutschen Tornados unterstützen direkt US-amerikanische Luftangriffe und sorgen damit für eine Vermischung von ISAF und OEF.

**Zweitens: Zur Quick Reaction Force:**
Seit dem 1. 7. hat eine deutsche Panzergrenadierkompanie die schnelle Eingreiftruppe QRF im Norden Afghanistans für ISAF übernommen. Die QRF hat *„einen ausdrücklichen Kampfauftrag"*[23], schreibt die FAZ: *„Die Panzergrenadiere sind unter anderem mit Mörsern ausgestattet und können die in Mazar stehenden Schützenpanzer Marder einsetzen. Außerdem ist die Einheit mit Spezialisten verstärkt, die Kampfflugzeugen [...] Zielkoordinaten geben können,"* so das Blatt weiter. Erfahrungsgemäß fallen diesen Luftangriffen viele Unbeteiligte zum Opfer. Das wirkt konfliktverschärfend.

**Drittens: zu AWACS.**
Das ISAF-Kommando hat beim obersten alliierten Befehlshaber in Europa, dem SACEUR, einen Bedarf an AWACS-Maschinen angemeldet. Der SACEUR hat noch nicht entschieden, ob er sie will. Folglich liegt noch keine offizielle Anfrage beim deutschen Verteidigungsministerium vor. Deutschland ist bei AWACS wichtig. Die 17 AWACS-Maschinen sind bei Aachen stationiert und von den 3000 Soldaten, die mit AWACS beschäftigt sind, sind 500 deutsche. Und in jeder AWACS sind Bundeswehrsoldaten dabei. Die AWACS-Boeing 707 deckt am Boden mit ihrer Radarantenne eine Fläche von 300.000 km² ab. Somit reichen zwei AWACS für die Fläche Afghanistans. Zur Funktion von AWACS: AWACS *„kann zur Luftaufklärung wie zur operativen Führung eigener Flugzeuge, ferner zur Zielerfassung auch am Boden und damit zur Leitung von Luft-Boden-Operationen eingesetzt werden."*[24] Somit ein klares Kampfmittel. Der Bundestag müsste folglich einem AWACS-Einsatz zustimmen.

Das derzeitige ISAF-Mandat der Bundeswehr läuft am 13. Oktober aus. Die Bundesregierung beabsichtigt, das Mandat um 1.000 Soldaten auf 4.500 zu erhöhen und um 14 Monate bis nach der Bundestagswahl 2009 zu verlängern.
Wir rufen dazu auf, dem nicht zuzustimmen. Wir wollen durch den Truppenabzug dem Frieden in Afghanistan eine Chance geben. Die Alternative steht: Aufstockung oder Abzug? Die Voraussetzung für Frieden in Afghanistan ist der Abzug der NATO- und US-Truppen. Dafür mobilisieren wir.

Fußnoten
[1] Dieter Stockfisch, Ergebnisse des NATO-Gipfels, in Strategie und Technik, Mai 2008, S. 82
[2] ebenda
[3] Punkt 23 in http://www.nato.diplo.de/Vertretung/nato/de/06/Gipfelerklaerungen/GipfelerklBukarest__Seite.html
[4] ebenda
[5] NZZ 22.8.08
[6] FAZ 15.8.08
[7] FAZ 15.8.08
[8] FAZ 20.8.08
[9] FAZ 23.8.08
[10] NZZ 22.8.08
[11] Zbigniew Brzezinski, Die einzige Weltmacht, Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt am Main 2004 (8. Auflage), Taschenbuch, 311 Seiten
[12] Lothar Rühl, Westliche Truppen bleiben noch lange am Hindukusch stationiert, NZZ 22.8.08
[13] Brzezinski, S. 205
[14] FAZ 31.5.2008
[15] FAZ 31.5.2008
[16] Fischer Weltallmanach 2008, S. 45
[17] The Guardian 11.3.2008, in Jürgen Wagner, Experimentierfeld Afghanistan, IMI-Analyse 4.7.2008
[18] In den ersten fünf Monaten waren es bereits 698 zivile Tote. Novosti 10.7.2008
[19] Rühl NZZ 22.8.08
[20] ebenda
[21] Der Spiegel 26.5.2007, S. 23
[22] Der Spiegel 26.5.2007, S. 23
[23] FAZ 30.6.08
[24] Rühl NZZ 22.8.08

** Lühr Henken, einer der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, im Vorstand des Hamburger Forums für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V., Beirat der Informationsstelle Militarisierung e.V., Mitglied der der DFG-VK*

IMI-Analyse 2008/028
http://www.imi-online.de/2008.php3?id=1811

## Einige Internet Seiten über Afghanistan:

Aufruf zur Demonstration am20.9. und Berichte über den Afghanistan-Kongress im Juni 2008 in Hannover
http://www.afghanistandemo.de/2008/index.htm
und http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/bewegung/afgh/nd1.html
http://www.imi-online.de
http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Afghanistan/Welcome.html
http://www.koop-frieden.de/index.html

## In *Sand im Getriebe* schon erschienen:

SiG 60: Tariq Ali: Für den Abzug aus Afghanistan
SiG 61: Reden auf der Afghanistan Demonstration am 15.9.2007
SiG 66: Flyer der AG Globalisierung und Krieg von attac Deutschland
SiG 67: Clemens Ronnefeldt: Was wird für uns an Hindukusch verteidigt?

# Mouvement de la Paix (Bewegung für den Frieden), Frankreich

# Afghanistan: ein tödliches Versanden

## *Zum Frieden braucht es eine wirkliche internationale politische Lösung*

Am19. August 2008 sind im Kampfgebiet gegen die Taliban zehn junge französische Soldaten als Opfer von Kriegshandlungen gefallen.
Mit ihren Familien und den ihnen Nahestehenden trauern wir um die Vergeudung dieser zehn jungen Leben, die ihr Leben für Interessen gelassen haben, die nicht die ihren sind.
Seit April und parallel mit der Wiedereingliederung Frankreichs in die höchsten Entscheidungsgremien der Nato hat die französische Regierung das Stationieren neuer Truppenkontingente in Afghanistan beschlossen, zu Kriegszwecken und nicht mehr zur Ausbildung von Polizisten und Soldaten. Die am heutigen Morgen in Kabul vom französischen Staatspräsidenten geführten Ansprachen enthalten denselben kriegslustigen Tenor und entsprechende Durchhalteparolen.
Und das, obwohl die Bilanz der vom Sicherheitsrat 2001 beschlossenen und von der Nato geführten militärischen Präsenz in Afghanistan dramatisch ist. Der Vorwand der „Terrorismusbekämpfung“ hält einer aufmerksamen Analyse seiner Stichhaltigkeit nicht stand und stellt eine irrige Beurteilung von Lagen dar, die von Land zu Land sehr unterschiedlich sind.

Die versprochene Entwicklungshilfe ist trotz mehrerer internationaler Konferenzen zu dieser Frage, zuletzt derjenigen vom vergangenen Juni, noch immer nicht eingetroffen.
Die Blindheit der Nato hinsichtlich des Gebrauchs der Waffengewalt ist katastrophal: nicht nur ist nichts geregelt, sondern die Lage verschlechtert sich zunehmend mit der Verschärfung der Unsicherheit für die Bevölkerung. Laut halboffiziellen Quellen steckt die Nato in „einer vollständigen und andauernden Sackgasse“.

Nur durch die Umsetzung einer internationalen politischen Lösung, die der Katastrophenhilfe, dem Wiederaufbau und den Rechten des afghanischen Volks Vorrang gibt, kann ein Ausweg aus diesem Morast gefunden werden.
Frankreich und die Europäische Union müssen der Entwicklung Afghanistans und seiner Bevölkerung frei und unabhängig helfen und das für den Krieg eingesetzte Geld zum Wiederaufbau dieses Staates verwenden und dazu, einer reellen Wirtschaft den Weg zu ebnen, die nicht in Händen der Drogenhändler ist.

Wir fordern den französischen Staatspräsidenten auf, auf die Stationierung neuer Truppen in Afghanistan zu verzichten und diejenigen wieder abzuziehen, die dort bereits stationiert sind, um einen unberechtigten Krieg zu führen und nicht, um dem Wiederaufbau des Landes zu helfen.
Wir fordern ihn auch auf, größtmöglichen Abstand zur NATO zu nehmen, die hier wie im Kaukasus ein kriegstreibender und nicht ein friedensfördernder Faktor ist.

Wir wollen nicht noch mehr Tote auf den Schlachtfeldern, sondern lebendige Menschen, die mit allen Ländern Kooperationen zu Gunsten des Friedens, der nachhaltigen Entwicklung und der Menschenrechte aufbauen.

Le Mouvement de la Paix wird seinen Partnern vom Kollektiv „NATO-Afghanistan“ in Kürze ein Treffen vorschlagen, um Aktionen gegen das blinde Abdriften zu beschließen, dem wir soeben beiwohnen.

Saint Ouen, den 20. August 2008
www.mvtpaix.org
*Aus dem Französischen von Angelika Gross, ehrenamtliche Übersetzerin Koorditrad*

**VERDI.de :**

### Beschluss des Bundeskongresses 2007:

"Der Bundeskongress beschließt: ver.di spricht sich gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan aus und fordert die Bundesregierung auf, alle deutschen Truppen unverzüglich zurückzuziehen und den deutschen Beitrag auf ausschließlich zivile Zwecke zu beschränken. ver.di appelliert an alle Bundestagsabgeordneten: Stimmen Sie gegen Tornado- und Kriegseinsätze. Fordern Sie stattdessen humanitäre Unterstützung und faire wirtschaftliche Zusammenarbeit. Sprechen Sie sich auch gegen das Konzept der so genannten 'vernetzten Sicherheit', das heißt, gegen zivil-militärische Einsätze aus."
Begründung: "Kein einziges Problem der afghanischen Bevölkerung wird mit Militäreinsätzen gelöst. Hass und Gegengewalt werden damit geradezu gezüchtet. Die Bundesrepublik Deutschland wird mit dem Tornadoeinsatz in den US-amerikanischen Amoklauf, den so genannten ›Krieg gegen den Terror‹ weiter hineingezogen. Mit diesem Krieg werden in Wahrheit machtpolitische, geostrategische und Rohstoffinteressen verfolgt. Als ob die Katastrophe des völkerrechtswidrigen Irakkrieges nicht offensichtlich genug wäre, bereiten die USA nach ähnlichem Schema einen Krieg gegen den Iran vor. Europa und die Bundesrepublik Deutschland dürfen sich nicht zum Juniorpartner einer verantwortungslosen US-Machtpolitik machen. Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Rückzug der Bundeswehr aus Auslandseinsätzen, Auflösung aller Eingreiftruppen, umfassende Abrüstung zu Gunsten des Sozialhaushaltes sind Erfordernisse der Zeit und die Lehren aus der deutschen Geschichte."

### IG Metall, Beschluss auf dem Gewerkschaftstag im November 2007 :

»Die IG Metall wendet sich gegen die Installierung eines US-amerikanischen Raketensystems in Polen und Tschechien, da dies Konfrontation und Kriegsgefahr erhöht.
Die IG Metall lehnt Krieg als Mittel der Politik ab. In Spannungs- und Krisenfällen muss auf eine zivile Konfliktlösung gesetzt werden.
Die IG Metall fordert eine breite öffentliche Debatte über die Neuorientierung von Bundeswehr und NATO sowie über die Rolle der UN als Akteur in globalen Sicherheitsfragen.
Zudem unterstützt die IG Metall betriebliche Ansätze und Programme zur Rüstungskonversion.«

»Die IG Metall fordert die Bundesregierung auf, alle Soldaten, die außerhalb eines UNO-Mandats zum Schutz der Zivilbevölkerung und zum Aufbau ziviler Strukturen im Ausland eingesetzt sind, zurückzuziehen und die Kosten für die Rüstung massiv zu reduzieren.«

(mit großer Mehrheit angenommen)

# Gemeinsame Erklärung der Nationalen Friedens-Jirga Afghanistans und der Kooperation für den Frieden (Deutschland)

Frieden in Afghanistan ist möglich, aber nicht durch die Fortführung des Krieges und die ständige Eskalation der Kampfhandlungen. Nicht nur die USA beabsichtigen ihre Truppen massiv zu verstärken. Seit dem 1. Juli 2008 ist die erste deutsche Kampftruppe in Führungsverantwortung in Afghanistan im Einsatz. Im Herbst soll die Zahl der deutschen Soldaten um mindestens weitere 1000 aufgestockt werden. Als nächster Schritt ist bereits der Einsatz von AWACS-Aufklärungsflugzeugen mit deutschen Soldaten an Bord in Afghanistan geplant. Der asymmetrische Krieg würde weiter intensiviert und die Eskalation der Gewalt – für die alle Seiten verantwortlich sind – verstärkt werden. Das ist, als werfe man ein Streichholz in ein Fass mit Benzin.

Diese Eskalation scheint kaum noch aufzuhalten zu sein.

Deutschland droht nach sieben Jahren militärischen Afghanistan-Engagements immer tiefer in den Strudel des Krieges zu geraten.

Die Zahl der afghanischen Opfer, darunter vor allem Zivilisten, Frauen und Kinder, steigt beständig. Mittlerweile sterben Monat für Monat in Afghanistan auch mehr ausländische Soldaten als im Irak. Wann auch deutsche Soldaten in höherem Maße Blutzoll zahlen müssen, scheint nur noch eine Frage der Zeit.

In dieser für Deutschland und Afghanistan dramatischen Situation treten die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die deutsche Kooperation für den Frieden gemeinsam für eine friedliche Lösung des Afghanistankonflikts ein. Die Nationale Friedens-Jirga aus Stammesvertretern, Intellektuellen und Politikern repräsentiert die breite, kriegsmüde Bevölkerungsmehrheit vor allem aus dem Süden und Osten Afghanistans. Die Kooperation für den Frieden ist der Zusammenschluss von 50 Friedensorganisationen und -initiativen in Deutschland.

Gemeinsam appellieren wir an die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Islamischen Republik Afghanistan, an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des afghanischen Parlamentes, der Wolesi Jirga, sowie an die Zivilgesellschaften Deutschlands und Afghanistans, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um eine weitere Eskalation des Krieges zu stoppen und einen Friedensprozess in Afghanistan einzuleiten.

**Oberstes Prinzip** unseres Herangehens ist dabei der Respekt vor dem **Selbstbestimmungsrecht der Völker**. Niemand hat bisher wirklich auf die Meinung der Bevölkerung Afghanistans Wert gelegt, ihre Problemen und Bedürfnisse werden nicht berücksichtigt. Momentan sind die Afghaninnen und Afghanen Gefangene der Militärmächte und der Taliban . Strategisch wichtige Entscheidungen fallen heute immer noch in Washington, Islamabad, Brüssel oder Berlin. Wo bleibt da das Recht des afghanischen Volkes auf Souveränität und Unabhängigkeit? Das Verlangen nach Verhandlungen ist in der afghanischen Bevölkerung noch nie so groß gewesen wie heute, dieses muss genutzt werden. Das wäre praktizierte Demokratie!

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die Kooperation für den Frieden **fordern daher die Bundesregierung auf:**

1. keine weiteren Kampfhandlungen auf dem Territorium Afghanistans durchzuführen und die Einsätze der Tornado-Staffeln abzubrechen. Diese Einsätze kosteten bisher schon Millionen von Euro und sie trugen mit dazu bei, dass allein im Juli 2500 Zivilisten, die meisten davon Frauen und Kinder, ums Leben kamen. Die Zahl der in Afghanistan stationierten Bundeswehrsoldaten darf nicht erhöht werden, sondern es muss eine konkrete Planung mit festen Daten für einen raschen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan vorgelegt werden.

2. durch eigene Schritte, eventuell gemeinsam mit anderen europäischen Regierungen, islamischen und blockfreien Ländern, in Gesprächen mit den unterschiedlichen Gruppierungen der afghanischen Opposition einschließlich der Taliban und mit der afghanischen Regierung eine neue Tür für Verhandlungen öffnen und einen Verhandlungsprozess nach Kräften zu fördern. Deutschland genießt noch immer bei vielen Afghanen ein historisch gewachsenes hohes Ansehen, das auch die derzeitigen Konfliktparteien respektieren.

Nur durch eine militärische Deeskalation einschließlich eines Truppenabzugs kann die Bundesregierung die von der Nationalen Friedens-Jirga Afghanistans und der Kooperation für den Frieden gemeinsam gewünschte Rolle eines „ehrlichen Maklers" zwischen den Konfliktparteien in Afghanistan spielen.

3. zivile Hilfe je nach Bedarf bis zu dem Betrag aufzustocken, der durch den Abzug der Truppen frei wird. Das sind etwa 500 Millionen Euro jährlich. Diese Mittel sind für Entwicklungsprojekte in Afghanistan einzusetzen, die von Orten und Regionen des Landes gemeinsam für wichtig und nützlich gehalten werden und tatsächlich die Lebensbedingungen der Menschen vornehmlich auf dem Lande verbessern. Dezentralität, Nachhaltigkeit und Kleinteiligkeit der Entwicklungsprojekte haben für uns oberste Priorität. Die Entwicklungs- und Aufbauprojekte müssen gerecht auf Städte und Provinzen aufgeteilt werden. Vor allem die Regionen im Süden Afghanistans haben in den letzten Jahren nur wenig oder sogar keine Hilfe erhalten.

4. durch eigene diplomatische Schritte, eventuell gemeinsam mit anderen europäischen Regierungen, islamischen und blockfreien Ländern die Perspektive einer internationalen Konferenz Afghanistans und seiner Nachbarstaaten (Pakistan, Iran, Usbekistan, Tadschikistan u.a.) zu eröffnen, um die Souveränität Afghanistans wiederherzustellen und einen Weg zu Frieden und Sicherheit in der Region zu ebnen. Vor allem Staaten wie Indien, China, Russland, USA, die europäischen Länder sowie die Islamische Konferenz und blockfreie Länder müssen als Beobachter und Garantiemächte an einer solchen Konferenz teilnehmen, um künftige Interventionen auszuschließen.

Unabdingbare Bedingung für erfolgreiche Verhandlungen ist die Festlegung konkreter Daten, an denen der Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan beginnt und endet. Nur so kann auch im Lande eine eigenständige Struktur geschaffen werden. Die Bekanntgabe fester Abzugsdaten würde in der afghanischen Bevölkerung Vertrauen wecken und somit auch zum Frieden beitragen.

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die Kooperation für den Frieden **fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages** auf, die Mandate für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan nicht zu verlängern, sondern stattdessen im Bundestag eine ernsthafte Debatte über Wege zu führen, Afghanistan in seinem Friedensprozess wirkungsvoll zu helfen.

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die Kooperation für den Frieden **bitten die deutsche Zivilgesellschaft, die Organisationen, Gruppen und Initiativen der Friedensbewegung, der sozialen Bewegungen und die Nicht-Regierungsorganisationen,** in Deutschland eine breite Diskussion über diese Alternative in Gang zu setzen und Aktionen zu entfalten.

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die Kooperation für den Frieden **fordern die Regierung Afghanistans auf:**

1. die Korruption entschieden zu bekämpfen, die außer Kontrolle geraten ist und die ärmeren Bevölkerungsschicht an der Wahrnehmung ihrer Rechte hindert.
2. die Kriegsverbrecher vor ein (internationales) Gericht zu stellen. Gegenwärtig leben viele Kriegsverbrecher in Afghanistan in Freiheit und genießen großen Einfluss auch bei ausländischen Botschaften und internationalen Organisationen.
3. entschieden gegen den Drogenanbau und Drogenhandel vorzugehen, in den gegenwärtig auch Regierungskreise verwickelt sind. Mit der internationalen Gemeinschaft und den internationalen Hilfsorganisationen sind Alternativprojekte für die afghanischen Bauern zu entwickeln.
4. den demokratischen Staatsaufbau Afghanistans zu entwickeln. Dazu gehören auch von Parlament und Justiz kontrollierte Sicherheitskräfte, die die Einhaltung der Gesetze – auch durch die Regierung – gewährleisten.
5. die Einheit des afghanischen Volkes zu fördern. Gegenwärtig ist bei den afghanischen Volksgruppen (Pashtunen, Usbeken, Tadschiken, Hazara u.a) das verbindende Bewusstsein, Afghanen zu sein, noch gering entwickelt.

# Zur Forderung nach Abzug der Truppen

*Die Forderung nach Abzug der Truppen aus Afghanistan findet eine große Resonanz, gleichzeitig wird jedoch die Frage erhoben: Was geschieht dann mit den Menschen in Afghanistan? Werden sie dann nicht Mörderbanden ausgeliefert?*
*Diese Bedenken sind ernst zu nehmen und es reicht nicht aus, darauf hinzuweisen, dass sich die Lage der afghanischen Bevölkerung durch das Wirken der NATO-Truppen erheblich verschlechtert hat und jegliche Versprechung nur Schall und Rauch ist.*
*Eine Reihe von Vorschlägen über die Zeit während des Abzugs und danach sind entwickelt worden und wir dokumentieren diese Diskussion. Eins dürfte aber innerhalb der Friedensbewegung klar sein: Die NATO-Truppen – und dazu gehören auch die deutschen Truppen -, können nicht per Federstrich von Aggressoren zu „Friedensstiftern" mutieren. Sie dürfen also von einer sich ernst nehmenden UNO niemals beauftragt werden, für die Sicherheit der Bevölkerung in Afghanistan zu „sorgen". Dieser Grundsatz sollte übrigens allgemein auf die Länder erweitert werden, die wirtschaftliche oder geopolitische Interessen an Afghanistan haben.*
*Marie-Dominique Vernhes*

**Matin Baraki**:

Nach meiner Vorstellung sollte die Nato abziehen und eine Schutztruppe der nichtpaktgebundenen Staaten - Afghanistan ist da Mitglied - und der islamischen Staaten einziehen. Das sind Ländergruppen mit 118 bzw. 57 Mitgliedern. Aus diesen Ländern sollten die ausgesucht werden, die die Schutztruppe bilden. Die sollen dann für die Sicherheit sorgen und gegebenenfalls auch ein "robustes Mandat" erhalten.
In dieser Zeit sollten geregelte und kontrollierte Wahlen durchgeführt werden für eine Ratsversammlung auf nationaler Ebene. Die soll eine neue Regierung wählen. Da müssen Kommissionen gebildet werden, die eine Verfassung und die wichtigsten Gesetze, Parteiengesetze, Gewerkschaftsgesetze, Wahlgesetze usw. ausarbeiten.
Ich bin überzeugt, dass die Ergebnisse ganz anders aussehen werden, wie das was unter US-amerikanischer Herrschaft ausgearbeitet worden ist.

Ich plädiere für eine nationale Versöhnung, für eine Wahrheitskommission. Nach dem Muster von Südafrika. Diese Leute sollen sich vor dem Volk entschuldigen. Es gibt viel zu viel Verbrechen und viel zu viel Verbrecher. Wer das alles bestrafen will, provoziert den nächsten Bürgerkrieg. Warlords, Kriegsverbrecher und Heroinbarone sind Fakt und bekleiden hohen Posten in allen Bereichen der afghanischen Administration. Das ist ein Produkt des Bürgerkrieges mit massiver Unterstützung von außen - vor allem der USA und der Nato-Länder. Auch die Taliban sind ein Fakt. Aber alle diese Gruppierungen müssen wir in die zukünftige politische Struktur Afghanistans integrieren.
*( Marin Baraki ist Afghanistaqn-Experte und Lehrbeauftragter für Internationale Politik an verschiedenen Universitäten, u.a. auch an der Uni Kassel)*
http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Afghanistan/baraki-uz.html

*Die drei folgenden Beiträge sind aus der Sammlung der beiträge für den Afghanistan-Kongress entnommen:*
http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/bewegung/afgh/nd1.html

*Die Bundesregierung sieht ihren Auftrag darin, das Land zu entwickeln. Ist Entwicklungshilfe in Afghanistan, das in weiten Teilen von lokalen Kriegsherren beherrscht wird, ohne Militär möglich?*
**Monty Schädel**: Entwicklungshilfe ist nur ohne Militär möglich. Soldaten sind nicht unparteiisch und zum Gebrauch an Waffen ausgebildet. Verschiedene NGO wie »medico international« zogen sich aus Afghanistan zurück, weil zivile Helfer oft als verlängerter NATO-Arm angesehen werden und gefährdet waren.

**Medico international** hatte 2001 mit einem Aufruf, der von Intellektuellen, Wissenschaftlern und Künstlern aus aller Welt, darunter zahlreichen Nobelpreisträgern, unterzeichnet wurde, gegen den Krieg und die Bombardierungen in Afghanistan protestiert. Weil politische Veränderungen »von unten« kommen müssen, forderten wir mit unseren afghanischen Partnern eine entschlossene politische Auseinandersetzung mit den Taliban, so wie das Apartheidregime Südafrikas nicht militärisch, sondern politisch in die Knie gezwungen wurde.

Nachdem der Krieg die alten Warlords als Bündnispartner wieder an die Macht brachte, war es verständlich, dass unsere Partner die Entsendung von internationalen Schutztruppen verlangten. Doch die davon erhoffte Entwaffnung der Warlords ist nicht eingetreten. Deshalb muss es sofort einen glaubwürdigen Prozess der Entmilitarisierung geben. Deshalb sind Bundestag und Bundesregierung aufgefordert, einen überzeugenden Zeitplan für den Abzug der Soldaten vorzulegen. Weder darf es weitere Zugeständnisse an eine irregeleitete USA-Politik geben, noch sollte das Bemühen um soziale Entwicklung von militärischen Interessen überlagert sein.
**(Katja Maurer)**

Afghanische Frauenrechtlerin **Zoya** zu der Frage „Wie stehen Sie zum Thema Truppenabzug?"

Wir glauben, dass Amerika nicht ehrlich ist. Unsere Leute kennen jetzt die versteckten Gründe für diesen Krieg, in dem es zuerst um die Interessen der USA geht und nicht um die Befreiung der afghanischen Bevölkerung. Wenn Tausende Menschen in der Kälte sterben, kann ich nicht von einer Naturkatastrophe sprechen. Das Land hat über 20 Milliarden Dollar Hilfsgelder erhalten – wieso müssen Menschen im Winter sterben?
Die USA wollen die Taliban gar nicht wirklich besiegen, liefern sie ihnen doch den Vorwand, um in Afghanistan bleiben zu können. Die internationalen Truppen machen nur Kompromisse mit unseren Feinden, und daher sagen wir: »Es ist besser, ihr verschwindet.«
Einige Leute behaupten, dann würde ein neuer Bürgerkrieg ausbrechen. Es ist natürlich unsere Verantwortung, aufzuwachen und uns selbst zu befreien. Wenn der Westen nur kurz geblieben wäre, Taliban und Nordallianz entwaffnet und die demokratischen Kräfte gestärkt hätte, in Ordnung. Aber sie bringen die Verbrecher nicht vor das Internationale Kriegsverbrechertribunal und haben in den vergangenen sieben Jahren die Situation verschlimmert.

**Jürgen Todenhöfer**

# Wie gerecht muss ein Weltgericht sein?

„Welche Gründe sprechen dagegen,
Anklage gegen George W. Bush und Tony Blair zu erheben?“

## Ein offener Brief an den Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes

Sehr geehrter Herr Moreno Ocampo,

wie viele, denen die universelle Geltung der Menschenrechte wichtig ist, begrüße ich, dass Sie das Verhalten des sudanesischen Präsidenten Omar Hassan al Baschir juristisch überprüfen lassen wollen. Verbrechen gegen die Menschlichkeit dürfen nicht ungesühnt bleiben. Dass der Täter amtierendes Staatsoberhaupt ist, darf, wie Sie richtig festgestellt haben, keine Rolle spielen. Wenn Sie Beweise haben, müssen Sie Anklage erheben.

Als früherer Richter erlaube ich mir jedoch die Frage, warum Sie nicht mit derselben Härte und Gerechtigkeit gegen die Verantwortlichen des Irakkrieges - also etwa gegen den US-Präsidenten George W. Bush oder den britischen Ex-Premierminister Tony Blair vorgehen.

Der mit Unwahrheiten begründete Irakkrieg war laut damaligem UN-Generalsekretär Kofi Annan "illegal", also völkerrechtswidrig. Für jeden war erkennbar, dass kein Verteidigungsfall vorlag. Einen Beschluss des UN-Sicherheitsrates gab es nicht. Auch das deutsche Bundesverwaltungsgericht hat den Irakkrieg daher 2005 als völkerrechtswidrig eingestuft.

In diesem Angriffskrieg starben bis 2006 nach Angaben der unabhängigen amerikanisch-irakischen "Lancet-Studie" 600 000 zivile Opfer - ein Großteil von ihnen getötet durch US-Truppen. Das ebenfalls unabhängige britische Institut ORB ermittelte 2008, dass bis heute über eine Million Menschen ums Leben kamen. Eine Million wurde verletzt, fast fünf Millionen sind auf der Flucht. Ihr Leid und ihr Tod dürfen nicht ungesühnt bleiben.

Der Internationale Strafgerichtshof muss sich daher der Frage stellen, ob er ein Weltgericht sein will, dessen Gesetze für alle gelten, oder nur ein Strafgericht des Westens gegen Nicht-Westler - ein Gericht der Mächtigeren gegen die Schwächeren. Dass bisher nur Politiker kleinerer Länder angeklagt wurden, stimmt nachdenklich.

Rein formal könnten Sie darauf verweisen, dass die USA, anders als Großbritannien, das Gesetz über den Internationalen Strafgerichtshof nie ratifiziert haben, und eine Anklage gegen den US-Präsidenten deshalb ausscheide. Dann könnten Sie allerdings auch den sudanesischen Staatspräsidenten nicht anklagen, da dessen Land den Internationalen Strafgerichtshof ebenfalls nicht anerkennt.

In der Urteilsbegründung des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals heißt es: *"Die Entfesselung eines Angriffskriegs ist das größte internationale Verbrechen, das sich von anderen Kriegsverbrechen nur dadurch unterscheidet, dass es in sich alle Schrecken vereinigt und anhäuft."*

Der amerikanische Chefankläger Robert Jackson - Ihr Vorgänger gewissermaßen - formulierte damals: *"Nach dem gleichen Maß, mit dem wir heute die Angeklagten messen, werden wir morgen von der Geschichte gemessen werden (...). Das Kriegsrecht gilt nicht nur für Verbrecher besiegter Länder."*

Eine junge Muslimin fragte mich dieser Tage, wie viel Hunderttausend unschuldige Zivilisten ein westlicher Staatschef eigentlich ungestraft töten dürfe. Was soll man als Anhänger universaler Werte wie Menschenwürde und Gerechtigkeit auf diese Frage antworten?

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir mitteilen könnten, welche Gründe dagegen sprechen, Anklage gegen George W. Bush und Tony Blair zu erheben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr Jürgen Todenhöfer

*Quelle: Berliner Zeitung vom 19.07.2008,*
*www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/0719/meinung/0052/index.html*

*Der Autor war 18 Jahre lang CDU-Bundestagsabgeordneter.*
*Er veröffentlichte zuletzt das Buch "Warum tötest du, Zaid?"* *http://www.warumtoetestduzaid.de/*
*S. auch seine* ***10 Thesen:***
*http://www.warumtoetestduzaid.de/de/mainmenu/10-thesen/alle-zehn-thesen.html*

# 20.9.2008 Demonstrationen in Berlin und Stuttgart

## *Dem Frieden eine Chance, Truppen raus aus Afghanistan*

### Nein zur Verlängerung der Mandate für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan

Mit dem sieben Jahre andauernden Krieg in Afghanistan wurde keines der vorgeblichen Ziele erreicht. Im Gegenteil: Gewalt, Terror und Drogenhandel prägen den Alltag. In den meisten Regionen Afghanistans herrschen Warlords und Drogenbarone. Die Bevölkerung lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Menschenrechte werden weiterhin mit Füßen getreten. Die Alphabetisierungsrate ist seit dem Einmarsch gesunken. Täglich sterben in Afghanistan 600 Kinder unter fünf Jahren. Alle 29 Minuten stirbt eine Frau bei der Geburt ihres Kindes. Die durchschnittliche Lebenserwartung ging zurück.

Für uns ist Deutschlands Beteiligung an diesem grausamen Krieg nicht akzeptabel. Die Besatzung, die gegenwärtige massive Kriegführung sowie die vorgesehene Verstärkung der US-Armee und der Bundeswehr drohen den Krieg zu verlängern und das Land weiter zu destabilisieren. Deutschland würde noch enger in die Kriegführungsstrategie der NATO und damit der USA verstrickt. Diese zielt ab auf die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens und Zentralasiens zur Durchsetzung machtpolitischer und wirtschaftlicher Interessen.

Obwohl die Bundesregierung die zivile Aufbauhilfe zu ihrem Schwerpunkt für Afghanistan erklärt hat, wird für den Krieg ein Vielfaches der Mittel ausgegeben, die für den zivilen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden. Der Verdacht liegt nahe, dass die "zivile" Komponente des Bundeswehreinsatzes zur Rechtfertigung des Krieges instrumentalisiert wird.

Wiederaufbau, Demokratie und eine soziale Entwicklung können erst gelingen, wenn der Krieg beendet und die fremden Truppen abgezogen sind. Die frei werdenden Mittel müssen für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden.

Wir fordern von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, keiner Verlängerung oder Erweiterung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan zuzustimmen. Hören Sie auf, den Friedenswillen der Bürgerinnen und Bürger weiter zu missachten!

Wir unterstützen alle Soldatinnen und Soldaten, die von ihrem Grundrecht auf Verweigerung des Kriegseinsatzes Gebrauch machen.

Der Abzug der Bundeswehr würde die USA und andere Kriegsparteien unter Druck setzen, ihre Truppen ebenfalls abzuziehen. Dadurch erhielte der Frieden eine echte Chance.

Wir wollen Frieden für Afghanistan.

Dafür rufen wir in den nächsten Wochen und Monaten zu vielfältigen örtlichen und regionalen Aktionen auf: Zu Demonstrationen, Mahnwachen, Diskussionsrunden, Informationsveranstaltungen, Gesprächen mit Abgeordneten, Flugblattaktionen und Zeitungsanzeigen.

Für den 20. September 2008 rufen wir zur bundesweiten Demonstration nach Berlin und Stuttgart auf.

Mit einer sogenannten "Antiislamisierungs-Konferenz" in Köln versuchen Rassisten und Neofaschisten vom 19.-21. September Menschen muslimischen Glaubens zu kriminalisieren, zu diffamieren und auszugrenzen. Die Friedensbewegung begrüßt die geplanten Proteste mit dem Ziel, die "Antiislamisierungs-Konferenz" zu verhindern. Der Kampf gegen Krieg und Rassismus ist für uns untrennbar miteinander verbunden.

*Unterstützer: http://www.afghanistandemo.de/uliste.htm. u.a. Attac AG Globalisierung und Krieg, Attac Gruppe Baden Baden, Attac Berlin, Attac Hochtaunus, Attac OG Leonberg, Attac Ludwigsburg/Bietigheim-Bissingen, Attac Reutlingen, Attac Stuttgart, Attac Tübingen, Attac Regionalgruppe Schorndorf*

# Aufruf zu Massenblockaden gegen den RassistInnenkongress

**Gegenkundgebung: 20.9., 9 Uhr, Köln** (Gürzenichstraße/Martinstraße)

Vom 19. bis zum 21. September 2008 wollen RassistInnen und NeofaschistInnen aus ganz Europa in **Köln** einen so genannten „Anti-Islamisierungs-Kongress" durchführen. Auf Einladung der selbsternannten „Bürgerbewegung pro Köln" wollen bis zu 1000 Rechte verschiedenster Couleur (vom klassischen Neonazi bis hin zu Rechtskonservativen) unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Islamkritik ihre Propaganda gegen Menschen anderer Herkunft und Religion verbreiten.
„pro Köln" ist eine extrem rechte Organisation, die seit Jahren in Köln und auch überregional rassistische Politik betreibt. Viele FunktionärInnen und Mitglieder von „pro Köln" kommen aus neonazistischen Parteien und Gruppierungen wie etwa der NPD, den „Republikanern" und der „Deutschen Liga für Volk und Heimat". In letzter Zeit hetzte „pro Köln" vorrangig gegen den Bau einer Moschee in Köln-Ehrenfeld und ging mit rassistischer und extrem rechter Propaganda auf Wählerfang.

Für den Kongress im September haben sich unter anderem VertreterInnen extrem rechter Parteien aus Österreich (FPÖ), Belgien (Vlaams Belang), Italien (Lega Nord), den USA (Robert Taft Group), Großbritannien (British National Party), Spanien und Ungarn angesagt. Außerdem soll der international bekannte Vorsitzende der extrem rechten Front National (FN), Jean Marie Le Pen, anläßlich des Kongresses in Deutschland auftreten.
Mit ihrem europaweiten Hetzkongress verfolgen die altgedienten NeofaschistInnen von „pro Köln" zwei Ziele: Erstens soll die Zusammenarbeit extrem rechter Parteien aus ganz Europa ausgebaut werden. Zweitens will „pro Köln" mit dieser Großveranstaltung den Wahlkampf für die NRW-Kommunalwahlen 2009 eröffnen.

Wir werden weder ein solches internationales rassistisches Treffen dulden, noch zulassen, dass „pro Köln/pro NRW" im Kommunalwahlkampf ungestört ihre rassistische Propaganda betreiben kann. Daher rufen wir dazu auf, diesen Kongress zu verhindern!
Dies kann uns nur gelingen, wenn an diesen Tagen möglichst viele Menschen gemeinsam den Veranstaltungsort blockieren und den Rechten den Durchgang versperren. Bei aller Unterschiedlichkeit unserer politischen Ansichten verbindet uns dieses Ziel. Wir werden ihnen dabei unsere Entschlossenheit entgegensetzten und durch unsere Gemeinsamkeiten und Vielfalt unberechenbar sein. Mit dem Mittel des zivilen Ungehorsams werden wir „pro Köln" und Gefolge in die Schranken weisen.

**Beteiligt euch an Massenblockaden rund um den Kongressort! Sie kommen nicht durch!**

**http://www.hingesetzt.mobi/cms-/**